

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 21 vom 27. Mai 1983

17. Jahrgang

1 DM

Fundsache

Nun sind sie also gefunden, die berühmten Giftfässer. Zufällig nicht in der Bundesrepublik, sondern in Frankreich. Aufbewahrt wie Opas Fotoalbum.

Also: Schwamm drüber? Oder: Mit dem Finger auf „die Franzosen“ zeigen? Dafür gibt es keinen Grund. Denn: Daß die Fässer in Frankreich sind, ist weder ein Grund zur Zufriedenheit, noch ein Argument gegen die Feststellung, daß sie genauso gut bei uns hätten sein können. Und: offensichtlich verhält es sich so, daß der französische Giftändler nur deshalb gesungen hat, weil er geschmiert wurde. Der Gedanke, auch schon von anderer Seite geäußert, liegt nahe, daß es den betroffenen Konzernen allmählich zu teuer und zu ungemütlich wurde, daß sie die Sache endlich aus der Welt haben wollten und auch bereit waren, dafür zu zahlen.

So wollen sie alle letztendlich aus dem Schneider kommen. Die Konzerne geben (steuerbegünstigt) Geld aus, um einen viel teureren Verlust ihres Ansehens zu verhindern, der Inhaftierte zahlt eine Geldstrafe aus der Westentasche, gelackmeiert sind die unmittelbar Betroffenen und all jene, die Widerstand gegen die alltäglichen Giftpraktiken der Großkonzerne leisten.

Kein Rückgang der Arbeitslosigkeit, aber:

Supergewinne der Banken und Konzerne

Überdeutlich wird in diesen Tagen, was gemeint ist, wenn diese Bundesregierung vom „Aufschwung“ redet: der Aufschwung der Profite des Großkapitals. Während mit jeder Woche deutlicher wird, daß es keinerlei Anzeichen für ein irgendwie bedeutendes Absinken der Zahlen der Arbeitslosen gibt, zeigen die in der zweiten Maihälfte veröffentlichten Bilanzen einer Reihe von großen Banken eine mehr als auffällige Tendenz zum weiteren Anstieg der Gewinne — die schon in den beiden letzten Jahren Rekordhöhen erreicht hatten.

Als eines der deutlichsten Beispiele kann dabei das Betriebsergebnis der Bayerischen Landesbank gelten. Dort stieg im letzten Jahr der Zinsüberschuß auf sage und schreibe 732 Millionen Mark an, um über 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dies war Hauptgrund dafür, daß die Bank nicht nur 52 Millionen Mark Dividende ausschütten konnte, sondern auch das Grundkapital erhöhen, die Rücklagen erhöhen und über 400 Millionen Mark den Rückstellungen zuweisen.

Die benachbarte Bayernhypo erhöhte in diesem Jahr die Dividende noch weiter von 15 auf 18 Prozent wobei auch hier als Hauptgrund für das „glänzende Ergebnis“ die weitere Verbesserung der Zinsspanne auf 3,17 Prozent genannt wurde.

Die Deutsche Bank hat ihre Zahlen für das erste Vierteljahr 1983 noch nicht vorgelegt, aber es wurde auf der kürzlichen Hauptversammlung klarge-

macht, daß nach dem „Jahr der Jahre“, 1982 eine weitere deutliche Verbesserung eingetreten sei.

Aber auch bei Industriekonzerne, die in diesen Tagen an die Öffentlichkeit gingen, zeigt sich diese Tendenz. Die BMW AG zum Beispiel steigerte nicht nur die Dividende auf 20 Prozent, bei einem ausgewiesenen Gewinn von 200 Millionen wurden weitere 90 Millionen zu den Rücklagen gestellt, die „flüssigen Mittel“ erhöhten sich um 200 Millionen usw. usf. Bei Daimler-Benz, wo 23 Prozent Dividende ausbezahlt werden, belief sich der ausgewiesene Gewinn auf 1,6 Milliarden DM. Eine nochmalige Steigerung um 120 Millionen gegenüber dem Vorjahr.

Die Deutsche Bundesbank errechnete daraus in ihrem Monatsbericht Mai 83 für das letzte Jahr einen Gesamtanstieg der Unternehmensgewinne um 3,5 Prozent. Wobei für diesen

Durchschnitt auch noch die letzte Krautergewinnherhaltung muß. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Firmen seien, so betont die Bundesbank, „sehr groß“.

Was nun keineswegs heißen soll, daß die hier angeführten Gewinne von Banken, (die ja nun oft genug an Pleiten verdienen), und Autokonzerne ein Einzelfall sind. Sie sind aber ein deutliches Beispiel für die Auswirkungen der Politik, wie sie die vorherige Regierung begann und die neue Regierung verstärkt und mit mehr System weiterverschärft. Geld genug ist da: Nicht nur in Rückstellungen der Konzerne und den Rekorddividendenausschüttungen des letzten und dieses Jahres sondern auch bei den Millionengehältern der „erfolgreichen Topmanager“. „Die Reichen sollen die Krise bezahlen“, diese Forderung unserer Partei ist realisierbar — im Kampf gegen die Reichen und ihre politischen Interessenvertreter.

BRENNPUNKT ZENTRALAMERIKA

In dieser Ausgabe:

Berichte zu Honduras und Nicaragua

Seiten 8/9



Wir stellen vor:

Ausländerprogramm der KPD

(Entwurf)

Die CDU/CSU hat eine Vertreibungspolitik gegen Millionen Ausländer angekündigt. Die Arbeiterklasse unseres Landes soll gespalten und wehrlos gemacht werden. Wir sagen: Nur gemeinsam sind wir stark! Die KPD hat ein Aktionsprogramm zum gemeinsamen Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit, für vollständige Gleichberechtigung und Integration erarbeitet. Wir stellen es zur Diskussion.

Seite 2 und 3 in diesem RM

Polizei knüppelt für Graue Wölfe

Anläßlich einer als „Kulturveranstaltung“ getarnten Versammlung der Grauen Wölfe kam es am vergangenen Samstag in Hannover zu den schwersten Polizeieingriffen seit Jahren.

Ein antifaschistisches Komitee, an dem sich neben vielen anderen auch die KPD beteiligte, hatte zur Verhinderung des Treffens aufgerufen und Rechtsanwälte beauftragt, ein Verbot der Faschistenversammlung herbeizuführen. Das wurde allerdings abgelehnt.

Samstag mittag blockierten etwa 300 Antifaschisten die Eingänge der Stadthalle. In Gesprächen mit der Demonstrationsleitung weigerten sich Oberbürgermeister Schmalstieg und Stadteildirektor Schröder, das Faschistentreffen zu unterbinden. Eine andere geplante Veranstaltung allerdings fand nach Angaben von Schröder wegen des großen Protestes gar nicht erst statt.

Als etwa 50 Graue Wölfe

auftauchten und die Blockade trotz Aufforderung durch die Polizei nicht aufgehoben wurde, kam es zu einem brutalen Prügeleinsatz. SEK-Beamte griffen gezielt Asylbewerber und Angehörige linker Ausländerorganisationen heraus. Die Demonstranten wurden durch die Straßen getrieben, dabei richtete ein Polizist seine Pistole auf eine Gruppe Antifaschisten. 27 Menschen wurden festgenommen, davon 25 Ausländer, gegen zwei wurde sogar Haftbefehl erlassen!

Der Presse präsentierte die Polizei „eine Sammlung“ gefährlicher Hieb- und Stichwaffen“, die sie den Antifaschisten abgenommen haben will — darunter auch eine Ausgabe des „Roten Morgen“...

8000 forderten in Bad Hersfeld:

„Nazis raus aus Land und Stadt!“

8000 Antifaschisten folgten am vergangenen Samstag dem Aufruf des DGB und demonstrierten in Bad Hersfeld gegen das Treffen von Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS-Divisionen „Leibstandarte Adolf Hitler“ und „Hitlerjugend“.

Mit Rückendeckung durch den SPD-Justizminister in Wiesbaden hatte Hersfelds Bürgermeister Boehmer (CDU) den Nazis schon zum fünften Mal einen Versammlungsraum zur Verfügung gestellt. In diesem Jahr nutzten auch die Nazi-Terroristen von Michael Kühnens ANS/NA die Gelegenheit und den riesigen Polizeischutz, um einen eigenen kurzen Aufmarsch zu veranstalten und eine „Kameradschaft“ in Bad Hersfeld zu gründen.

Eine so große antifaschistische Demonstration wie dieses Jahr hatte das Städtchen allerdings noch nie gesehen. Zahlreiche Gewerkschafter, unter ihnen Hessens DGB-Vorsitzender Richert, der Kasseler SPD-Abgeordnete Peter, ehemalige Verfolgte aus dem In- und Ausland waren unter den Demonstranten. Auch Künstler nahmen teil,

einige hatten ihre Teilnahme an den Hersfelder Festspielen aus Protest gegen das Nazi-Treffen abgesagt.

Auf der Kundgebung verurteilten alle Rednerinnen und Redner scharf die Duldung der Faschisten. Jochen Richert erinnerte unter anderem daran, daß die Nazis nur mit Waffengewalt bezwungen wurden und rief zum Widerstand hier und jetzt gegen die Neonazis „und jene, die sie fördern“ auf. Für die Schauspieler sprach Eva Renzi im gleichen Sinne. Richert forderte weiter „Auflösung und Verbot aller nazistisch-faschistischen Gruppen“. Die Aktivitäten Kühnens unterstrichen diese Notwendigkeit, und daß das nicht kampfflos geht, zeigte auch der Polizeieinsatz, der sich auch an diesem Tag nicht gegen die Nazis, sondern gegen Antifaschisten richtete, die Kühnens Bande entgegentraten.



Schnappschuß von der antifaschistischen Demonstration

Terroraktion Südafrikas:

Bomben auf Mosambik

Nach einer mutigen Aktion südafrikanischer Widerstandskämpfer, die das Hauptquartier der Luftwaffe mit 60 Kilo Sprengstoff angegriffen hatten, führte eben diese südafrikanische Luftwaffe Bombenflüge nach Mosambik durch — wo die Hauptstadt Maputo bombardiert wurde.

Die verbotene Befreiungsbewegung „Afrikanischer Nationalkongress“ (ANC) hatte sich zu dem Anschlag auf das Luftwaffenhauptquartier bekannt. Der Vorsitzende des ANC, Oliver Tambo, sagte in Nairobi, seitdem die südafrikanische Regierung bei ihrer „rassistischen Unterdrückung Waffen“ einsetze, sei seine Organisation von der „Gewaltlosigkeit zur Gewalt“ übergegangen. Ziel dieser Politik sei es, Angriffe auf militärische Ziele zu führen, nicht die Zivilisten, sondern das Unterdrückungssystem würden angegriffen.

Mit einer beispiellosen Hetzkampagne gegen seine Nachbarländer, die oftmals südafrikanischen politischen Flüchtlingen Asyl bieten, bereitete die Rassistengovernment von Südafrika dann die Bombardierung von Maputo vor.

Dort gäbe es, so die Stel-

lungnahme des südafrikanischen Verteidigungsministers „Militär und Sabotageeinrichtungen“ des ANC und „Raketeneinstellungen der mosambikanischen Armee zum Schutz terroristischer Anlagen“.

Mit der Bombardierung der Hauptstadt — fünf bis zehn Düsenjäger kamen im Tiefflug und warfen ihre Bomben über dem Vorort Matola genau zur Hauptverkehrszeit ab — versucht die Regierung nur von ihrem Terror im Lande abzulenken, versucht sie den Befreiungskampf als von außen gesteuert zu diffamieren. Zum zweiten soll diese Bombardierung alle afrikanischen Staaten einschüchtern, soll die Vormachtstellung Südafrikas demonstriert werden und jegliche Versuche, eine Opposition im Lande zu unterstützen will man mit militärischen Aktionen wie dieser beantworten.

Ausländerprogramm der KPD

(Entwurf)

Eine Klasse — eine Kampffront. Das ist schon immer die grundsätzliche Haltung der Kommunisten zum sogenannten „Ausländerproblem“, zu unseren Kolleginnen und Kollegen, unseren Mitbürgern aus dem Ausland. Davon ausgehend kämpfen wir gegen jede Diskriminierung, für die Gleichberechtigung von Deutschen und Ausländern.

Die jüngste politische Entwicklung, der Regierungsantritt der Unions-Parteien in Bonn und die Ausländerpolitik der neuen Regierung, die noch gar nicht voll zum Tragen gekommen ist und bereits Züge von äußerster Menschenfeindlichkeit offenbart, die eine Politik der Vertreibung von Millionen Ausländern angekündigt hat, machen den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter gleich welcher Nationalität sowie ihrer Organisationen, den gemeinsamen Widerstand aller Demokraten zur Notwendigkeit.

Um dieses Anliegen zu fördern, legt die KPD ein „Ausländerprogramm“ vor, das nach intensiver Diskussion in der Partei als Entwurf verabschiedet wurde. Wir wenden uns an Arbeiter und Werktätige, an alle fortschrittlichen Menschen und Organisationen mit dem Willen zur gemeinsamen Aktion und zur Diskussion über die notwendigen politischen Maßnahmen. Wir bitten ausdrücklich um Stellungnahmen zu dem Aktionsprogramm.

Arbeiter, Werktätige!

In der Bundesrepublik Deutschland leben und arbeiten heute Millionen von ausländischen Arbeitern und Werktätigen mit ihren Familien. Wir wenden uns mit diesem Programm besonders an sie, wissen aber, daß die Forderungen unseres Programms nur gemeinsam von deutschen und ausländischen Arbeitern und Werktätigen durchgesetzt werden können.

Wer hierher kam, hat seine Heimat kaum freiwillig, sondern gezwungen durch Not, Elend und Hunger, durch Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit verlassen.

Die Verantwortlichen dafür waren und sind die internationalen Konzerne, die Großbanken, die mächtigen imperialistischen Staaten, die die Reichtümer und Menschen der unterentwickelten Länder ausbeuten und ausplündern, und in der Bundesrepublik Arbeitsplätze vernichten. Die dann auch billige Arbeitskräfte anwerben.

Zu den Verantwortlichen gehören auch die Monopole und Großbanken der Bundesrepublik und ihre Regierungen.

Die ersten ausländischen Arbeiter und Werktätigen wurden von den deutschen Unternehmern schon Mitte der fünfziger Jahre angeworben, die meisten allerdings in der Zeit nach 1969, als es einen großen Bedarf an billigen Arbeitskräften für das Kapital gab.

Wer hierher kam, tat das sicher meistens nicht, um immer hier zu bleiben. Aber die sich immer mehr verschlechternden Verhältnisse in den Heimatländern haben dazu geführt, daß der Wunsch, in die Heimat zurückzukehren, meistens ein Wunsch blieb, daß aus dem geplanten provisorischen Aufenthalt ein Daueraufenthalt geworden ist. Die hochentwickelte kapitalistische Bundesrepublik ist längst zu einem Einwanderungsland für Millionen von Ausländern geworden.

Aber wie ist ihre Lage?

Offiziell ist die Bundesrepublik kein Einwanderungsland. Von einer politischen und rechtlichen Gleichstellung mit den Deutschen kann keine Rede sein. Ganz im Gegenteil. Die ausländischen Arbeiter und Werktätigen unterliegen mit dem Ausländergesetz und den auf ihm beruhenden Verordnungen Ausnahmegesetzen, die sie in besonderer Weise rechtlos machen und der Willkür der Unternehmer ausliefern. Sie sind gefragt als billige Arbeits-

kräfte, die wieder abgeschoben werden, wenn sie nicht mehr gebraucht werden.

Die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, ist fast unmöglich; die Erlangung einer Aufenthaltsberechtigung, die zum unbefristeten Aufenthalt in der Bundesrepublik berechtigt, schwierig. Die ungleiche Stellung der ausländischen Arbeiter und Werktätigen ist auch eine der wichtigsten Ursachen für ihre Lebensverhältnisse, die in der Regel schlechter sind als die der Deutschen.

Die ungleiche Stellung von deutschen und ausländischen Arbeitern und Werktätigen ist kein Zufall, sondern sie ist von der deutschen Bourgeoisie sorgfältig geplant.

Sie hat Auswirkungen nicht nur für die ausländischen Arbeiter und Werktätigen, sondern für die gesamte Klasse. Deutsche und ausländische Arbeiter gehören einer Klasse an, sie stehen in einer Kampffront gegen das Kapital, seinen Staat und seine Regierung.

Aber solange die ausländischen Arbeiter nicht genauso wie ihre deutschen Kollegen streiken und sich politisch betätigen dürfen, solange ihre ungleiche Stellung die Löhne aller Arbeiter drückt, solange sie nicht die gleichen sozialen Rechte wie ihre deutschen Kollegen haben, bleibt die gemeinsame Kampffront gespalten, wird der gemeinsame Kampf aller Arbeiter für ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Forderungen geschwächt. Solange wird es nicht nur für die ausländischen, sondern auch für die deutschen Arbeiter schwierig sein, ihre Forderungen durchzusetzen und die Angriffe des Kapitals abzuwehren. Deshalb liegt der Kampf für die wirtschaftliche, soziale und politische Gleichstellung der ausländischen Arbeiter und Werktätigen im Interesse aller Arbeiter. Der Kampf für ihre Verwirklichung wird zur Schaffung einer gemeinsamen Kampffront von deutschen und ausländischen Arbeitern beitragen und zugleich die Bedingungen für den Kampf aller Arbeiter gegen die Angriffe des Kapitals verbessern.

Aus diesem Grund schlagen wir Kommunisten das folgende Aktionsprogramm für die Verbesserung der politischen, rechtlichen und sozialen Lage der ausländischen Arbeiter und Werktätigen vor.

Einbürgerung und Wahlrecht

Angeichts der besonderen Rechtlosigkeit und politischen Unterdrückung der ausländischen Arbeiter und Werktätigen in der Bundesrepublik fordern wir die volle rechtliche und politische Gleichstellung mit den Deutschen.

Sie wird die Lebensverhältnisse der ausländischen Arbeiter und Werktätigen entscheidend verbessern. Sie wird der Spaltung der Arbeiterklasse entgegenwirken und die Kampfkraft der gesamten Klasse für ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Forderungen stärken.

Sie liegt deshalb auch im Interesse der deutschen Arbeiter und Werktätigen und kann auch nur von Deutschen und Ausländern gemeinsam durchgesetzt werden.

Die volle rechtliche und politische Gleichstellung der ausländischen Arbeiter und Werktätigen ist aber erst dann erreicht, wenn sie deutsche Staatsbürger sind, bei Beibehaltung ihrer alten Staatsbürgerschaft.

Wir fordern deshalb:

- Gesetzlich vorgeschriebene, automatische Einbürgerung aller ausländischen Mitbürger nach einem Jahr Aufenthalt in der Bundesrepublik bei Beibehaltung ihrer alten Staatsbürgerschaft.
- Gesetzlich vorgeschriebene, automatische Einbürgerung der hier geborenen Kinder von

ausländischen Arbeitern und Werktätigen (doppelte Staatsbürgerschaft).

- Zwischenstaatliche Verträge, die eine doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen.

Die automatische Einbürgerung wird es — im Unterschied zur freiwilligen Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft — den Regierungen der betreffenden Heimatländer und der westdeutschen Bourgeoisie unmöglich machen, durch Druck oder andere Maßnahmen den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft und damit die volle rechtliche und politische Gleichstellung der ausländischen Arbeiter und Werktätigen zu verhindern. Die automatische Einbürgerung bedeutet nicht, daß die ausländischen Arbeiter und Werktätigen die deutsche Lebensweise und Kultur, die deutschen Sitten und Gebräuche übernehmen müssen. Sie ist an keinerlei Voraussetzungen gebunden. Sie wird aber dazu beitragen, das gegenseitige Verständnis zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern und Werktätigen zu fördern.

Ungerechtigkeiten, die sich möglicherweise aus der doppelten Staatsbürgerschaft ergeben könnten — genannt sei hier die Frage der Ableistung der Wehrpflicht — sollen durch zwischenstaatliche Verträge so geregelt werden, daß den ausländischen Arbeitern und Werktätigen keine Nachteile entstehen.

Durch den automatischen Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft werden die ausländischen Arbeiter und Werktätigen auch in der Lage sein, eines der grundlegenden demokratischen Rechte, nämlich das Recht zu wählen und gewählt zu werden, in Anspruch zu nehmen. Bereits heute gibt es einen Kampf der demokratischen Kräfte unseres Landes für das kommunale Wahlrecht der ausländischen Arbeiter und Werktätigen. Wir unterstützen diesen Kampf und betrachten das kommunale Wahlrecht als einen ersten Schritt auf dem Weg zur völligen politischen und rechtlichen Gleichstellung der Ausländer.

- Für das Recht der ausländischen Mitbürger auf das aktive und passive kommunale Wahlrecht.

Freie politische Betätigung

Der Aufenthalt der ausländischen Arbeiter und Werktätigen in der Bundesrepublik und alles, was mit ihrem Aufenthalt in Zusammenhang steht, wird durch das Ausländergesetz geregelt. Das Ausländergesetz zementiert die besondere Rechtlosigkeit und politische Unterdrückung der Ausländer. Ohne seine Beseitigung ist eine dauernde Verbesserung der Lage der ausländischen Arbeiter und Werktätigen nicht möglich.

Das Ausländergesetz verbietet Ausländern ausdrücklich jede politische Tätigkeit, wenn sie die Interessen der Bundesrepublik gefährdet. Diese Interessen sind in unserem Staat aber letztendlich immer die Profitinteressen des Kapitals.

Deshalb sind bei uns die Meinungs-, Koalitions- und Versammlungsfreiheit, das Recht auf politische Tätigkeit und Organisation für Ausländer stark eingeschränkt. Die Wahrnehmung dieser Freiheiten und Rechte hängt völlig vom Wohlwollen und der Willkür von Regierung, Behörden, Polizei und Justiz ab. Politische Organisationen ausländischer Werktätiger sind ständiger Kontrolle und Schikane von Polizei und Justiz ausgesetzt. Fortschrittliche Ausländer werden häufig vom Verfassungsschutz in Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten ihrer Heimatländer bespitzelt. Die politische Betätigung von ausländischen Arbeitern und Werktätigen kann jederzeit mit Ausweisung gehandelt werden.

Wir fordern deshalb:

- Weg mit dem Ausländergesetz.
- Keine Abschiebung aus politischen Gründen.
- Schluß mit der Zusammenarbeit von deutschen und ausländischen Geheimdiensten.
- Für das Recht, sich frei politisch zu äußern, zu betätigen und zu organisieren.

Aufenthalts-erlaubnis

Der Aufenthalt von Ausländern in der Bundesrepublik ist an die

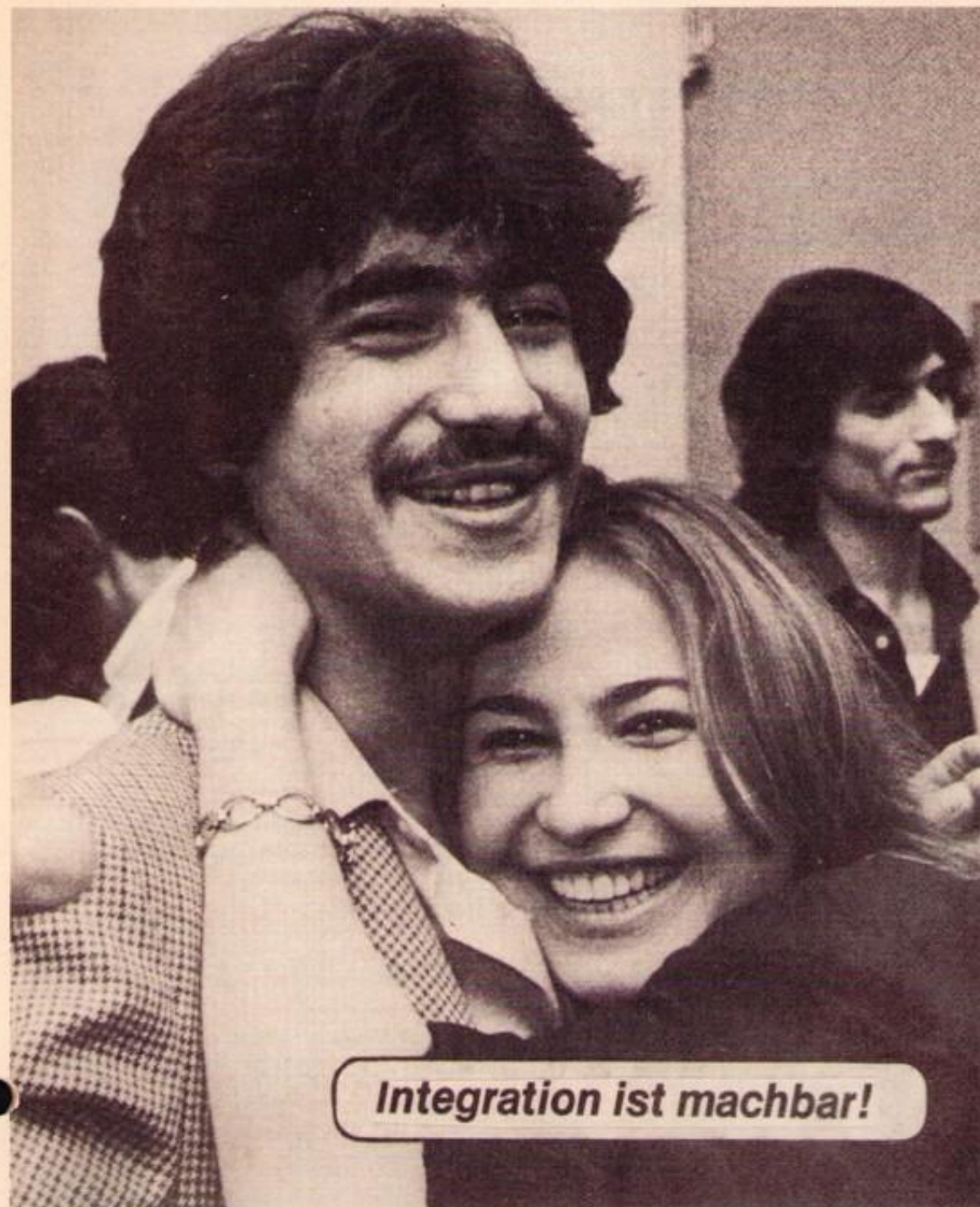
Bewilligung einer Aufenthaltserlaubnis geknüpft. Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis hängt von vielen Bedingungen ab, letztendlich aber von den Profitinteressen des Kapitals, von seinem Bedarf an billigen Arbeitskräften. Die Aufenthaltserlaubnis ist generell zeitlich beschränkt, häufig wird sie, wiederum je nach Bedarf, nur für bestimmte Regionen oder sogar Stadtteile erteilt. Ausländer aus Staaten der EG bekommen bevorzugt eine Aufenthaltserlaubnis. Familienangehörige, die nachkommen möchten, bekommen nur unter bestimmten Bedingungen eine Aufenthaltserlaubnis. Es steht den Ausländerbehörden außerdem frei, die Aufenthaltserlaubnis jederzeit — etwa bei der Teilnahme an Streiks oder bei unliebsamer politischer Betätigung — zu widerrufen. Seit dem Herbst 1980 hat die Regierung den Zuzug in die Bundesrepublik noch weiter eingeschränkt, indem sie für zahlreiche Visumszwang eingeführt hat. Weitere Beschränkungen, vor allem für den Zuzug von Kindern und Jugendlichen, sind geplant.

Es liegt auf der Hand, daß die Verknüpfung des Aufenthalts in der Bundesrepublik mit einer besonderen behördlichen Erlaubnis, sowie die zahlreichen Zuzugsbeschränkungen die ausländischen Arbeiter und Werktätigen in der Bundesrepublik in besonderer Weise rechtlos machen und sie in besonderer Weise der Willkür des Kapitals, seinen Profitinteressen unterwerfen.

Wir fordern deshalb:

- Keine Beschränkung der Einwanderung in die Bundesrepublik.
- Unbeschränkte Aufenthaltsberechtigung für alle in der Bundesrepublik lebenden Ausländer ohne irgendwelche Bedingungen.
- Rücknahme aller die Familienzusammenführung einengenden Bestimmungen und Maßnahmen.
- Keine Visumspflicht.
- Keine lokale und zeitliche Beschränkung der Aufenthaltserlaubnis.
- Gleichstellung von Nicht-EG-Ausländern mit den EG-Ausländern bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis.





Integration ist machbar!

Die Möglichkeit, ohne Beschränkungen in die Bundesrepublik einzuwandern, löst auch das Problem der sogenannten Wirtschaftsasylanten.

Arbeitserlaubnis

Ausländische Arbeiter und Werkstätige dürfen in der Bundesrepublik nur dann arbeiten, wenn sie im Besitz einer Arbeitserlaubnis sind. Die Arbeitserlaubnis wird von den Arbeitsämtern erteilt. Die Erteilung wird durch das Arbeitsförderungs-gesetz geregelt. Der Artikel 19 des Arbeitsförderungs-gesetzes gibt den Arbeitsämtern die Möglichkeit, die Geltung einer Arbeitserlaubnis auf bestimmte Regionen, Wirtschaftszweige und sogar auf ganz bestimmte Betriebe zu beschränken. Praktisch bedeutet das, daß ausländische Arbeiter und Werkstätige oft nur dann eine Arbeitserlaubnis erhalten, wenn sie sich der uneingeschränkten Willkür der Unternehmer beugen und bereit sind, die schlechtesten Berufe mit den niedrigsten Löhnen auszuüben.

Auch die Arbeitserlaubnis kann jederzeit widerrufen werden. Nachgereiste Familienangehörige müssen mehrere Jahre warten, bevor sie Arbeitserlaubnis erhalten. Bei der Erteilung einer Arbeitserlaubnis werden Arbeiter und Werkstätige aus den Ländern der EG bevorzugt.

Wir fordern deshalb:

- Jeder hier in der Bundesrepublik lebende Ausländer muß das Recht haben, ohne irgendwelche Einschränkungen arbeiten zu dürfen.
- Keinerlei Beschränkung der Arbeitserlaubnis auf Regionen, Wirtschaftszweige oder Betriebe.
- Keine Wartezeiten für Familienangehörige.
- Gleichstellung der Nicht-EG-Ausländer mit den EG-Ausländern.

• Weg mit dem §19 des Arbeitsförderungs-gesetzes.

Gleiche soziale Rechte

Obwohl die ausländischen Arbeiter und Werkstätige genauso wie ihre deutschen Kollegen arbeiten, Steuern und Sozialabgaben zahlen, verfügen sie nicht über die gleichen sozialen Rechte wie diese. Sie erhalten für ihre im Ausland lebenden Kinder weniger Kindergeld als für in der Bundesrepublik lebende Kinder. Da bei Arbeitslosigkeit oft die Arbeitserlaubnis erlischt, stehen ausländische Arbeiter und Werkstätige dann in der Regel „dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung“, und ihnen kann das Arbeitslosengeld vorenthalten werden. Ähnlich sieht es bei der Bewilligung von Arbeitslosenhilfe aus. Ein Antrag auf Sozialhilfe kann ein Ausweisungsgrund sein.

Außerdem sind die Arbeitsämter angewiesen, nach Artikel 19 des Arbeitsförderungs-gesetzes, freie Stellen vorrangig an Deutsche zu vermitteln. Das trifft besonders die ausländischen Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, hart.

Ausländische Arbeiter und Werkstätige, die nach einer gewissen Zeit in ihre Heimat zurückkehren, verlieren ihren Anspruch auf Rente entweder ganz, zumindest aber teilweise.

Wir fordern deshalb:

- Gleiches Kindergeld für alle.
- Gleichbehandlung von deutschen und ausländischen Arbeitern und Werkstätigen bei der Zahlung von Arbeitslosengeld, Arbeitslosen- und Sozialhilfe.
- Wegfall der „Vorrangklausel“ für Deutsche bei der Vermittlung von Arbeitsplätzen.
- Zwischenstaatliche Verträge, die die Übertragung der Renten regeln.

Asylrecht

Die bitteren Erfahrungen aus der Zeit des Faschismus haben dazu geführt, daß das Asylrecht nach dem zweiten Weltkrieg in das Grundgesetz aufgenommen worden ist. Aber das Asylrecht ist im Zuge des verstärkten Abbaus demokratischer Rechte und Freiheiten in den letzten Jahren immer mehr ausgehöhlt worden. Politisch Verfolgte genießen heute in der Bundesrepublik praktisch keinen Schutz mehr — es sei denn, sie kommen aus Ländern, die dem Warschauer Pakt angeschlossen sind. Viele Asylbewerber werden als sogenannte Wirtschaftsasylanten diskriminiert. Um die Zahl der politischen Flüchtlinge von vornherein gering zu halten, werden von Seiten der Bundes- und der Länderregierungen immer neue, schikanöse Maßnahmen ergriffen.

Die Verteidigung des Asylrechts ist ein Teil des Kampfes gegen den Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten.

Wir fordern deshalb:

- Zügige Anerkennung aller Asylbewerber.
- Beseitigung aller Maßnahmen, die die Einreise von Flüchtlingen erschweren (z.B. Visumszwang).
- Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylbewerber.

Gesundheitswesen

Durch Unkenntnis, Vorurteile, Diskriminierung sind ausländische Werkstätige und ihre Familien oft nicht in der Lage, das Angebot des öffentlichen Gesundheitswesens so in Anspruch zu nehmen, wie es notwendig wäre. Durch die oft schlechten Arbeitsbedingungen, die oft unzumutbaren Wohnverhältnisse und die Lebensverhältnisse insgesamt, ist ihr Gesundheitszustand aber in der Regel

schlechter als der der deutschen Arbeiter und Werkstätigen.

Wir fordern deshalb:

- Verstärkte Aufklärung der ausländischen Werkstätigen und ihrer Familien über die Notwendigkeit medizinischer Versorgung und Behandlung. Förderung öffentlicher Einrichtungen wie „Pro Familia“ und „Arbeiterwohlfahrt“, die sich in diesem Bereich besonders engagieren. Einstellung von Dolmetschern.

Wohnungen

Bodenspekulation, Mietwucher, Wohnungsmangel und menschenunwürdiger Wohnraum treffen die ausländischen Arbeiter und Werkstätigen am härtesten. Durch Zuzugssperren, Benachteiligung bei der Vergabe von Sozialwohnungen, infolge niedriger Löhne, durch Unkenntnis, durch ihre allgemeine Rechtlosigkeit werden die ausländischen Arbeiter und Werkstätigen in der Regel gezwungen, in heruntergekommenen Stadtteilen in Gettos zu wohnen.

Weil dort im allgemeinen völlig unzumutbare Wohnverhältnisse herrschen, aber auch, weil die Gettobildung die Isolierung der ausländischen Arbeiter und Werkstätigen verstärkt und das Zusammenleben von deutschen und ausländischen Werkstätigen hemmt, wenden wir uns gegen solche Gettos. Sie werden allerdings erst dann verschwinden, wenn ausreichender und billiger Wohnraum auch für die ausländischen Arbeiter und Werkstätigen geschaffen wird.

Wir fordern deshalb:

- Schaffung von ausreichendem und menschenwürdigem Wohnraum zu niedrigen Mieten.
- Beseitigung von Mietwucher und Bodenspekulation.
- Gesetzlich vorgeschriebene Berücksichtigung von Ausländern — gemäß ihres Anteils an der Bevölkerung — bei der Belegung von Sozialwohnungen.
- Keine Zuzugssperren.

Ausbildung

Über eine Million der hier in der Bundesrepublik lebenden Ausländer ist jünger als sechzehn Jahre. Für die ausländischen Arbeiter und Werkstätigen ist die Ausbildung ihrer Kinder zweifellos eines der größten Probleme. Denn rund zwei Drittel aller ausländischen Kinder, die die Hauptschule besuchen, verlassen sie ohne Abschluß; nur rund ein Prozent besuchen eine Realschule oder ein Gymnasium.

In den Schulen werden auf die besonderen Bedingungen der ausländischen Kinder oft keine Rücksichten genommen. Im Grunde wird dort eine Zwangsgermanisierung betrieben. Aber auch — wie vielfach gefordert — reine Ausländerklassen sind keine Lösung, denn sie versperren dem gleichberechtigten Zusammenleben von deutschen und ausländischen Kindern den Weg.

Wir fordern deshalb:

- Gleiche Bildungschancen für deutsche und ausländische Kinder.
- Gemeinschaftlicher Unterricht für deutsche und ausländische Kinder.
- Sonderförderung der ausländischen Kinder, besonders

für das Erlernen der deutschen Sprache.

- Lehren der Muttersprache und Berücksichtigung der Heimat in den Lehrinhalten.
- Die Auswahl der ausländischen Lehrer, die Erstellung der Lehrinhalte und Schulbücher muß ausschließlich den deutschen Behörden vorbehalten bleiben.
- Einstellung aller ausländischen und deutschen Lehrer.
- Uneingeschränkte Anerkennung der im Ausland abgelegten Prüfungen.
- Einrichtung besonderer Sprachkurse und anderer Sonderförderungen für erst später in die Bundesrepublik eingereiste Kinder.

Gegen die besondere Benachteiligung ausländischer Jugendlicher bei der Berufsausbildung fordern wir:

- Gleiche Berufschancen für deutsche und ausländische Jugendliche.
- Erteilung einer Arbeitserlaubnis für jeden ausländischen Jugendlichen, der die Schule absolviert hat.
- Bestrafung jener Unternehmer, die Auszubildende nicht aufnehmen, weil sie Ausländer sind.

Bessere Eingliederung

Die ausländischen Arbeiter, Werkstätigen und ihre Familien wurden als billige Arbeitskräfte in die Bundesrepublik geholt. Die menschlichen Probleme, die dadurch entstehen, interessieren die Unternehmer wenig. Dazu gehören vor allem die sprachlichen Probleme, die überall — im Betrieb, zu Hause, in der Freizeit und im Verkehr mit den Behörden — auftauchen. Die Unkenntnis bzw. mangelhafte Kenntnis der deutschen Sprache verstärkt die Isolation der ausländischen Arbeiter und Werkstätigen. Sie hemmt das freundschaftliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern.

Unter dieser Situation müssen besonders die ausländischen Frauen leiden, von denen ein großer Teil nicht berufstätig ist. Dazu kommt, daß ein großer Teil der ausländischen Frauen wegen der besonderen Unterdrückung der Frau in den Heimatländern, nicht einmal des Lesens und Schreibens in der Muttersprache mächtig ist.

Wir fordern deshalb:

- Kostenlose Sprachkurse in Großbetrieben bei voller Lohnzahlung für ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter. Dort, wo das nicht möglich ist, müssen die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter die Möglichkeit haben, bei voller Lohnzahlung Sprachkurse außerhalb des Betriebs zu besuchen.
- Auch für die nichtwerkstätigen Familienangehörigen müssen kostenlose Sprachkurse eingerichtet werden. Die Kosten übernimmt der Staat.
- Alphabetisierungsmaßnahmen insbesondere für ausländische Frauen. Die Kosten übernimmt der Staat.
- Ausreichender Dolmetscherdienst bei Behörden, Gerichten und anderen öffentlichen Einrichtungen. Amtliche Schreiben in der Muttersprache.

Freundschaftliches Zusammenleben

Das Kapital und seine Regierung reden viel von Integration.

Gemeint ist damit aber in den meisten Fällen die mehr oder minder zwangsweise Anpassung des Lebens der ausländischen Arbeiter an die deutsche Lebensweise und Kultur, an die deutschen Sitten und Gebräuche. Schlimmer noch. Die besondere politische Unterdrückung und Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter und Werkstätigen, das Ausländergesetz und die zahlreichen auf ihm beruhenden Verordnungen, die Behandlung der Ausländer als „Fremde“, die nur vorübergehend in der Bundesrepublik leben und arbeiten, nur solange und nur insoweit der Bedarf des Kapitals an billigen Arbeitskräften befriedigt wird — all das ist der Boden für eine zunehmende offene ausländerfeindliche Hetze der politischen Reaktion und der Faschisten. Die ausländerfeindliche Hetze ist nicht nur eine reale Bedrohung aller hier lebenden Ausländer. Sie und alle Maßnahmen zur zwangsweisen Integration sind auch gefährliche Mittel der deutschen Bourgeoisie zur Spaltung der Arbeiterbewegung, zur Schwächung des gemeinsamen Kampfes deutscher und ausländischer Arbeiter.

Demgegenüber treten wir für das freundschaftliche Zusammenleben von deutschen und ausländischen Arbeitern und Werkstätigen ein. Das aber wird sich dann um so mehr entwickeln, wenn die ausländischen Arbeiter und Werkstätigen das Recht haben, ihre nationale Identität zu wahren und ihre eigene Kultur ohne Einschränkungen auszuüben und zu entwickeln.

Wir fordern deshalb:

- Verbot und Bestrafung jeglicher rassistischer, chauvinistischer und faschistischer Propaganda.
- Verbot aller deutschen und ausländischen faschistischen Organisationen.
- Verbot aller Kampagnen usw., die die Ausländerfeindlichkeit schüren. Bestrafung der Initiatoren.
- Uneingeschränktes Recht der Ausländer, ihre nationale Identität zu bewahren und ihre nationale Kultur zu entwickeln.

- Förderung aller Bemühungen, das gleichberechtigte Zusammenleben von deutschen und ausländischen Arbeitern und Werkstätigen zu unterstützen.

Arbeiter, Werkstätige!

Der Kampf für die politische und rechtliche Gleichstellung der ausländischen Arbeiter und Werkstätigen in der Bundesrepublik ist ein Gebot der Stunde. Deshalb schlagen wir Kommunisten dieses Aktionsprogramm vor. Wir wenden uns dabei besonders an die ausländischen Arbeiter und Werkstätigen, aber auch an die deutschen Arbeiter und Werkstätigen. Es geht um die Verbesserung der Lebenslage der ausländischen Arbeiter und Werkstätigen. Es geht um die Schaffung einer gemeinsamen Kampffront von deutschen und ausländischen Arbeitern und Werkstätigen, die allein in der Lage ist, die zunehmenden Angriffe des Kapitals, seines Staates und seiner Regierung auf den Lebensstandard, die sozialen Errungenschaften und die demokratischen Rechte aller Arbeiter zurückzuschlagen.

Gemeinsam sind wir stark! Deutsche und ausländische Arbeiter — eine Klasse, eine Kampffront.

Bericht über den Streik in der Hamburger Sanitärbranche

„Klempnerkraft bricht Krautermacht“

Liebe Genossen, es folgt ein Bericht von der Streikversammlung der streikenden Hamburger Klempner, insgesamt streiken über 400 Kollegen aus 18 Betrieben.

Auf der Streikversammlung waren im Blauen Saal der Hamburger Messehallen mehr als vierhundert streikende Kollegen, oft mit ihren Familien. Nach einigen Liedern der Musikgruppe „Liededeeler“ begann die Versammlung mit einer Rede des Bezirksleiters der IGM im Nordverbund. Er machte deutlich, um wieviel schwerer es ist im Handwerk in 18 Betrieben mit 130 bestreikten Baustellen einen Streik durchzuführen, als in der Industrie, wo Tausende in einem Betrieb arbeiten. Als Ziel des Streiks nannte er eine Reallohnsicherung und eine „erträgliche“ Akkordvereinbarung.

Ihm folgte ein Beitrag des Kollegen Hans Schäfer vom Vorstand der IGM. Er berichtete, daß ein Unternehmer die Frau eines ausländischen Kollegen mit dem Hinweis unter Druck setzte, falls ihr Mann streike, würde er sofort entlassen werden, darüberhinaus werde ihm die Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung entzogen. Ansonsten war es eher peinlich, was dieser IGM-Vorstandler so von sich gab. Er entschuldigte sich dafür, daß er der Vertreter vom Vertreter wäre, der hier zu den Kollegen spräche. (Die Kollegen Koop und Tarif-Janßen aus dem Vorstand wären auf wichtigen Konferenzen).

Das entscheidende Referat hielt der IGM-Sekretär Peter Widdern, der Organisator des Streikes. Er sprach über:

- die Entwicklung der Ausein-

andersetzung, die Unternehmer wollen die Akkorde um 30 Prozent kürzen, bzw. zur Zeitlohnarbeit übergehen. Die IGM sei bereit, Gespräche über Zeitkürzungen zu führen, durch die Einführung neuer Werkzeuge und Maschinen haben sich die Akkordbedingungen in den letzten zwanzig Jahren geändert;

- als zweites ist seit 79 der Manteltarifvertrag für Arbeiter und Angestellte gekündigt. Hier hat die entsprechende Tarifkommission einen eigenen Entwurf vorgelegt. Es soll ein Kündigungsschutz und eine Verdienstsicherung für die über 55 Jahre alten Kollegen abgeschlossen werden. (In der Metallindustrie gibt es so einen Tarifvertrag seit Jahren.) Die Arbeitgeber haben Gespräche über diesen § 17 des Entwurfes strikt abgelehnt: dadurch würden ihre Betriebe kaputtgehen.

- das letzte Angebot über Lohnerhöhung lautete 3,25 Prozent, für die Auszubildenden sollten aber nur 2,7 — 3,25 Prozent rausspringen.

Das war die Lage, die zum Abbruch der Verhandlungen führte. Um nach dem hervorragenden Urabstimmungsergebnis von 98,4 Prozent noch die letzten Möglichkeiten zu nutzen, fand am Mittwoch dem 4. Mai noch ein Gespräch mit den Vertretern der Krauter statt. Die letzte Forderung der Krauter war eine lineare Akkordsenkung von mindestens 15 — 25 Prozent, während die Kollegen der Tarifkommission nur bereit waren anhand einer Musterbaustelle über Kürzungen von maximal 10 — 15 Prozent, aber nicht linear, sondern nur anhand von

konkreten Beispielen zu sprechen.

„Wir sind jetzt seit fast zwei Wochen im Streik, wir werden noch einige Zeit Geduld brauchen, bis der Streik zu wirken beginnt“, betonte Koll. Peter Widdern zum Ende seiner Rede.

Nach einer weiteren Musikeinlage kamen nun Kollegen aus den Betrieben zu Wort. Der Betriebsratsvorsitzende der Firma Reyher berichtete, daß Betriebe sich an die Hamburger Gaswerke (HGW) gewandt haben: die HGW sollten mit ihrem Bereitschaftsdienst Kundendienstaufgaben der bestreikten Firmen übernehmen. Der HGW-Betriebsrat lehnte dieses Ansinnen ab.

Der nächste Redner forderte auf, kräftig für die Solidaritätskasse zu spenden. Aus ihr bekommen diejenigen Kollegen, die erst im April Mitglied der IGM geworden sind und solidarisch mitstreiken, ein paar Mark Unterstützung. (Nach Satzung bekommen sie erst nach drei Monaten Streikunterstützung).

Bei einem Bau der Neuen Heimat wurde eine Fremdfirma als Streikbrecher eingesetzt. Nach Gesprächen der IGM mit der Neuen Heimat wurde die Fremdfirma abgezogen.

Die Kollegen der Firma Reinholdt, die zu 100 Prozent organisiert sind, begannen wie die anderen am 9. Mai mit dem Streik. Der Unternehmer behauptete, daß sie nicht streiken dürften, da der Betrieb nicht Mitglied der Innung sei. Die Kollegen traten daraufhin in den Streik für die Anbindung an den Hamburger Tarifvertrag. Das wurde durchgesetzt, jetzt streiken sie weiter für die gemeinsamen gewerkschaftlichen Forderungen.

Das Büropersonal wurde von der Firma Bruhns zu Streikbrecherarbeiten aufgefordert, doch bei Frau Lindemann im Alten Teichweg waren sie an der falschen Adresse. „Streikbrecher kommen bei mir nicht in die Wohnung“, seitdem hängt ein Plakat der IGM in ihrem Fenster: „Dieser Betrieb wird bestreikt! IGM“ Den Strauß roter Rosen, den sie dafür von den Streikenden bekam, hat sie wirklich verdient.

Der zweite Bevollmächtigte der Hamburger IGM hob noch einmal hervor, daß die Geschlossenheit, die die Kollegen jetzt bei ihrem Streik zeigen, nur möglich ist durch jahrelange aktive Gewerkschaftsarbeit.

Das bleibt auch weiterhin wichtig, denn „in den kommenden Jahren werden wir wesentlich häufiger streiken müssen“. Als letztes wurde von einem Kollegen noch die Ausweitung des Streiks auf andere Hamburger Betriebe gefordert. Die Tarifkommission wird über eine Ausweitung nach Pfingsten noch in dieser Woche diskutieren.

Das Motto dieser Veranstaltung hieß: „Klempnerkraft bezieht die Krauter!“

Krauter nennt man hier die kleinen Handwerksbuden.

Anmerkung: Für mich als Außenstehenden, der diese Information nur aus Gesprächen und nicht aus eigener Erfahrung hat, ist es schwer einzuschätzen, wie ernsthaft auch die höheren Etagen der IGM in dieser Sache engagiert sind. Von den Funktionären aus den Betrieben und den fürs Handwerk zuständigen Sekretären habe ich jedenfalls einen guten Eindruck.

Kölner Flugblatt zur Aktionswoche gegen Arbeitslosigkeit

Arbeitslos — aber nicht wehrlos!

Aktionswoche vom 29. Mai bis 4. Juni unterstützen!

Das folgende Flugblatt wurde in Köln zur Vorbereitung der Aktionswoche gegen Arbeitslosigkeit verbreitet. Wir drucken es ab, einmal um ein konkretes Beispiel (aus verschiedenen möglichen) zu zeigen, wie diese Aktionswoche vorbereitet wird, zu der auch unsere Partei zur Unterstützung aufruft. Zum anderen weil gerade im Kölner Programm von Aktivitäten einige Punkte von größerem Interesse, nachahmenswert sind.

Arbeitslos — aber nicht wehrlos!

Vom 29. Mai bis 4. Juni findet in vielen Städten der BRD eine Aktionswoche gegen Arbeitslosigkeit statt. Organisiert von den Betroffenen selber.

In der Aktionswoche wollen wir Hintergründe der wachsenden Arbeitslosigkeit benennen und deutlich machen: Die Arbeitslosen beginnen sich zu wehren — Gegen die Verachtung, Vereinzelung und das finanzielle Ausbluten. Gegen dreiste Sonntagsreden von Politikern und heuchlerische Krokodilstränen von Unternehmensverbänden. Gegen bürokratische Zuteilung von Almosen durch Arbeits- und Sozialämter.

Wir sagen laut heraus, daß wir arbeitslos sind, daß wir uns nicht länger verkriechen, daß wir berechnete Forderungen haben nach einem menschenwürdigen Einkommen und daß wir sinnvolle Arbeit wollen!

Trotz der Krise wurde in der Bundesrepublik Deutschland noch nie so viel Reichtum angehäuft wie in den letzten fünf Jahren. Aber in den falschen Händen und für falsche Zwecke. Mit einer Senkung des Arbeitslosengeldes für Ledige und Kinderlose will die CDU/FDP-Regierung noch mehr Geld aus der Kassenkasse in den Riesentopf für Rationalisierungen umlenken.

Wir rufen alle, besonders die Mehrheit der zur Zeit Beschäftigten auf: die Arbeitslosen sind nicht die Blitzableiter für eure Angst um den Arbeitsplatz. Und auch die ausländischen Kolleginnen und Kollegen sind es nicht! Wir sollten vielmehr zusammenhalten gegen den Rationalisierungsaufschwung, gegen Konkurrenzkampf auf unsere Knochen und Armut in unseren Reihen.

Wir haben manchmal den Eindruck, daß die in Arbeit keine Ahnung haben, wie es denen ohne Arbeit wirklich geht. Hört Euch also um bei uns! Nehmt teil an unseren Aktivitäten!

Was ist los in der Woche?

29. 5. Ökumenische Andacht

29. 5. 14.00 — 18.00 Uhr, Neptunplatz, Ehrenfeld
Kulturfest zum Auftakt der Aktionswoche. Mit Winfried Bode, Esser-Steincke-Duo, Wahner Anton, Gewerkschaftschor des DGB, Jens Hagen, Erasmus Schöfer, Kalker Songgruppe, ausländische Folkloregruppen, den Bläck Fööss und vielen anderen. Die Künstler treten unentgeltlich auf. Für Essen und Trinken wird gesorgt. Arbeitsloseninitiativen und Kollegen aus den Betrieben sind mit ihren Info-Tischen willkommen!

30. 5., 9.00 Uhr, Arbeitsamt Weinsbergstraße
„Arbeitslosenfrühstück“ mit Brötchen, Kaffee und Informationen.

30. 5. bis 3. 6., jeweils 8.00 — 12.00 Uhr, Arbeitsamt Weinsbergstraße
Arbeitslosen-Beratung — Informationsstand vor dem Arbeitsamt Weinsbergstraße.

31. 5., 14.00 Uhr, Philippstr. 23
Das Kölner Arbeitslosenzentrum (KALZ) macht auf. Den ersten Raum von vieren jedenfalls. Gleichzeitig wird die Aktion am 1. 6. vorbereitet.

31. 5., 19.00 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstraße
Diskussionsveranstaltung zum Thema Arbeitslos, Beschäftigte — wie weiter?

1. 6., 14.00 Uhr, ab KALZ, Philippstraße 23
Radrundfahrt zu Arbeit(weg)nehmern und anderen Krisengewinnlern in Ehrenfeld.

2. 6., (Feiertag) nachmittags im KALZ, Philippstr. 23
Ein Arbeitslosentreff mit Bier und Palaver.

3. 6., ab 11.00 Uhr, Wallraffplatz
„Fit für den Ernstfall Arbeit“ ein Trainingslager. Straßentheater in der Stadt.

4. 6., 9.30 Uhr, Chlodwigplatz
Gemeinsamer Aufbruch zur bundesweiten Arbeitslosen-Demonstration in Bonn (mit dem Rad oder mit der KVB). Abmarsch in Bonn um 11.30 Uhr ab Josefshöhe, Kundgebung um 14.00 Uhr Hofgarten.

Wer organisiert die Woche?

Im Arbeitskreis Kölner Arbeitsloseninitiativen haben sich folgende Initiativen zusammengeschlossen, die auch die Aktionswoche organisieren:

Frauen gegen Erwerbslosigkeit
Christine Winterhoff, Tel.: 3761422; Marlies Christofzek, Ohmstr. 2, 5000 Köln 1

Arbeitslose Lehrer in der GEW
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Hans Böckler Platz 3, Tel.: 516267

Arbeitsloseninitiative Faultier
Wolfgang Bertling, Meerfeldstr. 4, 5000 Köln 60

Interessenverband der Arbeitslosen (IDA)
Marianne Schmalzried, Mainzer Str. 43, 5000 Köln 1, Tel.: 386623

Arbeitsloseninitiative rechtsrheinisch
Monika Wulff, Kalk-Mülheimer Str. 304, 5000 Köln 80, Tel.: 626299

DGB-Arbeitslosen-Arbeitskreis
Deutscher Gewerkschaftsbund, Hans Böckler Platz 3, Tel.: 514049

Arbeitsloseninitiative im Evang. Sozialwerk
Ev. Sozialwerk, Kartäusergasse 9, 5000 Köln 1, Tel.: 312658

Arbeitsloseninitiative im Stollwerk
Regenbogenhaus, Annostraße, 5000 Köln 1, Tel.: 445176

Arbeitslose im
Geschwister-Scholl-Haus und Joseph-Cardijn-Colleg, Wirtgasse 14, 5000 Köln 60, Tel.: 5992213

Tarifabschluß im Bergbau

„Die Bürde“

„Wir haben den Anschluß an die allgemeine Einkommensentwicklung nicht verloren“. So kommentierte Hans Alker, Tarifverantwortlicher der IG Bergbau und Energie den jüngsten Abschluß seiner Gewerkschaft im Steinkohlebergbau.

Ein Abschluß, der, alles in allem, deutlich unter der 3-Prozent-Marke liegt. Und so ganz unrecht hat er nicht, der Herr Alker. Sogar ziemlich recht hat er. Die allgemeine Einkommensentwicklung zeigt deutlich nach unten und diesen Anschluß hat er nun wirklich gehalten. Eben: Eine besonders „krisenträchtige“ Branche. Wie schon beim Stahl. Eine Konsequenz: An der Ruhr wird ein Schritt nach dem anderen getan in Richtung auf „Armenhaus der Republik“.

Eine andere Konsequenz: Die Bergarbeiter werden noch fester eingestimmt auf „Opfer bringen“. Das Presseecho zu diesem Tarifabschluß war eindeutig. In der stramm sozialdemokratischen „Westfälischen Rundschau“ hieß es, die Bergarbeiter nähmen bewußt diese schwere Bürde auf sich, um der Lage Rechnung zu tragen. Das zählt dann wohl zur sogenannten Kategorie der „Vorleistungen“, wie sie auch die Stahlarbeiter schon seit Jahren erbracht haben. Vorleistungen aber nicht im Sinne von folgenden „Gegenleistungen“ der anderen Seite, sondern stets im Sinne folgender, weiterer Opfer. „Nachleistungen“. Eine solche Entwicklung deutet sich heute immer stärker an, da ständig inten-

siver die Gerüchtebörse über Zechenschließungen angeheizt wird.

Eine Bürde wurde den Bergarbeitern ohne Zweifel auferlegt, inwieweit sie von sich aus dazu bereit waren, wurden sie nicht einmal ansatzweise gefragt. Daß das „Oberkommando“ tut, was der Chef, sein Major und sein Tarifoberst befiehlt, ist längst allgemeine Weisheit, weshalb die Zustimmung der Tarifkommission nicht überrascht. Angelegt war dies schon in der von Rappes IG Chemie abgesehenen Taktik, ohne feste Forderung in die Tarifrunde zu gehen. Man wolle eine Reallohnsicherung, hieß es ursprünglich — was bei weitem nicht erreicht wurde. Wozu noch nicht einmal Anstalten getroffen wurden, etwas dafür zu unternehmen. Der Unterschied? „Während andere die Kriegstrommel hervorholen, das Beil begraben lassen, bleibt bei der IGBE auch die Trommel zu Hause“. So sah es ein Kommentator der bürgerlichen Presse. Und da ist natürlich was dran. Was auf der anderen Seite bleibt ist die einmal mehr gemachte Erfahrung, daß je geringer der Widerstand ist, desto schwerer die „Bürde“ nachher ausfällt.

Bundesweite Abschlußdemonstration der Aktionswoche

Bonn, 4. Juni, 11.30 Uhr, Josefshöhe
Abschlußkundgebung Hofgarten, 14.00 Uhr

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhofstr. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnestr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 Hannover 81, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9-13 Uhr + 15-18 Uhr; Mi 9-13 Uhr; Sa 10-13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17-18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: 02171 / 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30-18.30 Uhr; Mi 17.30-18.30 Uhr; Sa 10-12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18 Uhr; Sa 11-13 Uhr.

Leserbericht aus Bremen

Die Vorbereitungen der Bürgerinitiative

Zur Vorgeschichte: Die BI war im Oktober 1982 gegründet worden zusammen mit der IG Metall, als beim Bremer Vulkan 500 Entlassungen durchgezogen werden sollten. Seitdem hat die BI versucht, mehr oder weniger kontinuierlich Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Es wurden eine Reihe von Flugblättern zur aktuellen Situation aber auch über die Hintergründe der Werftenkrise herausgebracht und im Stadtteil verteilt. Wir haben uns an der Werftarbeiter-Demo am 3.3.83 in Bonn beteiligt, aber auch eigene Aktionen vor dem Werkstor und im Stadtteil gemacht, sowie einige Veranstaltungen (Im November großes Solidaritätsfest mit kulturellem Teil, Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Einladung der Hoesch-Frauen zu einem Erfahrungsaustausch).

Unter anderem haben wir auch versucht, die politischen Gremien im Stadtteil miteinzubeziehen und haben vom zuständigen Ortsamtsbeirat (entspricht den Gemeindeparlamenten, allerdings nicht direkt gewählt und auch mit weniger Kompetenzen) eine öffentliche Beiratsitzung zum Thema Werften gefordert. Als Reaktion darauf wurde die BI zunächst zu einer internen Beiratsitzung eingeladen. Dort erhoben wir nochmals mit Nachdruck unsere Forderung nach einer öffentlichen Sitzung, wir wollten uns ja nicht mit den Beiratsfraktionen streiten, sondern eine breite Öffentlichkeit erreichen und diese Diskussion mit dem Beirat in aller Öffentlichkeit ausführen. Etwas später war dann auch in einer Stadtteil-

zeitung (siehe Zeitungsanschnitt) ganz groß die Ankündigung zu lesen, daß am 12.4. eine öffentliche Sitzung stattfinden sollte, mit entsprechender Werbung für den Beirat, von der BI war natürlich kein Wort zu lesen.

Sofort begannen wir mit unseren Vorbereitungen. Ein Lied auf die AG Weser wurde gedichtet, von der Frauengruppe eine „Rede“ entworfen. Doch unsere Eile war unnötig, denn zunächst einmal wurde der Termin wieder verschoben, angeblich weil den hohen geladenen Politikern der Termin nicht genehm war — oder wollte man erst die Werftenkonferenz abwarten?! — wie dem auch sei, die Sitzung wurde auf den 11.5. verschoben, bezeichnenderweise ohne weitere öffentliche Ankündigung!

Dafür machte die BI um so größeren Wirbel. Schon auf der 1.-Mai-Demo, an der sich die BI mit Transparenten und Umhängeschildern beteiligt hatte, wurde mit Flugblättern eingeladen. Am 11.5. selber haben wir dann zum Schichtwechsel vor dem Werkstor der AG Weser gesungen (s. beiliegender Text) und Flugblätter mit der Einladung für die abends stattfindende Sitzung verteilt. Dabei hatten wir noch Umhängeschilde mit unseren Forderungen und Stelltafeln mit Bildern der Bonn-Demo vom 3.3. Vom Werkstor aus sind wir dann in einem kleinen Demonstrationszug in den Stadtteil gezogen und haben das Ganze für die Gröpelingen Bürger wiederholt. Insgesamt hat dieser Auftakt den Aktivitäten sehr viel Spaß gebracht und wir konnten doch einige

Aufmerksamkeit auf uns ziehen. Für abends hatten wir uns vorgenommen, nicht nur zu re-agieren sondern so weit wir dazu in der Lage waren, den Ablauf ein wenig von uns aus zu bestimmen. So eröffneten wir pünktlich um 19.30 Uhr die Sitzung mit dem am Nachmittag gut geübten Lied und lasen dann unsere vorbereitete „Rede“ vor, in der jede Beiratsfraktion in äußerst freundlichem Ton für ihre bisher nicht vorhandenen übereifrigen Aktivitäten „gelobt“ wurde. Gekrönt wurde die Rede durch mitgebrachte Geschenke: der CDU-Fraktion wurde eine große Kerze überreicht, „damit ihr ein Licht aufgeht“; wie sie die großartigen Versprechen des Kanzlers (30000 Lehrstellen und Trostspruch für die Werftkollegen) einlösen kann; die FDP erhielt einen Luftballon „Vorsicht heiße Luft“; der SPD überreichten wir ein schwarz-rot angemaltes Brikett, deklariert als „Super-sonderenergiepaket, damit sie Dampf machen können im Kampf um die Arbeitsplätze“. Diese Aktion wurde mit viel Beifall aus dem Saal aufgenommen, sodaß auch der Diskussionsleiter gute Miene machte und sich sogar bedankte für diese gute kabarettistische Einlage.

Danach konnte der erste Teil des Abends beginnen. Den Verlauf der Diskussion gibt eigentlich der „Weser-Kurier“ sehr gut wieder, so daß ich mir eine nochmalige Zusammenfassung ersparen möchte. Ich hoffe auf euer Verständnis!

H.S., Bremen

Stellungnahme der BI auf der Beiratsitzung

„Wir meinen, es ist genug Geld da“

In einem Artikel im „Weser-Kurier“ vom 9.5.83 mit der Überschrift „Sicherung von Arbeitsplätzen billiger als Entlassungen“ wird aus einer Untersuchung von zwei Wissenschaftlern des Forschungsinstituts der Kooperationsstelle Universität/Arbeiterkammer gezeigt, wie teuer weitere Massenentlassungen auf den Werften für Bremen sind.

Andere Folgewirkungen von Entlassungen treffen den Stadtteil und damit uns alle:

Zum einen der Kaufkraftverlust — so drohte Hertie in Bremen-Nord mit Schließung, wenn beim Vulkan mit weiteren Massenentlassungen oder gar Schließung zu rechnen sei, was wiederum Entlassungen zur Folge hätte.

Zum anderen müssen wir auch an Folgewirkungen denken, die wir erst nach und nach zu spüren bekommen: verringerte Steuereinkommen werden im sozialen Bereich weitere Streichungen nach sich ziehen. Es gibt weniger Geld für Schulen, weniger Lehrer.

Dieses wollten wir vorausschicken, um zu zeigen, wie sehr es auch im Interesse aller Bürger im Stadtteil sein sollte, sich um die Vorgänge auf den Werften zu sorgen und zu kümmern — denn für den norddeutschen Raum sind die Werften eine Schlüsselindustrie. In Bremen arbeiten 16 Prozent der Arbeitnehmer auf den Werften, mindestens der gleiche Anteil entfällt nochmal auf die Zulieferbetriebe, in Bremerhaven liegt der Anteil sogar noch höher. (BN 13.5.82)

Wir meinen, das zeigt die Notwendigkeit, um den Erhalt aller noch vorhandenen Arbeitsplätze zu kämpfen. Jetzt

will ich kurz einige Gedanken zur Lösung vorstellen, die wir uns in der BI gemacht haben. Sie lehnen sich an die Forderungen und Diskussionen, die in den Werftbetrieben und Gewerkschaften ablaufen.

Wenn durch Rationalisierungsmaßnahmen und geringeren Bedarf an Produkten weniger Arbeit da ist, muß die Arbeit gleichmäßig auf alle verteilt werden. Wir meinen, es geht nicht an, daß auf der einen Seite Massenentlassungen vorgenommen werden, und auf der anderen Seite die auf der Werft verbleibenden Kollegen einer verschärften Akkordhetze ausgesetzt werden und Überstunden machen müssen.

Das bedeutet für uns, die Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie die Herabsetzung des Rentenalters bei voller Rente zu unterstützen.

Weitere Überlegungen lehnen sich an die Forderungen der ÖTV in ihrem schiffahrtspolitischen Programm im März 82 an. Die hier vorgeschlagenen notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Schiffsicherheit, zum Beispiel doppelte Böden bei Tankern und andere Sicherheitsvorkehrungen, die Unglücke auf hoher See verhindern sollen und damit den Seeleuten und als Umweltschutz dienen, würden sogar noch zusätzliche Arbeit schaffen.

Bei verschärften Sicherheitsauflagen müßten eine ganze Reihe Schiffe umgerüstet werden.

Von dieser Überlegung kommen wir gleich zu einem weiteren Punkt: alternative Produkte. Das heißt Herstellung von schiffbauverwandten oder auch

fremden Produkten, die sinnvoll und nützlich für die Gesellschaft sind. Wie z.B. Fernwärme, Meerestechnologien, Umweltschutzanrichtungen. Dieses ist übrigens nicht neu, die Werften stellen schon von jeher auch schiffbaufremde Produkte her. Sie bieten dafür besonders gute Bedingungen durch ein hohes Facharbeiterpotential.

Ein Wort noch zu den Subventionen: wir meinen, daß Steuergelder nur noch in die Werften fließen dürfen, wenn Garantien für Arbeitsplätze gegeben werden. Also nicht wie bisher und jetzt wieder von den Unternehmern gefordert, Subventionen zum Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen und Stilllegung von Betrieben, sondern nur für den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Angesichts der Tatsache, daß schon Millionen an Steuergeldern in die Werften geflossen sind, jedoch es immer noch in der Hand einzelner Unternehmer und der hinter ihnen stehenden Banken liegt, ob Tausende von Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren, wird auch verstärkt über eine Verstaatlichung der Werften diskutiert. Z.B. brachte zu diesem Thema der Betriebsrat des Bremer Vulkan eine Resolution in die BV ein.

Nun werden viele fragen, wie sollen wir diese Forderung durchsetzen, wo so viele Hindernisse wie kein Geld und keine Aufträge u.ä. mehr dem entgegenstehen.

Wir meinen, es ist genug Geld da, hierzu nur beispielhaft einige Punkte.

Von der AG „Weser“ weiß man, daß Krupp in den dicken Jahren in Form eines Ergebnis-

Eine Stadtteilinitiative im Kampf gegen Entlassungen auf der Werft

Eine besondere Veranstaltung des Beirats Bremen-Gröpelingen

Die Artikel auf dieser Seite sind Teile eines Berichts Bremer Genossen aus dem Stadtteil Gröpelingen. Der dortige Beirat veranstaltete ein „Hearing“ zum Thema „Situation der AG ‚Weser‘ und die besondere Bedeutung für den Stadtteil Gröpelingen“. Die Initiative „Rettet die Werftarbeitsplätze“ nahm an diesem Hearing teil. Die drei Artikel auf dieser Seite handeln von diesem Vorgang. Zunächst ein Bericht im „Weser-Kurier“ über den Verlauf der Debatte, dann der Text der Stellungnahme der Initiative und schließlich ein Bericht über die Vorbereitungen dazu. Wir geben diese ausführliche Berichterstattung nicht nur informationshalber. Sondern auch weil wir meinen, daß manch einer, der sich überlegt, was getan werden kann, sich daraus auch für andere Orte gute Denkanstöße herausziehen kann.

Ein Bericht aus dem „Weser-Kurier“

Wie soll es denn nun weitergehen?

Den ersten Beifall gab es erst nach mehr als einer Stunde, als Helene Streicher von der Bürgerinitiative „Rettet die Werftarbeitsplätze“ das Wort ergriff. Die Feststellungen von Hans Ziegenfuß, dem Betriebsratsvorsitzenden der AG „Weser“ hingegen waren mit Resignation und Schweigen, die Beiträge der Politiker von SPD, CDU und FDP mit widerwilligem Murren und empörten Zwischenrufen aufgenommen worden. Und am Ende der Veranstaltung herrschte Ratlosigkeit: „Was soll ich denn nun morgen meinen Kollegen erzählen, wie es mit der AG ‚Weser‘ weitergeht?“, wandte sich ein Zuhörer enttäuscht an die Podiumsteilnehmer. Auf diese Frage nämlich hatte es während der zweieinhalb Stunden in der Schule am Pastorenweg keine konkrete Antwort gegeben.

Und dabei galt und gilt das Interesse der mehr als zweihundert Besucher des öffentlichen Beirats-Hearings zum Thema „Situation der AG ‚Weser‘ und die besondere Bedeutung für den Stadtteil Gröpelingen“ am Mittwochabend der Beantwortung gerade dieser Frage. Doch die, die dazu vielleicht wirklich etwas Neues hätten sagen können, hatten es vorgezogen, gar nicht erst zu erscheinen: Der Platz für den Vertreter des Vorstands der Gröpelinger Werft blieb leer. Und so war es denn allein an Hans Ziegenfuß, noch einmal die Situation der Werft zu schildern: Nur noch ein Schiff liegt dort auf dem Helgen, und auch dies wird im Herbst Stapellauf haben; ein neuer Auftrag ist nicht in Sicht; bereits jetzt wird in fast allen Bereichen kurzgearbeitet.

Dabei hatte die Werft in den vergangenen Jahren bereits versucht, sich den gewandelten Bedingungen im Schiffbau anzupassen: Die Belegschaft wurde um 60 Prozent auf jetzt noch 2300 „abgebaut“, und die Kapitaleigner investierten 230 Millionen Mark für Umstrukturierungsmaßnahmen.

„Es ist makaber, daß hier so

große Anstrengungen unternommen wurden, und die Arbeitsplätze bei der AG ‚Weser‘ nun trotzdem gefährdet sind“, erkannte selbst Arbeits- und Wirtschaftsminister Karl Willms die Bemühungen der Werft an. Konkrete Hilfen aber vermochte auch der Ressortchef nicht anzubieten: „Wir können nur die Rahmenbedingungen schaffen; für die Aufträge ist der Vorstand verantwortlich.“

Darüber, wie die Rahmenbedingungen auszusehen haben, waren sich die drei Parteienvertreter im großen und ganzen einig. Klaus Wedemeier (SPD), Peter Kudella (CDU) und Claus Jäger (FDP) forderten übereinstimmend, die Subventionen für den Schiffbau anzuheben (Wedemeier: „Sie können sich vorstellen wie schwer mir dies als ehemaliger Juso fällt.“) Der SPD- und der FDP-Vertreter gestanden außerdem ein: „Um den weiteren Abbau von Arbeitsplätzen werden wir wohl nicht herumkommen.“ Für die beschäftigungslos werdenden Werftarbeiter soll dann nach den Vorstellungen von Klaus Wedemeier ein „Ersatzprogramm Arbeitsplätze in Norddeutschland“ aufgelegt werden — bezahlt mit Mitteln aus Bonn. Eine Forderung, die Christdemokrat Kudella freilich nicht so absolut stehen lassen mochte: Neben dem Bund sei natürlich auch der Senat in der Pflicht, sagte der Unions-Abgeordnete.

Nicht alternative Arbeitsplätze für arbeitslose Werftarbeiter, sondern eine alternative Produktpalette forderte Helene Streicher von der Bürgerinitiative. Die AG „Weser“ solle sich auf die Herstellung von Filteranlagen und anderen Produkten umstellen, um möglichst alle Arbeitsplätze auf der Werft zu erhalten. Außerdem, so die Vertreterin der Bürgerinitiative, gelte es, bundesweit die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich einzuführen und das Rentenalter zu senken. Damit ließe sich die vorhandene Arbeit auf mehr Arbeitnehmer verteilen.

Mit dieser Forderung rannte sie beim Vertreter der IG Metall, Walter Krenke, offene Türen ein. Auch seine Organisation sieht in der Arbeitszeitverkürzung eine Möglichkeit, der wachsenden Arbeitslosigkeit zu begegnen. Die Ergebnisse der Hamburger Werftenkonferenz, auf der weitere Rationalisierungen beim Schiffbau beschlossen wurden, hingegen lehnte der IG-Metall-Gewerkschafter ab. Ebenso auch Ulrich Kramer von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, der viel Beifall erntete, als er den Politikern vorwarf: „Mit Ihren Redebeiträgen haben Sie die Probleme doch nur verkleistert.“

Cramers Vorschläge, wie denn die gegenwärtige Krise zu beheben sei, fanden wiederum bei den Politikern keine Gnade: „Alternative Produkte herzustellen ist auch keine Lösung. Denn es gibt doch bereits für alle Dinge, die Sie vorschlagen, spezialisierte Betriebe in Deutschland. Und selbst die leiden unter Auftragsmangel“, hielt ihm Claus Jäger von der FDP entgegen.

Die Ergebnisse der Veranstaltung faßte ein Betroffener zusammen: „Wir warten nun schon seit vier Jahren auf Hilfe, und noch immer haben die Politiker kein brauchbares Konzept gefunden; nun ist es eine Minute nach zwölf“. Doch diesen Vorwurf wies einer der angesprochenen Politiker nach der Versammlung von sich: „Wenn keiner im Betrieb mehr weiß, wie es weitergehen soll, dann sollen wir Politiker Patentlösungen zur Hand haben.“

Patentrezepte aber konnte keiner der Gäste anbieten, und so machte sich einer bereits Gedanken über die Zeit danach: „Wir sollten auf dem Gelände der AG ‚Weser‘ Klein- und Mittelbetriebe ansiedeln“, schlug der Vertreter der Interessengemeinschaft Handel, Handwerk und Gewerbe vor. Seine Befürchtung: Auf dem Areal der AG „Weser“ könnte sonst ein großer Supermarkt seine Pforten öffnen...

übernahmevertrages reichlich Überschüsse abgeschöpft hat, erst als rote Zahlen geschrieben wurden, besann sich Krupp auf die Eigenständigkeit von AG „Weser“, mit anderen Worten, das Wort vom Unternehmerrisiko gilt nur für die fetten Jahre.

Jetzt, vor Kurzem, konnte man in den Zeitungen lesen, daß die Deutsche Schiffahrtsbank in Bremen, einer der Geldgeber für Werften und Reeder, im Jahre 1982 wie auch schon 1981 10 Prozent Dividende ausschütten konnte. Das bedeutet doch nichts anderes, als daß die Banken gerade jetzt, in der sogenannten Werftenkrise, noch besonders gut verdienen. Das heißt, auf der einen Seite gibt es Unternehmer und Banken, die

weiterhin gut oder z.T. noch besser verdienen, auf der anderen Seite stehen die Kollegen, die dafür mit Entlassungen bezahlen müssen. Zum Dritten will ich nur auf die Unsummen, die in die Rüstung und zur Stationierung von Atomraketen verwandt werden, verweisen, die unserer Meinung nach wesentlich sinnvoller in anderen Bereichen eingesetzt werden könnten.

Das Entscheidende ist aber, wie können solche Forderungen verwirklicht werden.

Bei dieser massiven Bedrohung durch Arbeitsplatzvernichtung, die nicht nur Gröpelingen, sondern die ganze norddeutsche Region betreffen und kaputt machen, reicht es nicht,

wenn Appelle oder Bittschriften an Politiker gerichtet werden. Sondern hier kann nur ein breiter und entschlossener Widerstand aller Werftbelegschaften unterstützt durch eine breite Solidarität in den betroffenen Stadtteilen und Städten, der genügend politischen Druck erzeugt, eine wirksame Waffe sein gegen diese Kahlschlagpläne der Unternehmer.

Hier sind wir alle aufgefordert, unseren Beitrag zu leisten, damit es hier in Bremen nicht zu Zuständen kommt wie in Detroit.

Ich hoffe, daß wir in der weiteren Diskussion noch über konkrete Maßnahmen, die wir hier im Stadtteil anpacken können, beraten.

Stoppt die Nazi-Sammelbewegung! (II.)

„SA marschiert“ — unter dem Schutz des Staates

Als Kühnen am Vorabend des diesjährigen 1. Mai seine provokative Nazi-Versammlung in Bad Bergzabern inszenierte, leitete er damit nach eigenen, bereits mehrere Monate vorher getroffenen Aussagen eine „neue Phase“ der militant-faschistischen Tätigkeit seiner Bande ein — die der „aktiven Politik“. Die Gründung der sogenannten Gewerkschaft der Aufruf zum Aufbau sogenannter ANSBO — Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Betriebszellenorganisation, bei Adolf hieß das NSBO —, des „Mädelbundes“ usw. sollen das unterstreichen.

Die erste Phase, die Zusammenfassung aller Nazi-Gruppierungen außerhalb der NPD, sollte zu diesem Zeitpunkt im wesentlichen abgeschlossen sein.

Wenn am 1. Mai auch nicht, wie angekündigt, „die Hölle los“ war — immerhin hat Kühnen seine Pläne, die er während seiner Haftzeit gründlich entworfen, per (ungehinderter) Korrespondenz mit seinen Freunden abgestimmt und gleich nach der Entlassung munter angegangen war, weitgehend umsetzen können. Seine heutige Organisation, die ANS/NA, tritt mit außerordentlicher Begünstigung durch die Behörden in die „neue Phase“ ihrer Wühlätigkeit ein, wie auch der große Polizeischutz in Bergzabern bewies. Von einem Einschreiten, einem Verbot gar will man in Rebmanns Bundesanwaltschaft immer noch nichts wissen.

Bevor wir uns der Frage zuwenden, wie man in Bonn die gesetzlichen Möglichkeiten für ein solches Verbot, die zweifelsfrei vorhanden sind, beurteilt — zum Beispiel den oft zitierten Artikel 139 des Grundgesetzes —, soll noch einmal daran erinnert werden, um was für eine Organisation es sich bei der ANS/NA handelt, wie Kühnen und andere ihrer Führer ihre Rolle verstehen, was sie erreichen wollen. Sie fühlen sich ja so sicher, daß sie daraus keinerlei Hehl machen, und oft genug wurde ihnen inzwischen das Fernsehen und der Rundfunk als Bühne zur Selbstdarstellung und Organisationswerbung zur Verfügung gestellt.

„Die neue SA sind wir“

„Ich war, bin und bleibe Nationalsozialist“. — Michael Kühnen auf der Gründungsversammlung der ANS/NA, Frankfurt, Januar 1983.

„Die neue SA sind wir.“ — Michael Kühnen, zitiert nach „Karlsruher Rundschau“ vom 3. März 1983.

Nur anderthalb Monate nach seiner Haftentlassung wurde Kühnen Vorsitzender einer neuen Nazibande, die bekanntermaßen das militante Spektrum vereinigt bzw. vereinigen soll, nur fünf Monate, und diese Organisation hat Stützpunkte in verschiedenen Städten des Bundesgebietes. Die „neue SA“ marschiert unter den Augen der Behörden und Staatsanwälte und unter dem Schutz der Polizei. Zwar sind es noch wenige, aber zu jedem Gewaltverbrechen bereit, und die zuvorkommende Behandlung, die man ihnen angedeihen läßt, hilft ihnen direkt bei ihrem Ziel, tatsächlich alle Nazi-Aktivisten außerhalb der NPD (wobei ihre Verbindungen in diese Partei hinein nicht übersehen werden sollen) an sich ziehen.

Hören wir noch einmal Kühnen, diesmal zitiert nach einem Fernsehinterview.

„Sie sind jetzt aus dem Gefängnis heraus. Viele glauben, daß Sie die Hoffnung sind, daß Sie die zerschlagene Rechte wieder sammeln können. — Sind Sie die Hoffnung?“

Ich glaube, daß viele Kameraden das so sehen. Mir geht es hauptsächlich darum, eine Kader-Bewegung nationaler Sozialisten aufzubauen und damit voller Energie zu arbeiten und

erscheint, allerdings ohne Mithilfe — eine für die westdeutsche Justiz allemal genügende Tarnung.

Karrieren

Bekannte Namen stehen neben Kühnen in der Rangliste der ANS/NA ganz oben. Ein kurzer Blick auf ihre Lebensläufe offenbart Gemeinsames, zum Beispiel die Tatsache, daß die meisten ihre erste Schulung bei der NPD erhielten.

(Jemand wie Thomas Brehl aus Fulda, vor dem Zusammengehen mit der ANS Kameradschaftsführer der NA, ist da die Ausnahme und sagt, da er nie Mitglied einer NPD-Organisation war, selber: „Meine Karriere ist ein bißchen atypisch verlaufen.“)

Kühnen selbst kam mit 14 Jahren zur NPD-Jugendorgani-

sation Junge Nationaldemokraten, dann zur „Aktion Neue Rechte“, dann zur Bundeswehr und schließlich zur NSDAP/AO und baute in Norddeutschland vor seiner Haftzeit bereits eine ANS auf, in Hamburg war schon seine Hansa-Bande berüchtigt.

Arndt-Heinz Marx ist ein weiterer ANS/NA-Führer. Seine Karriere begann 1976 bei der JN. 1979 trat er der Wehrsportgruppe Hoffmann bei, erklärte öffentlich, auf Befehl werde er für Hoffmann auch töten. Nach dem Verbot der Hoffmann-Bande ging er Anfang 1981 in den Libanon, saß 1982 in Westdeutschland zwei Monate in Untersuchungshaft und ging dann zur Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands (VSD). „Die ist dann hier auch gleich verboten worden. Dann war ich erst mal eine Zeitlang inaktiv,

und so langsam findet sich dann der alte Kameradenkreis wieder zusammen.“ (Marx)

Ein interessantes Urteil über die Wirksamkeit nur punktueller Verbotsmaßnahmen gegen einzelne Nazi-Gruppen.

Peter Müller aus Frankfurt soll hier das letzte Beispiel sein: „Also, angefangen hat bei mir alles 1978 beim Deutschlandtreffen der NPD in Frankfurt.“ (Damals ließ die Stadt 3000 Polizeischläger auf die antifaschistischen Gegendemonstranten los...) Er trat der JN bei. 1980 gründete er zusammen mit dem Doppelmörder Frank Schubert die VSD Hessen. Die NPD verließ er, weil sie „total lasch geworden“ sei. Sein Ziel formu-

liert er so: „... ich strebe einen Staat an, eine nationalen-sozialistischen Staat, wie er von 1933 bis 1945 in Deutschland war.“ Die NPD als „Durchlauferhitzer“, ein Urteil, das sich auch am Beispiel der bekanntesten Nazi-Terroristenführer von heute als zutreffend erweist. In einem Interview wurde Kühnen auch auf diese Angelegenheit hin angesprochen: „Kann man sagen, daß die ANS so wie die ‚Wiking-Jugend‘, so wie die ‚Jungen Nationaldemokraten‘ ein Durchlauferhitzer für Neonazis ist?“ Seine Antwort: „Durchlauferhitzer? Wir sind sozusagen die Endstation.“

(Wird fortgesetzt)

Gestapo-Methoden in Düsseldorf

Vor der 14. Strafkammer des Landgerichts Düsseldorf begann vor kurzem ein Prozeß gegen vier Polizisten, die in den Zellen der Altstadtswache sogenannte Stadstreicher bis aufs Blut gequält haben.

Mindestens 14 nichtseßhafte Männer sind im Herbst letzten Jahres von diesen Verbrechen betroffen gewesen. Sie wurden in Zellen, in denen es nur eine Holzpritsche (nicht einmal eine Toilette) gibt, gefangengehalten und immer wieder auf unterschiedliche Weise gequält. Schläge ins Gesicht, Tritte in die Geschlechtsteile, Knüppelhiebe auf den ganzen Körper gehörten dazu. Einem der Gefolterten, der schon einmal Anzeige erstattet hatte, wurde mehrmals mit einem spitzen Gegenstand ins Gesäß gestochen. Einem anderen setzte ein Polizist die Pi-



stole an die Stirn, bedrohte ihn und drückte ab — die Waffe war nicht geladen. Eine besondere Form psychischer Folter. Ein Mann mußte ein halbe Stunde lang Schwimmbungen machen — „damit du schwimmen kannst, wenn wir dich in den Rhein werfen“. Mehrfach wurden die Eingesperrten gezwungen, ihr eigenes Blut und ihren Urin vom Zellenboden aufzu- lecken. Gestapo-Methoden bei Westdeutschlands Polizei.



zu kämpfen.

Was ist das Ziel dieser Bewegung?

Das Ziel ist die Aufhebung des NS-Verbotes, die Neugründung der NSDAP als legale Partei in Deutschland.

Und welche Ideologie steckt dahinter?

Der Nationalsozialismus in der Form der 20er/30er Jahre im Inhaltlichen. Natürlich wird sich manches ändern müssen, weil die Zeiten sich geändert haben. (...)

Werden Sie der kommende Führer sein?

Das Wort Führer hat für uns etwas Heiliges, weil es mit dem Namen Adolf Hitlers verbunden ist. (...) Von Führer sprechen wir nicht, das wäre im Vergleich zu abwegig.“

Immerhin, Wortwahl, „Sieg-Heil“-Gruß und anderes hat er authentisch von seinem Idol und dessen Mitverbrechern wie Goebbels übernommen. Auch Wahlkämpfe gedenkt er mit diesem Rüstzeug zu bestreiten, mit der ANS/NA, solange seine geliebte NSDAP nicht wieder erlaubt ist.

Daß sie nicht erlaubt ist, hindert Kühnen übrigens nicht, in einer gleichnamigen Untergrundorganisation tätig zu sein und sich dazu zu bekennen, straffrei, versteht sich: „... nach meiner Bundeswehrzeit bin ich (...)

zur NSDAP-Aufbauorganisation gestoßen, in der ich auch heute noch Mitglied bin, deren legalen Arm ich sozusagen immer dargestellt habe und propagiert habe.“

Die NSDAP/AO zeigt auch offen Flagge, die mit dem Hakenkreuz nämlich, das auf den Fahnen der ANS/NA zwar auch

Kriegstreiber Bush in Krefeld

Beteiligt euch an den Protestaktionen!

Am 25. Juni kommt US-Vizepräsident und Kriegshetzer George Bush nach Krefeld. Unter anderem will er dort einen „anderen Krefelder Appell“ ins Leben rufen, einen Appell an die Bürger, sich blindlings hinter die Atomkriegsvorbereitungen zu stellen, die derzeit in Washington, Bonn und den NATO-Stäben betrieben werden.

Der Arbeitskreis Krefelder Friedenswochen hat, unterstützt von allen Kriegsgegnern, zum Protest gegen diesen Besuch aufgerufen. Verschiedene Aktionen werden noch beraten, eine Demonstration wird stattfinden, über die aber auch nach dem Vorbereitungstreffen vom 14. Mai noch keine Einzelheiten feststehen. Am 11. Juni wird das wohl endgültig beschlossen. (Treffen um 14 Uhr in der „Funzel“, Breslauer Straße, Krefeld-Gartenstadt). Anstecker, die zur Finanzierung der Demonstration und Kundgebung dienen (1,— DM, Verkaufspreis 1,50 DM) und Plakate (0,20 DM) können beim Arbeitskreis bestellt werden, der auch für weitere Informationen zur Verfügung steht. Hier die Adresse: Arbeitskreis Krefelder Friedenswochen, Karlsplatz 25, 4150 Krefeld, Tel.: (02151) 72691.

Im folgenden veröffentlichen wir den Wortlaut des Aktionsaufrufes.

Gemeinsam mit dem besseren Amerika — Nein zu neuen US-Atomraketen in unserem Land!

Die Stadt Krefeld erwartet am 25. Juni einen hohen Besucher: den Vizepräsidenten der USA, George Bush. Genau auf den Tag vor 300 Jahren verließen 13 Krefelder Familien ihre Heimat und gingen nach Amerika. Zurück ließen sie die Engstirnigkeit gegenüber religiös Andersgläubigen. Sie errichteten am Delaware-Fluß die erste deutsche Siedlung und machten — so heißt es — ihr Glück.

Mit der Einwanderung aus Europa begann aber auch die brutale Unterdrückung und Ausrottung der nordamerikanischen Indianer, die bis heute andauert.

Der Besucher aus den USA repräsentiert nicht jenes Ar-

beit, Toleranz und Demokratie versprechende Amerika, das vor 300 Jahren Europäer in die Neue Welt aufbrechen ließ. Für George Bush ist auch im Zeitalter nuklearer Massenvernichtungsmittel der Krieg ein legitimes Mittel der Politik. Er äußerte klare Vorstellungen über die Führbarkeit eines Atomkrieges. Selbst ein Sieg im Atomkrieg erscheint ihm möglich, falls man militärisches Oberkommando, Industrie und eine gewisse Prozentzahl von Bürgern schützt.

Allein der Besuch von George Bush ist eine Provokation, gilt er doch einem Land, das von seiner Regierung als nukleares Schlachtfeld verplant ist. Mehr noch: Bush will sich bei seinem Besuch politisch äußern. Dabei will er sich gegen jene Friedensinitiative wenden, die von Krefeld ausging und den Namen unserer Stadt weithin zum Symbol der politischen Vernunft und Zuversicht werden ließ, den Krefelder Appell. Dieser Appell, inzwischen von vier Millionen Deutschen unterzeichnet, verlangt von der Bundesregierung, ihre Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern zurückzuziehen.

Wir unterstützen diesen Appell und befinden uns damit an der Seite des amerikanischen Volkes, das ebenfalls mehrheitlich einen Stopp der nuklearen Aufrüstung fordert. Unsere Freundschaft mit dem amerikanischen Volk läßt uns entschieden jene US-Wahnsinnspolitik zurückweisen, für die der Name George Bush steht.

Wir wollen an diesem Tag ein großes Fest des Friedens feiern, mit Demonstration, Großkundgebung und vielfältigen phantasievollen Aktionen.

Gemeinsam mit dem besseren Amerika treten wir ein

- für Toleranz gegenüber religiös Andersgläubigen und politisch Andersdenkenden;
- für die Rechte unserer ausländischen Mitbürger;
- für Frieden und Freundschaft unter den Völkern;
- für den Krefelder Appell, der die Bundesregierung auffordert, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern zurückzuziehen.

Dazu laden wir die Krefelder Bevölkerung und die Friedensbewegung herzlich ein.

Demonstration und Kundgebung finden statt in Zusammenarbeit mit der Krefelder Initiative „Der Atomtod bedroht uns alle — Keine Atomraketen in Europa“

Krefeld, Roßstraße — Kein Platz für Nazis

Am Morgen des 6. Mai sah ein Teil der Roßstraße, in dessen unmittelbarer Nähe ich wohne, aus wie ein Schlachtfeld. Fast alle Häuser und Autos, eine Bäckerei und eine Gaststätte waren mit Hakenkreuzen und auf andere Art beschmiert. Auf das Schaufenster eines türkischen Geschäfts waren ein Galgen oder Strick und die Aufschrift „Banditen“ gemalt. Bereits am 20. April '83 (Hitlers Geburtstag) war vor diesem Geschäft nachts Feuer gelegt worden. Der Krefelder Polizeipräsident behauptete später in der Presse, dieser Brand wäre reiner Zufall gewesen. Und das, obwohl ein Bewohner der Roßstraße, der diese Aussage weiterverbreitete, in der Nacht zum 6. Mai vor seiner Haustüre zusammengeschlagen wurde.

Auf diese Verharmlosungsstrategie der Polizei werde ich weiter unten noch zurückkommen.

Wir standen jedenfalls am Morgen des 6. Mai recht fassungslos auf der Roßstraße und überlegten, was zu tun sei. Da am selben Abend ein Treffen des Komitees gegen Ausländerfeindlichkeit stattfand, beschlossen wir, zu versuchen, so viel Leute wie möglich zu diesem Treffen zu mobilisieren. Es kam dann auch einiges zusammen: Vertreter der SPD, der Grünen, der KPD, der Volksfront, der VVN, der DFG/VK, der DIFD, der Bezirksschülervertretung, der Jungen Presse Krefeld, einer Bürgerinitiative des Viertels, dazu eine ganze Reihe Gewerkschaftsmitglieder und auch Unorganisierte. Bei diesem Treffen wurden eine ganze Reihe weiterer Nazi-Aktivitäten der letzten Wochen und Monate bekannt. Ein Jugendlicher, der am Wilhendyck zusammengeschlagen

wurde, hatte wenige Tage vorher zwei ihm namentlich bekannte Neonazis angezeigt, weil sie „NSDAP“-Aufkleber geklebt hatten!

Aufgrund dieser ganzen Vorfälle beschlossen wir mit übergroßer Mehrheit für den darauffolgenden Samstag (14.5.) eine Demonstration anzumelden. Den Aufruf hatten wir bereits vorbereitet. Er wurde mit einigen Änderungen angenommen. Am nächsten Morgen wurde die Demonstration angemeldet, und bereits am Mittag wurden die ersten der insgesamt 10000 Flugblätter in der Innenstadt verteilt.

Weiter beschlossen wir an diesem Abend, unter den betroffenen Bewohnern eine Unterschriftensammlung durchzuführen. Den Text dazu hatten wir auch bereits vorbereitet. Er wurde auch so angenommen.

Am nächsten Tag zogen wir (fünf Bewohner der Roßstraße) los. Nachdem wir sechs Stunden lang an jeder Tür geklingelt hatten, wobei wir auch sehr gute Gespräche führten — u.a. erfuhren wir, daß ein Anwohner bereits um 5.10 Uhr die Polizei benachrichtigt hatte. So gegen 6.00 Uhr erschien dann eine Streife, die die Nummern der beschmierten PKWs notierte und wieder verschwand. Erst um 9.00 Uhr, nachdem ich zweimal angerufen hatte, erschienen Beamte der Politischen Polizei, um Fotos zu machen und den Vorfall aufzunehmen. Ein großer Teil der Schmierereien war zu diesem Zeitpunkt natürlich schon von den Anwohnern entfernt worden. Wer fährt schon gern mit einem Hakenkreuz auf seinem Wagen zur Arbeit? —, hatten wir am Abend 100 Unterschriften zusammen, d.h., daß auf dem betroffenen Stück

Roßstraße über 95 Prozent der Anwohner unterschrieben hatten. Ein toller Erfolg.

Bei der Sammlung erhielten wir von Bewohnern zwei Nazi-Pamphlete, die vor kurzem dort in „deutsche“ Briefkästen gesteckt worden waren („Jude ärgere dich nicht“ und „Inländerfeindlichkeit“). Weiter erhielten wir von der IG DruPa ein Flugblatt „Deutsche organisiert euch“, das vor einiger Zeit vor einem Duisburger Metallbetrieb verteilt worden ist. Am Samstag dem 7.5. erschienen dann Artikel in der „Bild“ und der örtlichen „Westdeutschen Zeitung“ und der „Rheinischen Post“.

Die Woche vor der Demonstration verlief dann sehr ereignisreich. Die Flugblätter verteilten wir vor den Krefelder Schulen, vor einigen Betrieben, bei Veranstaltungen und in einschlägigen Kneipen sowie hier im Viertel in die Briefkästen. Am Mittwoch dann der erste Erfolg: Eine der beiden Krefelder Werbezeitschriften brachte auf der ersten Seite einen großen Artikel über diese Vorfälle, der ganz in unserem Sinne war, mit Aufruf zur Demonstration und dem offenen Brief der Anwohner. Donnerstag dann zwei Schocks auf einmal. Die JN hatten die Frechheit besessen, den Anwohnern der Roßstraße ein Blatt in die Briefkästen zu stecken, in dem sie sich scheinheilig von den Schmierereien distanzierte und hintenherum gegen Ausländer hetzte, und in der Westdeutschen Zeitung erscheint ein Artikel, in dem von Seiten der Polizei die Neonazi-Aktivitäten in unverschämter Weise verharmlost werden. In dem abgeänderten Aufruf, der während der Demonstration in 2000facher Auflage verteilt wird, sind wir auf diese Verharmlosung näher

eingegangen. Gleichzeitig erfuhren wir aber durch diesen Artikel zum ersten Mal, daß auch die jüdischen Mitbürger unserer Stadt einem gezielten Terror der Nazis ausgesetzt sind.

Freitagabend dann das letzte Treffen vor der Demonstration. „Technisch“ war alles klar: Transparente waren gemalt, Megafone für die Demo und Lautsprecheranlage für die Kundgebung waren organisiert, die Redner standen fest. Die Frage war nur noch, wieviele Leute kommen zur Demonstration. Einige Befürchtungen wurden laut, da verschiedene Organisationen unsere Aktivitäten ignorierten oder auch sabotierten. So erschienen Vertreter zweier türkischer Organisationen (FIDEF und Devrimci Yol) nicht, um uns zu unterstützen, sondern um, wie schon so oft, eine üble Hetze abzugeben. Die FIDEF hatte zwar auch ein Flugblatt zu den Vorfällen gemacht, konnte sich aber nicht dazu durchringen, zur Demonstration aufzurufen. Trotzdem erschienen beide Organisationen am Samstag, um gemeinsam mit uns zu demonstrieren. Anders die DKP und ihr Umfeld. Sie ließen sich bei keinem der drei Vorbereitungstreffen blicken, obwohl sie eingeladen waren. Auch bei der Demonstration sah man von ihnen nichts.

Um so größer unsere Freude, aber auch unser Stolz, als am Samstag 700 Menschen gegen Neonazi-Terror und gegen Ausländerfeindlichkeit durch die Krefelder Innenstadt demonstrierten. Es war mit die größte Demo, die in den letzten Jahren in Krefeld stattgefunden hat, trotz der kurzen Vorbereitungszeit und der mangelnden Unterstützung einiger Organisatio-



Wir rufen nochmals auf, die Protestveranstaltung gegen Ausländerpolitik und Menschenrechtsverletzungen zu unterstützen, die vom 3. bis zum 5. Juni in Frankfurt stattfindet (siehe ausführlicher Bericht in RM 19/83). Die Eröffnungsveranstaltung beginnt am Freitag um 19 Uhr. Am Samstagabend findet ab 20 Uhr ein großes Fest statt. Nähere Informationen: Initiative „Ausländerpolitik und Menschenrechte“ c/o IAF, Mainzer Landstraße 239, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 737898 (Mo. - Fr. 17 bis 20 Uhr). Weitere Kontakttelefone: Klaus-P. Klingelschmitt, 778941; Oliver Tolmein, 241496.

nen. Auch die Abschlussskundgebung war ein Erfolg. Es sprachen ein Vertreter des Komitees gegen Ausländerfeindlichkeit, ein Vertreter des Demokratischen Arbeitervereins (DIDF), der Schulsprecher eines Krefelder Gymnasiums sowie ein Mitglied des Unterbezirksvorstandes der SPD, der ein Solidaritätsschreiben der SPD-Fraktion

im Rat der Stadt Krefeld an die Bewohner der Roßstraße verlas. Es wurden Solidaritätserklärungen der KPD, der Volksfront und der Grünen verlesen, und ein Mitglied der Gruppe „Zeit-zünder“ sang das Lied „Freunde aus der Türkei“.

Alles in allem ein großer Erfolg im antifaschistischen Kampf in Krefeld. A.Z.

Betrieblicher und gewerkschaftlicher Widerstand im „Dritten Reich“

Arbeiter gegen Hitler

(Teil 3)

Die ersten Versuche zur Wiederaufnahme des organisierten gewerkschaftlichen Kampfes unter den Bedingungen der Hitler-Diktatur wurden im vorhergegangenen Teil unserer Serie geschildert. Dieser dritte Teil bringt weitere Beispiele, zeigt Reaktionen der Faschisten und deren Versuche, auch mit bestimmten Angeboten an die Arbeiterschaft für Ruhe im Lande zu sorgen.

Im Herbst und Winter 1934 waren kleine Bewegungen in den Betrieben zu erkennen, die hauptsächlich gegen die Zwangsabzüge für die Winterhilfe, Luftfahrtspenden, Arbeitsfrontbeiträge usw. gerichtet waren. Erwähnt werden sollte die passive Resistenz der AEG/Brunnenstraße in Berlin gegen die Abzüge für die Winterhilfe. Die faschistische Presse verschwiegen natürlich diese Bewegung in den Betrieben. Nur von Zeit zu Zeit sickerte etwas davon durch, so z.B. in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 10. Juli 1935:

„Die dem Treuhänder der Arbeit in den vergangenen Monaten vorgetragenen und von ihm bearbeiteten Fälle von Betriebsstreitigkeiten und Störungen des Arbeitsfriedens, in der großen Mehrzahl verursacht durch konfessionelle Fanatiker, Sektierer, ernste Bibelforscher, Vereinsmeier, Besserwissende,

Eigenbrötler, Unbelehrbare, Sozialreformer, vom Standesdünkel Besessene. Die staatspolitisch interessante Entdeckung dabei war, in 90 von 100 Fällen waren die Streikbeschwörer nicht Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront. Es war notwendig, in meinen Reden der Werbeveranstaltungen der Deutschen Arbeitsfront im Juni darauf hinzuweisen und anzukündigen, daß die Störer des Arbeitsfriedens in Zukunft ohne Schonung aus den Betrieben entfernt werden. Ich bin entschlossen, mit der gebotenen gesetzlich möglichen Strenge zu handeln.“

Aus solchen Tönen konnte man heraushören, daß die Störung des Arbeitsfriedens schon sehr umfangreich und von ernster Natur gewesen sein mußte. Insgesamt streikten nach Angaben der Gestapo im Jahre 1935 etwa 25000 Arbeiter. Allein für die Monate Juni bis August

wurden 13 Streiks und 39 Fälle von Sabotage festgestellt. In der Hauptsache richteten sich die Aktionen gegen die Verschlechterung der Löhne, und es ging um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die größte Anzahl von Streikstunden fiel in der Schwerindustrie aus. Nur in wenigen Aktionen überstieg die Zahl der Streikteilnehmer 100 Personen. Lediglich in sechs von 33 Streiks gab es mehr als 1000 Streikende. Streiks waren kurzfristiger Natur. Sie dauerten oft nur einige Stunden und nur in wenigen Fällen einen Tag.

Bei den Metallern, im Textilbereich, im Bergbau und im graphischen Gewerbe sowie bei den Angestellten waren freigewerkschaftliche Gruppen in den Betrieben aktiv geworden. Ab Herbst 1933 verstärkte sich auch der gewerkschaftliche Widerstandskampf von sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären. Sie nahmen Verbindungen untereinander auf und

bildeten einen Ausschuß als Reichsleitung der Gewerkschaften. Durch den faschistischen Terror mußten sie in die Tschechoslowakei flüchten. Von dort unterstützten sie die gewerkschaftliche Arbeit in Deutschland.

Die sogenannte Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften ADG wurde dort ins Leben gerufen. Daran nahmen sieben deutsche Gewerkschafter, Vertreter deutscher Gewerkschaftsorganisationen in der Tschechoslowakei sowie der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Walter Schevenils teil. Diese Auslandsvertretung sah ihre Hauptaufgabe darin, die in der Emigration lebenden deutschen Gewerkschafter zu sammeln und mögliche Vorarbeiten für den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften nach dem Sturz Hitlers zu leisten.

Hier noch ein Beispiel dafür, wie zur Durchsetzung von Tagesforderungen legale Möglichkeiten angewandt werden konnten.

Man nutzte die demagogische Arbeitsfrontparole von der „Schönheit der Arbeit“. In einer Flugschrift hieß es dazu: „Gibt es bei euch im Betrieb einen anständigen Waschkraum mit Warmwasseranlage? Habt ihr eine anständige Garderobe und jeder einen verschließbaren Schrank? Wenn ihr während der Frühstück- und Mittagspause immer noch auf den Kisten herumhockt, dann verlangt eine sauberen und hellen Speiseraum, Schutzvorrichtungen an jeder Maschine. An allen Ecken und Kanten fehlt es an „Schönheit der Arbeit“ im Betrieb.“

Ende 1935/Anfang 1936 gab es große Mängel in der Versorgung. Es fehlte vor allem an Fleisch und Fett. Damit verbunden waren starke Preissteigerungen. Es kam zu Teuerungsdemonstrationen der Hausfrauen. Auf den Märkten empörten sie sich über die Verknappung der wichtigsten Nahrungsmittel. In den Betrieben konnte die Teuerung als Ansatzpunkt für die Forderung nach höheren Löhnen ausgenutzt werden. Zur Belebung der Widerstandsbewegung in den Betrieben haben auch die Vertrauensratswahlen im Dezember 1935/Januar 1936 beigetragen. Die Unternehmer mußten Wünsche der Belegschaft berücksichtigen, was sich günstig auf die Mobilisierung auswirkte. Trotz der sozialen Demagogie der Faschisten gelang es ihnen nur schwer, die Arbeiterschaft für den Faschismus zu begeistern.

Die Faschisten versuchten daher, die Arbeiter mit Zuckerbrot und Peitsche zu gewinnen. Sie bauten Organisationen wie „Kraft durch Freude“ auf, sie setzten sich für Gewährung von Urlaub ein, unterstützten die Überführung von Arbeitergruppen in Angestelltenverhältnisse, den Kündigungsschutz für einige Angestelltenengruppen, Festsetzung sogenannter Ehrentage für bestimmte Berufe und anderes mehr. Aber es war klar, daß man damit die Klassengegensätze nicht beseitigen konnte, sondern sie nur noch weiter verschärfte. Die Vergünstigungen auf breiterer Ebene würden unweigerlich die Deutschen Wirtschaftshaie auf den Plan rufen. Sie würden hier auch dann keine

Zugeständnisse machen, wenn die Nazis mit ihrer sozialen Demagogie auf dem Bauch landen würden.

So wurde die soziale Demagogie durch die Widersprüche des Kapitalismus ständig auf neue in Frage gestellt. Führende Kreise des Finanzkapitals drängten damals auf einen wirtschaftlichen Offensivkurs, der von der sozialdemagogischen Staatswirtschaftspolitik abwich. Anders konnte das Kapital jedoch nicht aus den wachsenden Produktions- und Absatzschwierigkeiten herauskommen. Die Staatsverschuldung wuchs in schwindende Höhe, es mangelte an Initiative des Privatkapitals. Eine neue Rationalisierungswelle der Industrie war daher unumgänglich: Lohnsenkung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Einschränkung der Ausgaben für den Staatsapparat, Erhebung neuer Steuern zur Finanzierung von Staatsaufträgen und damit vermehrte Belastung der Bevölkerung, eine Verschlechterung ihrer Lebenslage.

Probleme ergaben sich auch aus der aufgeblähten Kriegsinindustrie, der rückläufigen Produktion der Konsummittel. Das bedeutete auch eine empfindliche Minderung der Kaufkraft. Dies gab den Gewerkschaften Gelegenheit, Widerstandsaktionen in den Betrieben in Gang zu setzen. Aber nur die Minderheit der Arbeiterschaft war bereit, aktiv etwas gegen Hitler zu tun. Die Mehrheit erkannte nicht die Möglichkeit eines erfolgreichen Kampfes und stand abwartend oder indifferent beiseite. Fortsetzung im nächsten „Roten Morgen“



im Land gesichert gewesen. Zum Bruch mit Somoza kam es aber, als die Folgen der andauernden Wirtschaftskrise und die Erdbeschäden systematisch auch auf die nichtsomozistischen Kapitalgruppen im Lande gewälzt wurden.

Somoza füllte die Staatskassen durch enorme Steuererhöhung und „seine“ Militärdiktatur erstarkte durch Plünderungen, dem zollfreien Verkauf von Importwaren, der Kontrolle des Schmuggels und der immer stärkeren Korruption. Teile der nicaraguanischen Bourgeoisie sahen als einzige Möglichkeit ihre Interessen durchzusetzen, nämlich ein „freies gleiches Wirtschaftsleben“ eines nach Marktgesetzen funktionierenden Kapitalismus mit einer demokratischen Form der bürgerlichen Herrschaft zu erreichen, ebenfalls in der Bildung eines Oppositionsblocks gegen So-

moza, mit dem Ziel, die Diktatur zu stürzen.

Die Hauptkraft, die 1979 den Sturz der Somoza-Diktatur erreichte, war die Befreiungsfront FSLN, waren die Arbeiter und Bauern Nicaraguas. Aber die bürgerliche Opposition beschleunigte das Ende der Diktatur. So kam es, daß beide Seiten, die unter der Führung der FSLN stehenden Volksmassen sowie die Teile der Bourgeoisie zwar in einem Punkt — dem Sturz Somozas — das gleiche Ziel hatten, jedoch völlig verschiedene Vorstellungen vom Aufbau eines neuen Nicaragua nach Somoza.

Die somit entstandenen Fragen und Probleme — gerade in diesem wirtschaftlich so schlecht gestellten Land, schufen neue Interessengegensätze, die sich besonders unter den Drohungen der konterrevolutionären Invasion verschärfen.

Staatsfläche: Schätzungen variieren zwischen 130000 und 148000 qkm, die Landfläche (ohne Seen) beträgt 118358 qkm

Bevölkerung: 2,318 Mio. Einwohner (Zensus von 1975)

Bevölkerungszuwachs: jährlich 3,3 Prozent (Durchschnitt 1970 — 75)

Hauptstadt: Managua (1971: 504000 Einwohner)

Urbanisierungsgrad: In Städten über 20000 Einwohner wohnten 1960: 21,2 Prozent und 1975: 32,2 Prozent der Bevölkerung.

Durchschnittliche Lebenserwartung: 52,9 Jahre (1970 — 75)

Analphabeten: 1971: 42 Prozent (offizielle Angabe); nach Schätzungen der CEPAL sind es 70 Prozent, auf dem Land durchschnittlich 80 Prozent und unter den Frauen in manchen Gebieten bis zu 100 Prozent.

Währung: Córdoba; 10 Córdoba = 1 US-Dollar; weitere Abwertungen werden bald erwartet.

Zahlen aus: „Der Kampf hat viele Gesichter“, Edition Nahua, Wuppertal 1982.

Leserbericht — Mexico, 19.4.1983

Thema des folgenden Artikels ist Honduras, aus dem einfachen Grund, weil ich meine, daß der „Krisenherd Zentralamerika“ nicht richtig eingeschätzt werden kann, wenn man die Rolle Honduras im nordamerikanischen imperialistischen „Drehbuch“ nicht ausführlich untersucht.

Im März 1980 beschloß die Carter-Regierung, Honduras die Rolle des unter Anweisung Washington handelnden „Gendarmen in Zentralamerika“ und damit zugleich, die der Ausgangsbasis US-imperialistischer Interventionspolitik, zuzuteilen, gekauft und bezahlt mit wirtschaftlicher und militärischer „Hilfe“.

Die Voraussetzungen für diese Rolle waren gegeben: strategisch durch die Grenzen mit Nicaragua, El Salvador und Guatemala, politisch und wirtschaftlich durch die vorherrschende Rolle der „United Fruit Company“ und der „Standard Fruit“, die Honduras (Prototyp der „Bananenrepublik“) seit Jahrzehnten wirtschaftlich und politisch unter Kontrolle halten. Außerdem hatte Honduras schon einmal als Ausgangsbasis US-amerikanischer Interventionspolitik fungiert: 1954, als der General Castillo Armas die seitdem letzte demokratische Regierung Guatemalas stürzte.

Honduras — das „Israel“ Zentralamerikas

Der gegenwärtige Botschafter der USA, John Dimitri Negroponte, Veteran des diplomatischen Corps mit Erfahrungen in Vietnam und Kambodscha, übernahm die Rolle des „Beraters“ des im November 1981 gewählten hondurenschen Präsidenten Suazo Córdova und die des aktiven „Unterstützers“ des Chefs der Streitkräfte, General Gustavo Alvarez.

Neben dieser „diplomatischen“ Unterstützung können die Militärs Honduras, die zwar formal die Macht an die liberale Partei unter S. Córdova übergeben haben, aber in der Praxis weiterhin die Richtlinien der Politik bestimmen, auf die Unterstützung der 120 nordamerikanischen „Berater“ und deren „Kollegen“ aus Israel, Argentinien, Chile und Guatemala bauen, u. a. Militärtechniker, Berater und „Green Berets“ (deren unheilvolle Rolle aus Vietnam bekannt ist).

Die „Hilfe“ der USA beschränkt sich jedoch nicht auf Berater. Honduras wird zur überlegenen Militärmacht in Zentralamerika aufgerüstet. Schon heute ist die Luftwaffe Honduras die am besten ausgestattete in ganz Zentralamerika, mit 12 Jagdbombern des Typs „Super Mystère“ (französisches Modell mit israelischen Modifikationen), kanadischen F-86-Maschinen (mit jugoslawischen Veränderungen), 6 nordamerikanischen Spezialflugzeugen zur Guerilla-Bekämpfung, 20 nordamerikanischen „Huey“-Hubschraubern, sowie englischen und nordamerikanischen Spionage- und Ausbildungsflugzeugen. Die hondurenschen Streitkräfte besitzen außerdem britische „Scorpion“-Panzer, israelische Kriegsschiffe und eine Vielfalt US-amerikanischer Waffen.

Schon vor der Neudefinierung der Rolle Honduras wurde ein Großteil der hondurenschen Offiziere in den USA ausgebildet: zwischen 1971 und 1981 über 2259 Offiziere; die Anzahl der Militärs, die zwischen 1976 und 1980 die Spezialausbildungsstätte der USA in Panama (Escuela de las Americas) besuchte, war dreimal so groß wie die der übrigen lateinamerikanischen Länder. Seit der „Aufgabenneuverteilung“ 1980 steigerte sich die Militär-„hilfe“ der USA von 3,53 Millionen US Dollar 1980 auf 15,3 Millionen US Dollar, vorgesehen für 1983.

Allein 1982 betrug die Militärhilfe 10,7 Millionen US Dollar, hinzu kamen 12 Millionen durch Waffenverkauf und 17 Millionen als Teil der „Hilfe für die Karibik“.

Am 5.10.1982 befürwortete der US-Kongress einen 13-Millionen-Dollar-Finanzplan für die Erweiterung des US-Stützpunktes Palmerola, im Bezirk von Comayagua.

Die herrschende Klasse

Honduras — allen voran die Militärs — haben besonders im vergangenen Jahr und in den ersten Monaten dieses Jahres ihren US-Auftraggebern gezeigt, wie perfekt sie die ihnen zugedachte Rolle spielen.

Die konterrevolutionären nicaraguensischen Ex-Guardias haben ihre Stützpunkte in Honduras und arbeiten eng mit den hondurenschen Militärs und deren „Beratern“ zusammen, die ihnen logistische Hilfe, Waffen und andere Unterstützung für ihre Angriffe auf Nicaragua geben.

Gustavo Alvarez bestätigte am 27.11.1982 im Nachrichtenprogramm „Enfoque“, daß seine Streitkräfte mit denen El Salvadors zusammen „arbeiten“, d. h. gegen die Befreiungskämpfer der FMLN vorgehen.

Die Politik Honduras, die Rolle eines „Israel“ in Zentralamerika, wie sie der nicaraguensische Kanzler Miguel D'Escoto charakterisierte, stößt jedoch auf Widerstand, nicht nur international, sondern besonders im eigenen Land.

Die Antwort der Herrschenden auf die Massenproteste der Bevölkerung gegen die „Gendarmenrolle“ Honduras und die zunehmende Militarisierung, sowie gegen die sich ständig verschlechternden Lebensbedingungen (siehe Kasten zur wirtschaftlichen Situation Honduras) ist Unterdrückung und Terror.

Parallel zur offensiven militärischen Aufrüstung steigert sich die Unterdrückung nach innen. Am Montag, dem 28.3.83, wurde die Entführung von Inés Murillo und José Gonzales, beides aktive Gewerkschafter, bekannt.

Ihr „Verschwinden“ ist kein Einzelfall. Allein in den letzten Monaten wurden über 75 Gewerkschafts- und Campesino-Führer, Lehrer, Studenten, kritische Journalisten von Agenten des DNI (Departamento Nacional de Investigación) bzw. der FUSEP (Fuerza de Seguridad Pública) entführt. Viele landen in den Gefängnissen, andere tauchen wenig später wieder auf ... tot, die meisten mit Folterspuren, häufig verstümmelt. Gestützt auf das im Mai letzten Jahres verabschiedete „Anti-Terroristen-Gesetz“ werden Tag für Tag eine steigende Anzahl von Menschen verhaftet. „Anklagepunkte“ sind der angebliche Besitz „kommunistischer Literatur“ bzw. Verbindung mit „hondurenschen oder salvadorischen Terroristen“.

Parallel zu dieser „selektiven“ Repression gegen die Führer der wichtigsten demokratischen Organisationen findet eine breite Unterdrückung gegen die Bevölkerung statt: gegen landlose Campesinos, Arbeitslose, Bewohner der Elendsviertel. Kein Tag vergeht, an dem nicht von Kugeln durchlöcherter oder von Machetenhie-

ben zerstückelte Leichen am Stadt- oder Straßenrand gefunden werden. Hauptverantwortliche dieser Massaker sind das Bataillon Cobra (Spezialeinheit der Contrainsurgencia) und die paramilitarischen — häufig von den Großunternehmern oder Großgrundbesitzern finanzierten — Gruppen. Die enge Zusammenarbeit zwischen den Cobras und dem DNI und der FUSEP ist bekannt.

Zur noch gründlicheren „Bekämpfung des Kommunismus und internationalen Terrorismus“ — so die offizielle Begründung — wurden im August des vergangenen Jahres die sogenannten „Comites de Defensa Civil“ geschaffen, deren Aufgabe in der Bespitzelung der Nachbarn und der engen Zusammenarbeit mit der Polizei besteht. Proteste der noch bestehenden demokratischen Organisationen wurden vom General Gustavo Alvarez mit dem von Reagan übernommenen Argument „die Menschenrechte sind eine Erfindung zum Schutz der Terroristen“ zurückgewiesen.

Wirtschaftliche Situation Honduras

Die wirtschaftliche Situation Honduras wird bestimmt durch eine seit der Unabhängigkeit im letzten Jahrhundert mehr oder weniger unverändert gebliebene Besitzstruktur, was sich besonders am Bodenbesitz festmacht.

80 Prozent der Landbevölkerung Honduras besitzt keinen Boden, nicht einmal eine kleine Parzelle.

Massenelend, Unterernährung, Arbeitslosigkeit bestimmen das Leben der meisten der ca. 4 Millionen Einwohner Honduras. Über 500000 Kinder sind extrem unterernährt, 65 Prozent sind Analphabeten. Das Defizit von über 300000 Wohnungen macht die elenden (Über-) Lebensbedingungen besonders deutlich.

Die angestrebte Industrialisierung blieb in den Ansätzen stecken, bzw. den Interessen der großen transnationalen Unternehmen untergeordnet, trotz der großzügigen, hauptsächlich mit Auslandskrediten finanzierten Subventionen.

Der Großteil der Subventionsgelder ging und geht auf sichere Konten im Ausland. Die Kapitalflucht erreichte im 2. Halbjahr von 1981 ihren vorläufigen Höhepunkt: über 900 Millionen Lempiras (2,50 Lempiras = 1 US Dollar) wurden außer Landes geschafft — eine Dekapitalisierung, von der sich die Wirtschaft Honduras bis heute nicht erholt hat.

Die Umstrukturierung der mehr als 1200 Millionen Lempiras Auslandsschulden, sowie Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) wurden zum wichtigsten Ziel der Regierung Roberto Suazo Córdovas erklärt.

Die 1982 völlig ausgebliebenen ausländischen Direktinvestitionen, Reaktion auf die sich zuspitzende Lage in Zentralamerika, verschärfen die ohnehin kritische Situation, zumal die 5 wichtigsten Exportprodukte Honduras vom allgemeinen Rückgang der Rohstoffpreise betroffen waren.

Auf dem Rücken und zu Lasten der Bevölkerung soll deshalb — wieder einmal — die Krise bekämpft werden. Die Preise steigen, die Arbeitslosigkeit wächst — kurz: die Verelendung nimmt zu.

Daten aus: Proceso-Nr. 325 vom 24.1.1983.



Wahl der Volksräte in der SVR Albanien

Am 24. April fanden in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien Wahlen statt, Wahlen zu den Volksräten und Volksgerichten aller Ebenen. Um dem Leser einen kleinen Überblick zu geben, welche Fragen und Probleme in diesem Zusammenhang anstehen, wollen wir in den nächsten Nummern des „Roten Morgen“ politische Materialien aus Albanien veröffentlichen. Wir beginnen mit einem Artikel aus „Zëri i popullit“ vom 16. 3. 83 über die Rolle von Ratsmitgliedern, fahren mit einem weiteren Artikel aus „Zëri i popullit“ vom 3. 4. 83 fort, in dem es um eine Versammlung geht, auf der die Wahlvorschläge diskutiert werden. In einer folgenden Ausgabe bringen wir dann einen Ausschnitt aus einer Politbürorede des 1. Sekretärs des ZK der PAA, Genossen Enver Hoxha, vom 3./4. März 1966. In dieser Rede geht es um den Kampf gegen den Bürokratismus; der Ausschnitt, den wir in eigener Übersetzung bringen werden, behandelt Fragen der Volksräte und der Volksversammlung. Abschließend veröffentlichen wir das Gespräch mit einem Genossen des Tiranaer Exekutivkomitees.

Zëri i popullit
Gjirokastra

Warum wurden zwei Kandidaturen im Wohnbezirk abgeändert?

Als der Vorstand der Demokratischen Front im Bezirk Gjirokastra als Kandidaten für den Volksrat der Stadt in der Zone Nr. 3 einen neuen Genossen mit guten Eigenschaften vorschlug, hatten die Wähler Einwände, weil sie ihn nicht kannten, denn er gehörte nicht in jenes Wohnviertel. Mit Recht stellten einige Genossen die Frage: „Warum um alles in der Welt kann man nicht unter den mehreren Hundert junger Männer und Frauen, die etwas auf dem Kasten haben und die wir kennen, die sich hier im Wohnbezirk hervorgetan haben, einen geeigneten Kandidaten finden?“ Das alles war normal. Selbstverständlich waren ihre Argumente überzeugend und zum Wohl der Sache, deshalb schlug der Delegierte des Frontvorstands den Wählern eine zweite Kandidatur vor. Wiederum einen guten Genossen. Doch trotz Wertschätzung hielten ihn mehrere Wähler für nicht völlig geeignet, weil er bei gesellschaftlichen Problemen und bei den Aktionen des Wohnbezirks passiv ist. Diese Meinung wurde abermals einmütig unterstützt.

Da ergriff ein Genosse aus dem Saal das Wort. Er schlug das gegenwärtige Mitglied des Volksrats der Stadt vor, der mit dem Wohnbezirk gut verbunden ist, der bei der freiwilligen Arbeit zur Erweiterung der Straßen und des Bewässerungs-

netzes mitgeholfen hat, zur Lösung gesellschaftlicher Probleme und insbesondere zur Festigung der Einheit zwischen den Einwohnern beigetragen hat. Die Versammlung wurde lebendig. Als dieser dritte Vorschlag zur Abstimmung kam, wurde er ohne Gegenstimme angenommen.

Hinsichtlich der Kandidaten für den Bezirksvolksrat, den Wohnbezirksvolksrat sowie für die Richter und Schöffen waren die Vorschläge der Front gut durchdacht und vollständig geeignet, deshalb wurden sie einmütig angenommen. Die Vorschläge des Bezirksvorstands der Demokratischen Front für den Volksrat der Stadt wurden nicht angenommen, weil sie in der Amtsstube gemacht worden waren, ohne den Wohnbezirksvorstand der Front und seine Aktivisten zu fragen. Die Massen waren nicht der Meinung, daß man das jetzige Mitglied des Stadtvolksrats ablösen sollte, das in der Legislaturperiode aktiv gearbeitet und sich ausgezeichnet hatte. Diese Diskussionen und Vorschläge zeigen einmal mehr den vollständig demokratischen Charakter der Wahlen und unserer Volksmacht in unserem Land, wo alles im Interesse des Volkes und nach seinem Wunsche verläuft.

Sedat Braja

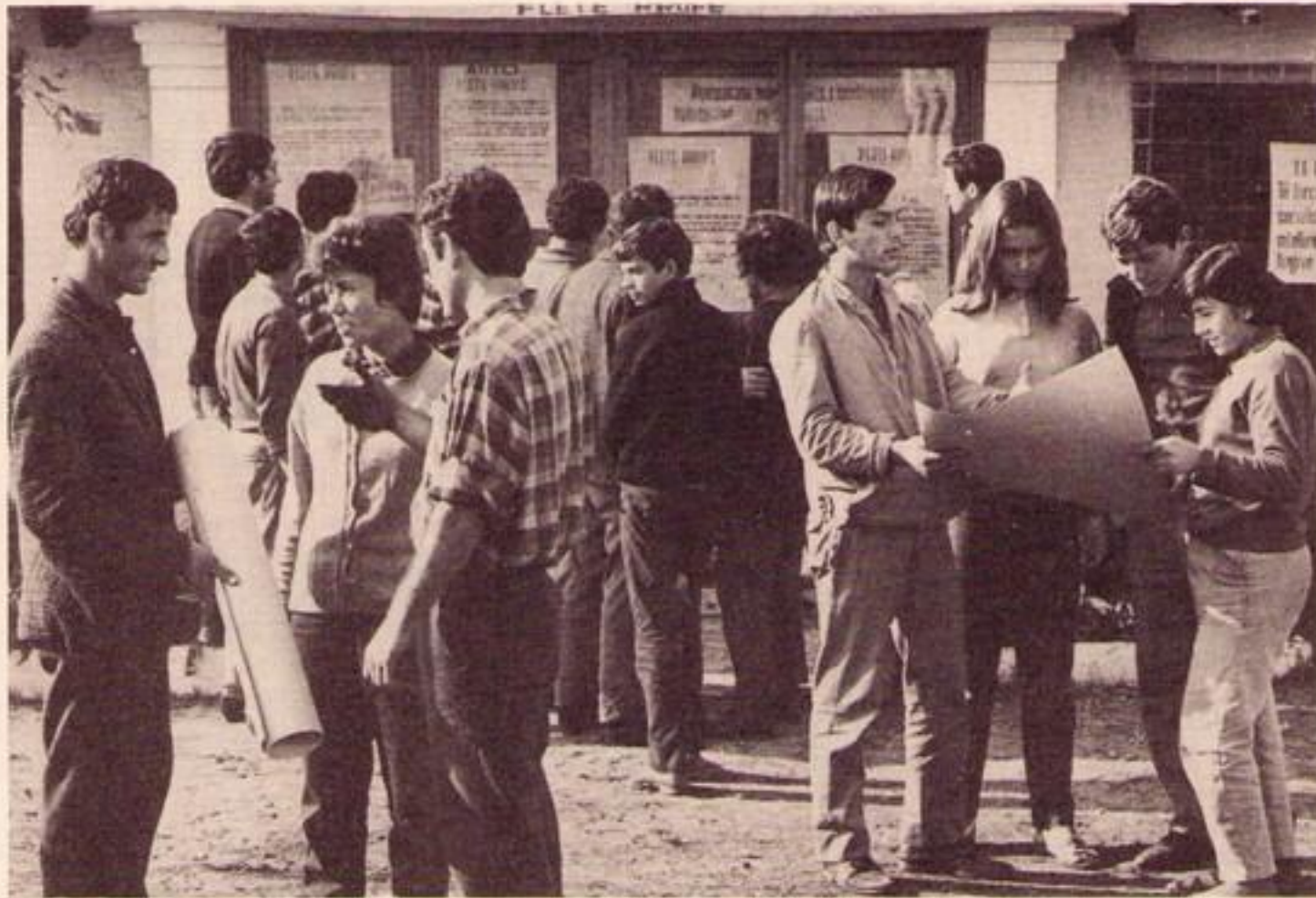
Absatz aus einem Leitartikel von Zëri i popullit vom 3. 4. 83

Lebendige Tribüne der Beratung des Volkes mit seinen Söhnen

(...) Bei uns ist das Volk an der Macht; das Volk ist es, das unter der klugen und weitsichtigen Führung der Partei das Land regiert. Sowohl durch die vertretenden Organe als auch direkt übt das Volk seine Macht aus. Unter diesem Aspekt muß während der Treffen der Kandidaten mit den Wählern berichtet werden, was mit den Vorschlägen und Empfehlungen geschehen ist, die in den vorherigen Phasen der Wahlen von den werktätigen Massen gemacht worden sind, wie weit die von ihnen aufgeworfenen Probleme gelöst worden sind (...), was für die Zukunft geblieben ist und wann sie endgültig gelöst werden. Das ist von großer Bedeutung, weil es die Wähler, die sich selbst mit der Lösung aller staatlichen Probleme verbunden sehen, dazu anspricht, auch auf den Treffen mit den Kandidaten frei ihre Meinung zu äußern, um die Mängel und Schwächen samt ihren

Zëri i popullit, 16. 3. 83
Tätigkeit der Machtorgane

Das Ratsmitglied spornt an mit seinem Beispiel



Im Volksrat des Vereinigten Dorfes Zogas, Bezirk Skrapar, werden jetzt des öfteren verschiedene Probleme der Produktion analysiert. Die Zeit, da die Analyse sozial-kultureller Probleme den größten Platz einnahm, ist vorbei. Aber nicht, weil man ihnen etwa nicht mehr die gebührende Aufmerksamkeit widmen würde, sondern weil die Produktion die Hauptfront ist, und hier konzentriert sich auch in erster Linie die Aufmerksamkeit. Zu diesem Zwecke hat es sich der Dorfrat des Vereinigten Dorfes zur Angewohnheit gemacht, nach einem besonderen Programm den Vorstand der Genossenschaft und ihre Abteilungen zum Rapport zu rufen. Genauso sind auch die Volksräte der Dörfer vorgegangen bei der Arbeit, die im Sektor oder in der Brigade geleistet wird. Was ist bei diesen Sitzungen herausgekommen? Man hat Rechenschaft abgelegt, wie die Beschlüsse durchgeführt worden sind, wie die Produktionsaufgaben realisiert worden sind, wobei von jedem einzelnen verlangt wurde, sich für seine Arbeit verantwortlich zu fühlen. Das hat dazu geführt, daß auch die Resultate der Genossenschaft immer besser sind. Für 1982 beispielsweise ist der Produktionsplan in der Landwirtschaft zu 101,8 Prozent realisiert worden. Das Einkommen aus Gemüse betrug 120 Prozent, aus der Viehwirtschaft 111 Prozent. Dazu kam es unter anderem deshalb, weil die Teilnahme der Genossenschaftsbauern an der Arbeit um 6 Prozent stieg und von jedem 66 Arbeitstage mehr geleistet wurden als im Jahr davor. Der Volksrat hat festgestellt, daß für die übertragenen Aufgaben stets Rechenschaft verlangt wurde, ihre Durchführung stets kontrolliert wurde, und auch an positiven Resultaten hat es nicht gefehlt. Doch zu Recht erhebt sich die Frage: Doch das Ratsmitglied, wie trägt es seinen Aufgaben in der Produktion Rechnung? In welchem Maße wirkt sich sein Beispiel auf die anderen aus? Eine solche Analyse ab und an vorzunehmen ist unerlässlich, nicht nur, weil die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Volksrats des Vereinigten Dorfes und der Einzeldörfer Werktätige sind, direkt an der Produktion teilnehmen, sondern auch, weil ihr

Beispiel für die Mobilisierung und den Asporn der Genossenschaftsbauern von Bedeutung ist. Lassen wir Tatsachen sprechen: Aus einer besonderen Analyse der Arbeit der Ratsmitglieder ergibt sich, daß sie im vergangenen Jahr durchschnittlich 34 Arbeitstage mehr realisiert haben als die anderen Genossenschaftsbauern, während sie die Norm um 8 Prozent übererfüllt haben. Solche Erfolge sind auch in den Monaten des laufenden Jahres festzustellen. Dazu ist es gekommen, weil sich die Ratsmitglieder angewöhnt haben, die Arbeitsfront nicht eher zu verlassen, bis daß die Aufgaben des Tages erfüllt oder gar übererfüllt sind. Und das hat dazu geführt, daß sie auch von den anderen die Realisierung und Übererfüllung der täglichen Arbeit verlangen. Unter den Bedingungen einer solchen Arbeit, wenn das Ratsmitglied mit gutem Beispiel vorangeht, ist es natürlich, daß sowohl die Forderung nach Rechenschaft, aber auch das Vertrauen der Werktätigen in die Räte wächst.

Die Mitglieder des Volksrats des Dorfes Osoja kommen als erste zur Arbeit und gehen als letzte nach Hause. Im vergangenen Jahr realisierten sie durchschnittlich 42 Arbeitstage mehr als die Mitglieder der besten Brigade der Genossenschaft. Und ihre Arbeit ist von hoher Qualität. Dieses gute Beispiel setzte der Volksrat auseinander und verallgemeinerte es. Es trug mit dazu bei, so manches hemmende Konzept bei einigen Genossenschaftsbauern zu widerlegen, etwa: „Die Normen sind zu hoch und schwer zu realisieren“. Wenn das Ratsmitglied Zeit und Möglichkeiten findet, die Produktionsaufgaben zu erfüllen, Überzeugungsarbeit unter den Massen zu machen und sich noch zu gesellschaftlicher Tätigkeit zu aktivieren, was kann man dann erst über die anderen sagen?

Die Forderung: Und das Ratsmitglied? Wie ist sein Beispiel bei der Arbeit, die ab und an auf den Sitzungen des Volksrats aufgeworfen worden ist, ist eine richtige, natürliche Forderung. Sie hat zu tun mit der Hebung seines moralischen und politischen Ansehens als Vertreter des Volkes, gewählt, um den Interessen des Volkes zu dienen. Das wird vor allem dann

realisiert, wenn Wort und Tat des Ratsmitglieds nicht zwei verschiedene Dinge sind. Erwähnen wir eine andere Tatsache: Nachdem der Volksrat des Dorfes Osoja den Obstbau-sektor, die dort festgestellten Schwächen und Mängel analysiert hat, stellte er die Aufgabe, die Fürsorge für die Arbeit der Obstbauern zu erhöhen. Es gab aber Genossenschaftsbauern, die meinten: „Im Apfelblock vergießen wir umsonst unseren Schweiß“, „Äpfel bringen nichts“, „das

Klima ist nicht geeignet“ usw. Der Volksrat analysierte abermals dieses Problem, diesmal konzentrierte er sich auf die schädlichen Vorstellungen. Sich die Führung der Parteigrundorganisation sichernd, setzte der Volksrat in erster Linie die Ratsmitglieder in Marsch, die das Problem in Zusammenarbeit mit den Spezialisten und Genossenschaftsbauern von allen Seiten betrachteten. Was kam dabei heraus? Aufgrund der agrotechnischen Maßnahmen, die jetzt an den Obstbäumen vorgenommen wurden, gelang es, den Plan dreifach zu realisieren. So zeigte sich, daß es die Arbeit der Menschen war, die die hohen Erträge ermöglichte und nicht der „Ort“ oder das „Klima“. Probleme dieser Natur hat es auch im Sektor Viehwirtschaft gegeben, die einst rückständig war, sich jetzt aber durch gute Ergebnisse hervortut.

Selbstverständlich sind und bleiben der Volksrat und die Ratsmitglieder eine große Kraft, wenn sie mit ihrem persönlichen Beispiel vorangehen, aber auch, wenn sie sich auf die Massen stützen, wenn sie sie zu mobilisieren wissen, wobei sie Schritt für Schritt die Aufgaben verfolgen, die die Partei wie überall auch für die Landwirtschaft festgelegt hat.

Hekuran Hysa



HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



LEIDER

Exklusiv

Es kommt selten vor, daß eine Zeitung bedauert, einen Bericht exklusiv veröffentlichen zu können. Der „Rote Morgen“ befindet sich mit dem Artikel über die Pressekonferenz Jim McAllisters von der Sinn-Fein in dieser Lage — und wir bedauern das nachdrücklich.

Genossen des Frankfurter Anti-H-Block/Armagh-Komitees hatten die Pressekonferenz mit dem Parlamentarier der revolutionären Partei aus Irland organisiert. Sie hatten alle erdenklichen Bemühungen unternommen, um möglichst viele Presse- und Medienvertreter zu erreichen. Einladungen wurden zum größten Teil persönlich überbracht, als Ort hatten sie einen Raum in einem teuren Hotel angemietet, für Bewirtung war gesorgt, wie auch für eine professionelle Simultan-Übersetzung.

Außer dem „Roten Morgen“ war niemand vertreten. Die „Politischen Berichte“ des BWK sind durch direkte Mitarbeit im Komitee dabeigewesen. „Stern“, „Spiegel“, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die „Frankfurter Rundschau“ — die Sendeanstalten fehlten. Obwohl sie nachgewiesenermaßen am „Thema“ waren. Noch vor kurzem berichtete z. B. der „Stern“ über angebliche Verbindungen von Sinn-Fein mit westdeutschen Neonazis. Trotz mehrmaliger Versuche seitens der irischen Patrioten und ihrer Freunde vom Solidaritätskomitee erschien kein Dementi dieser Lügengeschichte, die Möglichkeit, sich aus erster Hand zu informieren wurde nicht wahrgenommen.

Erschreckenderweise waren außer uns auch keine linken Zeitungen erschienen. Selbst „taz“ und „Pflasterstrand“, mit ihren Redaktionen ganz in der Nähe, fanden den Weg nicht. Wir wollen den Leuten nicht unterstellen, Irland nur noch als Standort alternativer Bauernhöfe zu sehen. Aber als Zeitschriften, die sich unter anderem auch der Friedensbewegung verpflichtet fühlen, ist es schon ein starkes Stück, die Möglichkeit zu ignorieren, sich mit Vertretern des sich im Krieg mit den Imperialisten befindlichen irischen Volkes auseinanderzusetzen, ihre Blätter der Solidarität mit diesem Kampf zur Verfügung zu stellen.

Denn der bewaffnete Widerstand gegen den Imperialismus, gerade hier — mitten in Europa, ist ein wichtiger Bestandteil des Friedenskampfes.

Redaktion „Roter Morgen“

Anti-H-Block/Armagh-Komitee Frankfurt

Redaktion des
„Roten Morgen“
Werte Genossen,

auch im Namen des Leitungsmitgliedes von Sinn Fein, Gen. Jim McAllister, möchten wir uns für die Anwesenheit des Korrespondenten des „Roten Morgen“ auf der Pressekonferenz des Gen. McAllister am 13.5.83 in Ffm ausdrücklich bedanken.

Es ist bezeichnend für die Verkommenheit der bürgerlichen Presse der BRD, daß von 14 eingeladenen bürgerlichen Zeitungen, Magazinen, Presseagenturen und Sendern nicht einer erschienen ist. Alle Eingeladenen haben über den Kampf für nationale Unabhängigkeit und Sozialismus in Irland sowie über die an ihm teilnehmende Sinn-Fein-Partei bereits berichtet. Sie haben die Lügen der britischen Imperialisten wiederholt.

Der „Stern“ z. B. hat vor wenigen Wochen lügnerisch Verbindungen zwischen Neofaschisten in der BRD und Sinn Fein behauptet. Die Korrektur dieser Lügen durch das Auslandsbüro von Sinn Fein zu veröffentlichen hat der „Stern“ abgelehnt. Der „Stern“ ist das gleiche Magazin, das mit vorgeschobenem Anti-Faschismus die anti-kolonialistische Organisation Sinn Fein zu diffamieren versucht hat, andererseits Neofaschisten mit Geld schmiedet, um für seinen Schund über die Veröffentlichung von Tagebüchern des Regierungschefs der reichsdeutschen Faschisten noch größere Kasse machen zu können. Dieses „antifaschistische“ Magazin wird herausgegeben von dem gleichen Nazi Nannen, der die faschistische „Kulturpolitik“ publizistisch unterstützt hat.

Ein anderes Beispiel ist der Südwestfunk, der es abgelehnt hat, an einer Pressekonferenz mit einem Sinn-Fein-Leitungsmitglied an dem gleichen Tag teilzunehmen, an dem in SWF 3 der Londoner Reporter dieses Senders die Lügen der Britenkolonialisten über „Terrorism“ von Sinn Fein/IRA an Milchmännern und Bäckern wiederholen durfte. Der Londoner Reporter hat nicht berichtet, daß diese „Bäcker“ und „Milchmänner“ uniformierte und waffentragende Angehörige der Kolonialarmee waren.

Auch die „Tageszeitung“ hielt es nicht für wert, an einer Pressekonferenz teilzunehmen, in der sie ihre nachweislich falsche Berichterstattung über „religiöses Sektierertum“ in Irland hätte korrigieren können.

Aus diesen Gründen hat es uns zunächst gefreut, daß die revolutionäre Presse der BRD durch den „Roten Morgen“ der KPD und die „Politischen Berichte“ des BWK vertreten war. Es waren allein die Vertreter der Revolutionäre, die es für wichtig hielten, den Sinn-Fein-Vertreter in der BRD über den Kampf für nationale Unabhängigkeit und Sozialismus in Irland zu befragen.

Auch dafür sind wir Euch verbunden.

Mit solidarischen Gruß
Für das Anti-H-Block-Komitee
Lothar Gruber

Jim
McAllister:



„Wir stehen im Krieg mit den britischen Imperialisten — wir kämpfen für eine demokratische, sozialistische Republik!“

Jim McAllister stellte die Sinn Fein Partei als Teil der republikanischen Bewegung vor, die verschiedene Parteien umfaßt. Bei den Wahlen im vergangenen Oktober stellte sich die Sinn Fein erstmals seit langer Zeit wieder den Wählern. Das ist keine neue Taktik, schon an den allgemeinen Wahlen von 1918 nahm Sinn Fein teil und gewann 73 Sitze, die reaktionären Unionisten nur 26.

Fünf Abgeordnete stellt Sinn Fein nach den letzten Wahlen — und das ist ein großer Erfolg. Damit hat Sinn Fein rund 35 Prozent der „nationalen Stimmen“ bekommen, wie Jim McAllister es ausdrückte. Nationale Stimmen meint hier denjenigen Bevölkerungsteil, der für eine unabhängige irische Republik eintritt.

lutionär, der für die irische Republik in den berüchtigten H-Blocks starb. Seitdem darf kein Gefangener mehr bei den Wahlen kandidieren. Das alles erklärt auch die eindeutige Maxime der Sinn Fein, auch beim Kampf um die Stimmzettel „in der einen Hand die Waffe zu behalten“, was konkret verschiedene Unterstützung der IRA bedeutet.

Trotz alledem wird Sinn Fein auch bei den kommenden Unterhauswahlen in den sechs Provinzen kandidieren. 17 Abgeordnete werden dort für das Parlament in London gewählt. 14 Kandidaten stellt Sinn Fein auf, Jim McAllister wird wieder in Armagh kandidieren. Bei diesen Wahlen versucht Sinn Fein ihren Stimmenanteil enorm zu erhöhen, ein Schritt auf die

Am 13. Mai stellte sich in Frankfurt ein Mitglied der Leitung von Sinn Fein, Jim McAllister der Presse. Zu den Umständen der Pressekonferenz siehe auch nebenstehende Erklärung und den Brief der Veranstalter.

Sinn Fein ist eine revolutionäre politische Partei, die in allen Teilen Irlands sowohl den Kampf der IRA unterstützt, als auch alle legalen, parlamentarischen Möglichkeiten nutzt. Im vergangenen Oktober gewann Sinn Fein fünf Sitze im Stormont, dem Parlament in den von England besetzten Nordprovinzen, im folgenden kurz Nordirland genannt.

Einer dieser Abgeordneten ist Jim McAllister, 38 Jahre alt, er ist verheiratet, hat ein Kind und lebt in Cullyhanna in South Armagh, wo er kandidierte und gewählt wurde.

sächliche politische Arbeit der Sinn Fein statt: bei den Jugendlichen und Arbeitern und den armen Bauern. Hier wird vermittelt, wofür man kämpft, entsteht das Gefühl und der Stolz für die Sache der Befreiung.

Zu den alltäglichen Erscheinungen gehört auch die Verleumdung, die Falschmeldungen, die Hetze gegen die republikanische Bewegung in den Medien. Jim McAllister berichtete Beispiele der Kampagne, die die Imperialisten führen. Wird zum Beispiel ein irischer Zivilist erschossen, sagt die britische Propaganda, dies sei die IRA gewesen. Tagelang wirkt diese üble Propaganda dann erst mal — kommt später die Wahrheit heraus, hat die Lügengeschichte trotzdem eine gewisse Wirkung gehabt. Oder aber es läuft wie in folgendem Fall, den Jim McAllister schilderte: Mitglieder der von den Briten bewaffneten und ausgebildeten Terrorgruppe Ulster Defense laufen als Milchmänner oder Briefträger getarnt bei ihren Einsätzen. Attakiert die IRA diese Leute, so heult die Presse auf.

Tagelang können die Briten berichten, was sie wollen, und die Republikaner haben in den offiziellen Medien keinerlei Möglichkeit, zu erklären, gegen wen die Aktion wirklich gerichtet war. Darum legt Sinn Fein auch großen Wert auf ihre Öffentlichkeitsarbeit. Denn die republikanische Bewegung ist nicht nur von allen offiziellen Medien ausgeschlossen, sie muß auch gegen falsche Auffassungen ankämpfen, die dort verbreitet werden. So etwa die Propaganda der Regierung von Dublin über die zwei Nationen auf der Insel. Sogar während der Wahl wurde Sinn-Fein-Vertretern die Teilnahme an Diskussionen mit anderen Politikern verweigert. Begründung: Sinn Fein sei gewalttätig.

Dagegen produziert Sinn Fein zum einen Videobänder, die bei Veranstaltungen in Clubs und Pubs gezeigt werden. Man betreibt mobile — illegale — Radiosender. Dann erscheint wöchentlich die Zeitung „An Phoblacht“ in einer Auflage von 55000, die vor allem inner-

halb der Arbeiterklasse vertrieben wird. Daneben gibt Sinn Fein noch IRIS — ein republikanisches Magazin — heraus.

Zum Schluß seiner ausführlichen und wertvollen Ausführungen, die wir im „Roten



IRIS — das republikanische Monatsmagazin

Morgen“ für die weitere Berichterstattung über den Kampf gegen den britischen Imperialismus verwenden werden, ging Jim McAllister noch auf eine andere revolutionäre Partei in Irland, die IRSP, ein, über die wir in dieser Zeitung im Herbst vergangenen Jahres berichteten. Jim McAllister bedauerte die Aufspaltung innerhalb der republikanischen Bewegung, wollte aber aus der Situation, daß während der Pressekonferenz niemand für die IRSP reden könne, kein Kapital ziehen und verzichtete darauf, ausführlich die politischen Differenzen zu schildern. Die IRSP, die viel kleiner ist als die Sinn Fein, arbeitet aber in vielen Aktionen gemeinsam mit der Sinn Fein, weil man gemeinsame Ziele habe.

Und das Ziel, so Jim McAllister, ist eine demokratische sozialistische Republik Irland. Ein Ziel, für das man im Krieg gegen den britischen Imperialismus stehe. Zwar wird versucht, jeden Schritt der republikanischen Bewegung mit neuer Unterdrückung zu beantworten, aber, so Jim McAllister, die Republikanische Bewegung ist stärker denn je — und sie wird siegen! Der Krieg der in Irland geführt wird, ist ein gerechter Krieg gegen Unterdrücker, die Fortsetzung des langandauernden Kampfes gegen den britischen Imperialismus.



An Phoblacht — die Wochenzeitung der Sinn Fein

Die Wahlen vom vergangenen Oktober haben aber auch gezeigt, wie der britische Imperialismus und seine Handlanger auf solche Erfolge der republikanischen Bewegung reagieren. So ist dreien von den fünf gewählten Abgeordneten verboten worden, nach England einzureisen, allen ist es untersagt, politische Gefangene der Sinn Fein in den Gefängnissen zu besuchen. Sogar in der Republik Irland, im Süden, werden die dort gewählten 32 lokalen Repräsentanten der Sinn Fein in ihrer Arbeit behindert.

Dort wird den Sinn-Fein-Abgeordneten jeglicher Zugang zu den Medien, zu Radio und Fernsehen verweigert, sie kommen da nicht zu Wort, egal ob es über die Lage der Bauern geht, oder nur über den Zustand der Straßen. So unterstrich Jim McAllister auch noch mal die Absicht der Sinn Fein, „in keiner Weise mit dem neokolonialistischen Regime in Dublin zusammenzuarbeiten.“

Zuletzt waren in England die Wahlgesetze auch für die sechs nordirischen Provinzen geändert worden, als Bobby Sands gewählt worden war, der Revo-

Gewinnung der Mehrheit der nationalen Stimmen hin.

Aber wie schon im Stormont werden die Abgeordneten auch im Parlament von London ihre Sitze nicht einnehmen. Die Arbeit — auch der gewählten Abgeordneten — ist die Arbeit an der Basis, innerhalb der Hauptstütze der republikanischen Bewegung, der Jugend und der Arbeiterklasse, wie Jim McAllister betonte.

„Wir akzeptieren keinen Lohn von den Briten“, sagte der Abgeordnete, der dann über die konkrete politische Arbeit der Sinn Fein berichtete. Sieben Tage in der Woche für das Volk arbeiten — ohne Geld, das geht überhaupt nur, weil das irische Volk bereit ist, die Sinn Fein zu unterstützen und zu schützen.

In South Armagh konkret haben Genossen einer Sinn-Fein-Zelle zwei leerstehende Baracken, alte Häuser, besetzt, und in ein Jugendzentrum für arbeitslose Jugendliche umgewandelt. Denn im Land herrscht die größte Jugendarbeitslosigkeit Europas. Die lokale Regierung erkennt das Zentrum nicht an, weil es von der Sinn Fein geführt wird. Aber trotz aller Probleme findet hier die haupt-

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

NEU IM VERLAG ROTER MORGEN



Mit 5,— DM sind Sie dabei ... denn soviel zuwenig kostet ein Einzelheft der Reihe „Kommunistische Hefte“ (Theoretisches Organ der KPD) im Abonnement.



Am obenstehenden Buch des Genossen Ernst Aust („Für's Vaterland?“), das soeben als Doppelnummer 3/4 dieser Reihe erschienen ist, spart man z. B. als Abonnent ganze 4,80 DM — genug, um sich davon glatt noch ein Taschenbuch kaufen zu können, vielleicht von Karl Marx ... (oder u. U. eine Schachtel Zigaretten, fürs gemütliche Schmökern ...)

In den „Kommunistischen Heften“ wird Wichtiges, Strittiges, Nützliches und Informatives aus allen Bereichen, in denen sich Menschen gegen die Herrschenden in Bewegung setzen, tiefergehend beleuchtet und vom marxistischen Standpunkt diskutiert.

Die Reihe umfaßt sowohl Bücher als auch Aufsatzsammlungen usw. Es lohnt sich!

Hiermit bestelle ich ein Abonnement der „Kommunistischen Hefte“ ab Nr. 3/4 (E. Aust: Für's Vaterland?)

ab Nr. 5

Ein Abo umfaßt vier Nummern. Den Betrag von 25,— DM (einschließlich Porto und Verpackung) überweise ich nach Erhalt der Rechnung.

Name:

Straße:

Ort:

*Zutreffendes bitte ankreuzen

Das Abo verlängert sich automatisch, wenn es nicht nach Ablauf gekündigt wird.

Coupon ausschneiden und schicken an:
Verlag Roter Morgen
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

efe + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief

Eindrücke einer Türkei-Reise

Liebe Freunde,
ich habe meinen Neujahrsurlaub in der Türkei verbracht. Da überall so viel über den „Übergang zur Demokratie“ geredet und geschrieben wird, halte ich es für sinnvoll, meine eigenen Erfahrungen, die ich dabei gemacht habe, zu übermitteln.

Die schmarotzenden Publizisten der Diktatur sind nichts anderes als blanke Betrüger. Zum Beispiel, wenn sie ständig schreiben, daß Korruption und Wirtschaftsverbrechen abgeschafft seien.

Ich bin zum Beispiel bereits an der Grenze Menschen begegnet, deren Asylanträge in Deutschland abgelehnt worden waren und die so zur Rückkehr gezwungen waren. Beamte, die da aus den Büros kamen, beschimpften die Leute, provozierten sie, nannten sie heimatlose Gesellen, verdächtigten sie, man habe sie als Agenten hergeschickt. Welche, die ihre Formalitäten bereits erledigt hatten, sagten, man müsse den Beamten Geld geben, damit sie ihre Arbeit tun. Später — unterwegs — wurden wir zweimal von der Polizei angehalten und mußten jeweils, willkürlich, 1000 Lira Geldstrafe bezahlen.

In Istanbul angekommen, ging ich zu Verwandten, die aus dem Dorf kommen, dort aber alles verkauft haben und in der Stadt eine Schneiderwerkstatt eröffnet haben. Damit versuchen sie sich durchzuschlagen, aber die immer höheren Steuern machen sie kaputt — ein Schicksal, das kleine Unternehmer serienweise trifft.

Die Mieten — in armen Wohngebieten — betragen zwischen 8000 und 10000 Lira im Monat, während die einzige noch zugelassene „Gewerkschaft“, Türk-Is, Propaganda für ihre Mindestlöhne macht, deren Erhöhung sie erreicht habe. Jetzt soll der Mindestlohn, den viele bekommen, zwischen 10000 und 11000 Lira liegen — wenn man das mit den Mietpreisen vergleicht, kann man sehen, wie arm viele sind, daß man von einem Arbeiterlohn alleine sicher nicht leben kann.

Die Entwicklung der Preise, und zwar der grundlegendsten Dinge, wie Wohnung, Nahrung und Kleidung allein führt dazu, daß die Gegenerschaft zur Junta anwächst.

Manch einer fragte sich, wie die Junta bei ihrem Referendum so viele Stimmen habe bekommen können, wo doch so viele, die er kannte, sagten, sie hätten dagegen gestimmt, obwohl die Stimmabgabe durch die Umschläge hindurch kenntlich gewesen sei.

Auf dem Lande, in den Dörfern, wo schon lange Armut herrscht,

wird diese immer drückender. Heute haben sie Schwierigkeiten, für die Weizenfelder etwas Düngemittel zu bekommen, von den Problemen bei Verkehrsverbindungen und Elektrizität, die schon lange bestehen, und gegen die nichts getan wird, einmal abgesehen.

Dafür aber gibt es immer wieder, gerade in den Dörfern, Razzien, Durchsuchungen, Verschleppungen usw., es werden jede Art Oppositionelle gesucht, brutaler als in der Stadt.

Auch sonst, die großen Maßnahmen, sie wirken, das Verbot des Streikrechts, die Allgegenwart des Geheimdienstes MIT, die ständige faschistische Hetze unter der Jugend vor allem. Die militaristische Disziplin an den Schulen ist heute alltäglich.

So erfahren alle Ausgebeuteten und unterdrückten Schichten und Klassen des Volkes die Politik der Militärdiktatur in ihrem Alltag ...

Ein Leser aus der Türkei

Zu retten?

Liebe Genossen!
Vier Punkte!

Punkt 1: Seid ihr noch zu retten?

Punkt 2: Zur Diskussion um die Verstaatlichung möchte ich lediglich ein Zitat aus dem albanischen Buch „Zwei entgegengesetzte Linien in der Weltgewerkschaftsbewegung“ von Filip Kota (Verlag Roter Morgen, 1977) bringen: „Das Leben hat bewiesen, daß die vom bürgerlichen Staat durchgeführten „Verstaatlichungen“ kapitalistischer Betriebe und Monopole im Interesse des Monopolkapitalismus erfolgen und ihm dienen. Sie sind daher ein Betrug. Die Betriebe werden in Wirklichkeit verstaatlicht, wenn die Monopole in Schwierigkeiten stecken. Um diese zu überwinden, verlangen sie die Hilfe des bürgerlichen Staates. Verstaatlichungen werden auch vorgenommen, wenn die Monopolbourgeoisie daran interessiert ist, in anderen als den verstaatlichten Bereichen zu investieren, da dies höhere Profite verspricht. Es gibt ebenfalls viele Beispiele dafür, daß die Verstaatlichungen auf Kosten der Werktätigen durchgeführt werden.“

Die „Verstaatlichungen“ in den kapitalistischen Ländern erleichtern keineswegs die Lage der Arbeiterklasse, sondern verstärken im Gegenteil die Ausbeutung. Sie sind keine „Vergesellschaftung“ der Produktionsmittel, daher müssen sie vom Klassenstandpunkt aus, im Rahmen der allgemeinen Schwächung der Monopole und des Imperialismus, beurteilt werden. Sie außerhalb dieser Alternativen zu betrachten, ist Betrug.“

Punkt 3: Wer sind eigentlich die „Linken“? Ich erinnere mich noch sehr gut an die Diskussionen und den Kampf vergangener Jahre hinsichtlich der Einheit der Marxisten-

Leninisten. Es war für die Partei klar, gegen die Zersplitterung der revolutionären Kräfte die Parole „Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten“ zu setzen. Heute scheint das anders zu sein. Heute liest man im „Roten Morgen“ von dem Zusammenschluß „revolutionärer Sozialisten“ oder noch besser vom Zusammengehen aller „Linken“. Wer sind denn eigentlich die „Linken“? Wo fängt das an, wo hört das auf? Sind damit vielleicht auch die „Linken“ innerhalb der FDP gemeint? Das kann doch wohl nicht stimmen! Gibt es denn keine Definition der Klassiker Marx, Engels, Lenin und Stalin dazu, wer Kommunist ist? Oder meint der „Rote Morgen“, sich nicht mehr auf die Klassiker stützen zu müssen? Hat der „Rote Morgen“ vielleicht eine neue Ideologie entdeckt, eine „bessere“ als den Marxismus-Leninismus, nämlich den Linkismus?

Punkt 4: Was ist eigentlich der „Rote Morgen“? Bisher dachte ich, er ist das Zentralorgan einer kommunistischen Partei. Und das heißt für mich, daß er die revolutionäre Linie der Partei propagiert. Neuerdings scheint er sich zum Feuilletonblatt zu entwickeln; denn da werden auf der Leserbrief-Seite Zuschriften abgedruckt, bei denen ich mich frage, was die in dem Zentralorgan einer kommunistischen Partei zu suchen haben. Kann da jetzt jeder Hinz und Kunz auf dem Wege der Leserbriefe seine noch so verstaubten Ansichten verbreiten? Ich bin überrascht. Seit wann muß das Zentralorgan einer kommunistischen Partei jede Zuschrift, und sei sie auch noch so dumm, abdrucken?

Verzeiht! Ich mußte mal deutlich werden. Denn so, meine ich, geht das nicht weiter. Ich wiederhole also meine Frage: Seid ihr noch zu retten?!

Mit revolutionären Grüßen
H.Z., Berlin

Spendenkampagne 30000 DM für den RM

Alles wird teurer, nur der „Rote Morgen“ nicht. Diese wunderbare Erscheinung hat ihre Ursache darin, daß der Herausgeber der Zeitung, die KPD, das große Defizit für ihre kommunistische Wochenzeitung abdeckt.

Mehr als das zweifache des Verkaufspreises von 1 DM kostet ein Exemplar des „Roten Morgen“, wenn man alle echten Kosten einrechnet. Diese beginnen bei den Löhnen für die Redakteure und andere Mitarbeiter des Verlages, umfassen die Ausgaben für Zeitungsabos und Fachliteratur für die Redaktion, die anteiligen Büromieten, Heizungs-, Strom- und Telefonkosten, die für die Arbeit am „Roten Morgen“ aufgebracht werden müssen. Weitere Kostenfaktoren sind Verpackungsmaterial und Portokosten, die EDV-Buchhaltung — und natürlich nicht zuletzt die Satz-, Repro- und Druckkosten.

Eine eigentlich notwendige drastische Preiserhöhung kann abgewendet werden, wenn es gelingt, das zur Zeit bestehende Defizit, die „Subvention“ des „Roten Morgen“, durch die Partei zu senken. Der beste Weg wäre eine enorme Auflagensteigerung. Politisch sicherlich und auch ökonomisch der beste Weg. Doch die bevorstehenden Sommermonate und die realistische Einschätzung des „Marktes“ lassen diesen Weg als den einzigen nicht als sehr erfolgreich erscheinen. Darum wollen wir über eine Spendenkampagne alle Genossen, Freunde und Leser des „Roten Morgen“ auffordern mitzuhelfen, das Defizit des RM um 30000 DM zu reduzieren. Damit eine Preiserhöhung verhindert wird, und der notwendigen Verbreitung des „Roten Morgen“ nicht die „2-DM“-Hemmschwelle entgegensteht.

Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:
KPD 4600 Dortmund 30, Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Kto.-Nr. 6420-467

ROTER MORGEN MAI-AKTION RM zum halben Preis!



Jeder, der im Mai 1983 den „Roten Morgen“ abonniert, bekommt ihn zum halben Preis!

Also, ein Jahresabo ab 1. Juni für 30 DM, ein Halbjahresabo ab 1. Juni für 15 DM.

Name

Vorname

Straße

Plz./Ort

Hiermit bestelle ich das tolle Sonderangebot:

.....Abonnement/s ab 1. Juni 1983

0 für 1 Jahr (Nr. 22/83 - 21/84)

0 für 1/2 Jahr (Nr. 22/83 - 47/83)

0 Ich lege Post/Bankschenk bei über DM.....

0 Ich habe den Betrag von DM.....an den Verlag überwiesen

0 Ich bitte um Vorausrechnung

Bitte einsenden an: Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103 oder Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290; Postscheckkonto Dortmund 79600-461.

Zügig zurück zur Elite-Uni

Broschüre der KS:

Was bedeutet die Wende in Bonn für die Uni's?

Der Zusammenhang von Bafög-Streichung, Studiengebühren, Eliteausbildung, Technologietransfer, Stellenreichungen und vielem anderem mehr vor dem Hintergrund des real existierenden Kapitalismus in der BRD. Die Kommunistischen Studenten informieren und dokumentieren.



DIN-A4-Broschüre,

43 Seiten, 3,— DM.

Zu bestellen bei Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 46 Dortmund 30.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD

☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Drei Geldquellen

In dem DGB-Vorschlag werden zur Finanzierung der Investitionen drei Bereiche genannt, zu denen insgesamt 14 Vorschläge im einzelnen gemacht werden. Der Bereich Arbeitsmarktpolitik zeichnet sich dabei durch das übergroße Entgegenkommen an die Propaganda der Unternehmer vom geldgierigen Pseudo-Arbeitslosen aus, eine Passage, die schnellstens gestrichen werden sollte.

Ansonsten zeichnen sich die im Programm gemachten Vorschläge außer der Wiederholung der von Heinz Oskar Vetter bereits Mitte 1981 gemachten Vorschläge zu einer Ergänzungszuschlag (19), durch völlige Unkorrektheit aus. Wohl deshalb auch bemühte man sich in der DGB-Zentrale, dazu konkreteres auszuarbeiten. In dem bereits mehrfach zitierten Heft 10/82 der „WSI-Mitteilungen“ werden dann auch, im Anschluß an den erwähnten Höhn-Artikel, drei Arbeiten verschiedener Autoren abgedruckt, die im DGB-Auftrag nach konkreten Finanzierungsmöglichkeiten suchen. Die Stichworte: Kürzung im Rüstungshaushalt, Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und Abbau von Steuerrückständen (20).

Ohne Zweifel: Diese Vorschläge sind erstens wesentlich konkreter als die im DGB-Programm gemachten und auch aktueller. Sind aber auch zweitens besser, weil sie weniger einer Linie folgen „von überall ein bißchen“, sondern Schwerpunkte in durchaus richtigen Bereichen setzen.

Steuerliche Maßnahmen

Gegenüber dem Vetter-Vorschlag von 1981 mit der Ergänzungszuschlag, auf den wir noch eingehen werden, werden in dem Artikel „Zur Frage des Abbaus von Steuerfehlbeträgen“ im Zweck der Verbesserung der öffentlichen Haushaltslage“ von Dr. Tofaute, andere zusätzliche Schwergewichte, die auch von Vetter schon benannt waren, gesetzt. Es geht dabei um das konkrete Problem der real bezahlten Steuern, das neben solchen Rückständen noch den Bereich der Vergünstigungen usw. mit seinem ganzen Dschungel umfaßt, auf den wir ebenfalls noch eingehen werden.

Der Autor erarbeitet aus den offiziellen Angaben der Bundesregierung folgende aufschlußreiche Statistik: (21)

(Wirtschaftspolitische Alternativen — 4. Folge)

Wer soll das bezahlen?

Zu den Finanzierungsvorschlägen des DGB für sein Beschäftigungsprogramm

Nachdem wir bisher in drei Folgen unserer Artikelserie die verschiedenen Investitionsschwerpunkte, die der DGB für ein qualitatives Wachstum angibt, betrachtet haben, wollen wir nun, abschließend, die vorliegenden Ausführungen zur Finanzierung dieses 50-Milliarden-Programms genauer ansehen.

bei der Steuer von 6,76 Prozent. (22)

Dabei muß man noch beachten, daß Tofaute in seinem Artikel zum großen Teil dazu gezwungen ist, über die wirkliche, weitaus größere Summe der gesamten Rückstände und Fehlbeträge zu spekulieren, da es hier nur eine mehr als mangelhafte Information gibt. So verdientreich diese Analysen und Überlegungen sein mögen, es bleibt bei ihnen doch ein ganz entscheidender Mangel: Die Konsequenz.

„Der Beitrag sollte die Notwendigkeit verdeutlichen, daß das Problem der Steuerrückstände seitens der Finanzverwaltung energischer als bisher anzugehen ist. Sowohl vom fiskalischen Aufkommen als auch vom Grundsatz der Steuererechtigkeit her gesehen, handelt es sich hier nicht um eine zu vernachlässigende Erscheinung der Steuerwirklichkeit.“ (23)

Die praktische Konsequenz des Artikels ist neben dieser Forderung nach mehr Transparenz, die sich aus dem zitierten direkt ableitet, die Forderung nach höherer und nach einer Vollverzinsung solcher Rückstände, damit der Staat als billiger Kreditgeber ausfällt.

Sicher: Diese Forderungen sind nicht falsch. Aber auch hier erhebt sich doch die bescheidene Frage, ob es denn für den DGB in seiner Argumentation zulässig ist, den „Grundsatz der Steuererechtigkeit“ einfach so anzuführen, ohne ein Wort dazu zu verlieren, wie es denn mit der Steuerpolitik wirklich aussieht. Nicht, daß man an einem Wort alles aufziehen könnte, aber schließlich ist auch die Tatsache des Nichtvorhandenseins auch nur einer Spur von „Steuererechtigkeit“ auch keine zu vernachlässigende Erscheinung. Aber: Warum dann keine konkreten Forderungen? Warum keine genauen Vorschläge, sondern diese Art von moralischen Appellen an die Finanzämter? Wer hat den Autor, der mit seiner Arbeit doch gute Grundlagen schuf, hier wohl gebremst,

konsequent, wo der DGB allgemein und halbherzig bleibt.

Kriminell

„An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß sich der Bereich der Steuerhinterziehung einer Aufarbeitung in größerem Umfang entzieht, da ein Großteil der Angaben, selbst aus geführten Statistiken, wegen des Steuergeheimnisses dem allgemeinen Zugang entzogen sind.“ (24)

So faßt der Autor des dritten WSI-Artikels, Dr. Liebl, in seinem Beitrag „Finanzierung öf-

Tatsachen aber bleiben: In dieser Republik kann ein Bankrotteur, gegen den bereits ermittelt wird, zur selben Zeit schon wieder ein Unternehmen mit beschränkter Haftung eröffnen. Mit dieser begrenzten Haftungsweise ist aber auch verbunden, daß Wirtschaftsverbrechen wie Steuerhinterziehung oftmals nicht finanziell bestraft werden können, eben weil die betreffenden Summen verloren sind. Und insofern wäre dem Autor schon zu widersprechen, wenn er in seinen Schlußfolgerungen meint, daß neue rechtliche Schritte unnütz wären, sondern nur die bestehenden



Geld genügend ist da — der Kapitalexpert der großen Konzerne ist nur einer von vielen möglichen Beweisen dafür

fentlicher Ausgaben durch Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität“ seine Ausführungen über die Steuerhinterziehung zusammen.

Die Tatsache, die Dr. Liebl zusammengefaßt an die Öffentlichkeit bringt, werfen ein bezeichnendes Licht auf die Art und Weise, wie die Reichen in diesem Land ihre Steuern (nicht) bezahlen. So stieg die Summe des rechtskräftigen Mehrergebnisses bei der steuerlichen Betriebsprüfung von 1975 auf 1980 von vier auf sieben (rund) Milliarden Mark

Vorschritten besser verwirklicht werden müßten. Letzteres stimmt ohne Zweifel, die Beschäftigung mit Ladendiebstahl als Beispiel ist die verbreitetste in diesem Bereich. Trotzdem wäre eine Forderung in Richtung des unbeschränkten Haftzwangs für Bankrotteure und Steuerbetrüger zumindest überlegenswert.

Bittere Pille

Insgesamt sind diese, andert-

nerhalb des DGB, auch dort, wo über das Beschäftigungsprogramm diskutiert wurde, eine erstaunlich geringe Rolle gespielt. Wie überhaupt die gesamte Diskussion um die Finanzierung eines solchen Programms, die ja von entscheidender Bedeutung ist, wenn man wirklich praktisch an die Sache herangehen will, noch viel weniger geführt wurde als die auch schon sehr geringe Debatte um die Investitionsvorschläge des Programms selbst.

So wird in diesen beiden Artikeln zu den Steuern die Linie fortgesetzt, die schon im Programmvorschlag selbst vertreten war, die Sache nicht nur unklar zu halten, sondern auch von selbst ihren Realismus in Frage zu stellen.

Wachsweiß

Sicher: solche Forderungen wie nach Ergänzungsabgabe, Abschaffung des Freibetrags für Freiberufler, energischer Betreibung der Steuerrückstände, Einschränkung der Steuervergünstigungen nach § 6b und 6c des Einkommenssteuergesetzes, Umschichtung der Subventio-

de Rolle. „Stärkere Umschichtung der Modernisierungsförderung im Wohnungsbau in Form von Zuschußförderungen statt Sonderabschreibungen.“ So heißt — ohne nähere Ausführung — einer der Vorschläge zur Finanzierung aus dem Steuerbereich.

Ohne Zweifel ganz richtig. Denn: Ab 1974 gibt es eine staatliche Förderung zur Wohnungsmodernisierung, seit 1977 gilt das Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz. Dies hat dazu geführt, daß bis Ende der 70er Jahre rund eine dreiviertel Million Wohnungen zu Eigentumswohnungen wurden, wobei meist die § 7, Absatz 5 und § 9 des Einkommenssteuergesetzes angewandt wurden, die diese steuerlichen Zuschüsse ausgesprochen auf die Großverdiener einschränken.

Ohne hier die gesamten Affären und Tatsachen, die es um Modernisierung von Wohnraum in den letzten zehn Jahren in der BRD alle gab auch nur im entferntesten nochmals aufzählen zu können, von den großen Spekulanten bis zu den berüchtigten Berliner Abschreibemilliarden (an denen ja auch führende DGB-Funktionäre beteiligt waren), bleibt doch insgesamt festzustellen: All das war — im wesentlichen — eine beispiellose Quelle der Bereicherung und Steuerersparnis für die Reichen dieses Landes. Warum also die kraftlose Ausführung „stärkere Umschichtung“? Warum keine Kampfansen an die, die bisher mit allen Tricks so viel daran verdient haben?

Denn so wie hier ist das nichts anderes als eine erneute Neuaufgabe der alten Forderungen des DGB aus dem Grundsatzprogramm, wie sie beispielsweise auf dem DGB-Bundeskongreß 1978 nochmals unterstrichen wurde:

„Die staatliche Ordnungsfunktion und Ausgleichsfunktion auf dem Wohnungsmarkt ist daher eine Daueraufgabe.“ (26)

So kann man es auch sagen. Eine Daueraufgabe, die nicht zu lösen ist, muß man realistisch hinzufügen. Einmal unabhängig von den politischen Konzepten der verschiedenen aufeinanderfolgenden Regierungsparteien betrachtet: Dies wird so lange so sein, als man staatliche Hilfe zur Regulierung jener Mißstände einsetzt, die der private, von Spekulanten verschiedener Prägung beherrschte Wohnungsmarkt erzeugt.

Eine echte Finanzierungsquelle auf dem „Wohnungsmarkt“, die man, falls gewünscht, direkt in Verbindung mit einem neuen, öffentlichen Wohnungsbauprogramm setzen könnte, ist die gesamte Steuerfrage. Nicht durch ein Hin- und Herschieben, sondern durch klare, eindeutige neue Regelungen. Beispielsweise: Besteuerung von Grundbesitz nicht nach künstlichen Einheitswerten sondern nach dem aktuellen Wert — was der Spekulation mit Bauland rapide ein Ende setzt. Oder aber: Abschaffung sämtlicher Steuerersparnismodelle im Wohnbereich für die Bezieher hoher Einkommen. Wenn man sich nur einmal sehr grob die Milliardenwerte anschaut, die hier von den Reichen an Steuern gespart wurden und jährlich werden, dann genügt das zur Feststellung, daß hier eine große Quelle der Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms liegt.

Dies wären sowohl klare als auch eindeutige und damit realistische Forderungen. Damit müßte man aber die Samthandschuhe ausziehen und wirklich um ein solches Beschäftigungsprogramm kämpfen, anstatt immer wieder anzumerken, man habe ja einen Vorschlag gemacht.

Steuerfehlbeträge nach Ausfallarten

Stand am 30. 11.	Rück- stände	davon						Erlaß	Nieder- schla- gungen	Steuerfehl- beträge insgesamt
		gestundet		ausgesetzt		echte Rückstände				
		Mill. DM	Anteil in vH	Mill. DM	Anteil in vH	Mill. DM	Anteil in vH			
1	2	3	4 (= 3:2)	5	6 (= 5:2)	7	8 (= 7:2)	9	10	11 (2 + 9 + 10)
1970	3 338	594	17,8	1 351	40,5	1 394	41,7	60	476	3 574
1975	9 909	1 698	17,1	2 268	22,9	5 944	60,0	84	900	10 893
1976	10 138	1 328	13,1	2 056	20,3	6 754	66,6	58	1 141	11 337
1977	10 901	1 085	10,0	2 403	22,0	7 413	68,0	107	1 547	12 555
1978	11 016	1 077	9,8	2 709	24,6	7 231	65,6	66	1 480	12 562
1979	11 849	1 200	10,1	3 259	27,5	7 390	62,4	58	1 571	13 072
1980	13 356	1 202	9,0	3 982	29,8	8 172	61,2	57	1 609	15 420
1981	14 558	1 382	9,5	4 234	29,1	8 942	61,4	60	2 331	16 949

Die Summe von rund 17 Milliarden Mark, von denen also die direkten Rückstände immerhin 61,4 Prozent betragen, entspringt, bei einem Gesamtsteuerrückstand von rund 250,7 Milliarden (wobei hier Gemeindesteuern, Zölle usw. nicht beinhaltet sind, sondern jene Steuern, die von Bund und Ländern über die Finanzämter eingetrieben werden) einer Ausfallquote

als es um die Schlußfolgerungen geht? Die jetzige Bonner Politik geht bezeichnenderweise gerade in die umgekehrte Richtung, unter der Losung „Die Betriebe entlasten“ wird der Spielraum für die Unternehmer und Bezieher hoher Einkommen erweitert, was Vorauszahlungen und zeitliche Bedingungen betrifft. Wie man sieht, ist auch hier wieder die andere Seite konkret und

an(25). Dazu kommen noch über 700 Millionen, die von Zoll- und Steuerfahndung eingetrieben wurden. All das sind Steuern, die trotz des Schutzwalls „Steuergeheimnis“ (das es ja bekanntlich für Lohnsteuerzahler nicht gibt) als von Unternehmern zu wenig bezahlte Steuern, absichtlich zu wenig bezahlt, versteht sich, veröffentlicht wurden.

halb Jahre nach der Veröffentlichung des DGB-Programms verfaßten Ansätze zu einer Konkretisierung des Programms und seiner Finanzierung eine bittere Pille. Nicht, daß da nicht im einzelnen wichtige Tatsachen beleuchtet würden, auch überlegenswerte Vorschläge gemacht. Aber sie bleiben allesamt inkonsequent und halbherzig. Und sie haben, realistisch betrachtet, in-

Wieder: Wohnungsbau

Wie schon bei den Schwerpunkten der Investitionsvorschläge spielt auch bei der Finanzierungsfrage des Programms der Wohnungsbau eine entschei-

KIZIL SAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 21, 27 Mayıs 1983

Yıl: 17

1 DM

Bulundu

Uzun dönemden beri gizliliğini koruyan 41 biden "Dioxin" zehirinin nerede olduğu Federal Alman ve Batı Avrupa kamuoyunu yakından ilgilendiriyordu. 1976 yılında İtalya'nın Sevezo kentinde bulunan İsviçreli Hoffmann-La Roche firmasının şubesinde bir patlama meydana geldi. Bu patlama sonucunda "Dioxin" zehiri çevreye yayılarak insanlarda ve hayvanlarda çeşitli hastalıklara yol açtı. Örneğin bu patlama olayından sonra şehir halkında çeşitli deri hastalıkları, çocuk düşürmeler, çocukların sakat doğması vb. sık sık görülmeye başlandı.

Daha sonra çevreye yayılmış olan zehirli madde çeşitli yöntemlerle toplandı. Ve toplanan bu zehir artık 41 bidona doldurularak bilinmeyen bir yerde saklandı.

Olayın duyulmasının ardından kamuoyunda yükseltilen tepkiler sonucunda zehirli kimyasal maddenin nerede saklandığını açığa çıkarmak için çeşitli aramalar yapıldı. Nitekim uzun aramalardan sonra zehirli bidonların izine Fransa'da rastlandı.

Bugün Fransa'da açığa çıkarılan zehirli kimyasal madde pekâlâ Federal Almanya'da da saklanmış olabilir. Bunun için parmakla Fransızları göstermek ya da olayın üzerine sünger çekmek doğru olmaz. Bidonların Fransa'da ele geçirilmesi, bizim burada memnuniyet duymamız için bir neden olmadığı gibi, aynı şekilde bu, bu bidonlar F. Almanya'da da olabileceği tespiti karşı da bir tanıtı değildir. Görüldüğü kadarıyla, Fransız zehir tıccaretçileri, bidonların nerede olduğunu kendilerine rüşvet verildikten sonra söylediler. Çünkü mesele artık tekeller için pahalya mal olacaktı. Bunun için sorunu bir bütün olarak ber taraf edebilmek amacıyla rüşvet yedirme yolu seçildi.

Bu yolla hepisi olayı kısa yoldan atlatmak istemektedirler. Tekel (vergiden düşürülebilecek) para ödemekle daha pahalya mal olacak itibarının sarsmasını önlemeye, tutuklular para cezası ödeyerek canlarını kurtarmaya çalışmaktalar. Buna karşılık aldatılan ve dolandırılanlar ise kazadan doğrudan etkilenenler, tekellerin bu tür uygulamalarına karşı direnişi yükseltenlerdir.

Tüm yaşanan gelişmeler, şimdi bu tür uygulamalara karşı siyasi adımların atılmasının gerektiğini göstermektedir. Ve bunu çeşitli hükümetler kendiliğinden yapmak istememektedirler.

İşsiz sayısında bir azalma kaydedilmezken

Bankaların ve tekellerin kârları giderek artıyor

Bugünlerde Federal Hükümetin "ekonomik kalkınması"nın ne demek olduğu daha iyi bir şekilde anlaşılmaktadır: Büyük sermayenin kârlarının artış kaydetmesi. Bir yandan her geçen hafta Federal Almanya'daki yerli ve yabancı işsizlerin sayısında pek önemli bir düşüş olmadığını gösterirken, diğer yandan son iki yılda rekor kıran büyük bankaların kârlarının bu yılın Mayıs ayının ikinci yarısında açıklanan bilançolarına göre daha da arttığı görülmektedir.

Bunun için en belirgin örnek Bayerische Landesbank'ın elde ettiği kâr bilançosudur. Burada evvelki yıla göre faiz kârı geçen yıl yüzde 40 bir artış kaydederek 732 milyon Mark'a yükseldi. İşte bankanın yalnızca 52 milyon DM hissedarlarına kâr payı dağıtmakla kalmayıp, aynı zamanda ana sermayesini yükseltebilmesinin, yedek sermayesini artırabilmesinin esas nedeni budur.

Aynı şekilde Bayernhypo'su da bu yıl hissedarlara dağıttığı kâr payını yüzde 15'ten yüzde 18'e yükseltti. Tabi ki, o da bu "parlak sonuç" a faiz oranlarının yüzde 3,17 düzeltilmesi ile ulaşıldığını belirtti.

Deutsche Bank ise 1983 yılının ilk üç ayının bilançosunu henüz açıklamadı. Ancak yakın

geçmişte yapılan ana toplantıda, 1982 "yılından sonraki yıl" için de üretim sonucunda bir artışın izlendiği vurgulandı.

Aynı şekilde bu günlerde kamuoyuna açıklama yapan sanayi tekellerinde de aynı yönde bir eğilim gözlenmektedir. BMW AG yalnızca hisse sahiplerine dağıttığı kâr paylarını yüzde 20'ye yükseltmekle kalmadı, aynı zamanda edinilen 200 milyon Mark kârdan 90 milyon Mark daha yedek sermaye ayırdı. Buna karşılık "döner sermaye" ise 200 milyon DM'ye yükseldi vs. Yüzde 23 dolayında hissedarlara kâr paylarının dağıtıldığı Daimler Benz'de ise 1,6 milyar kâr edildi. Bu da geçen yıla göre tekelin kârlarının 120 milyon daha arttığı demektir.

Batı Alman devletinin yabancılar üzerindeki baskıları giderek artıyor

"Gitmek isteyenleri teşvik etmek mi, yoksa geri dönüşe zorlamak mı?"
3. Bölüm

2. Sayfada



Hannover'de MHP'li faşistleri koruyan

Polisler anti-faşistlere vahşice saldırdılar

Geçen hafta cumartesi günü MHP'li faşistler "Kültür Gecesi" adı altında Hannover'de bir toplantı düzenlediklerinde, buna karşı harekete geçen anti-faşistlere polis birlikleri gözü dönmüşçesine saldırdılar.

Faşistlerin gecelerinin engellenmesi amacıyla çeşitli örgütlerin yanı sıra içinde partimiz KPD'nin de yer aldığı anti-faşist komite bir çağrı yaptı. Ayrıca avukatları görevlendirerek faşistlerin toplantısının resmi yolla yasaklanmasını sağlamaya çalıştı. Ne var ki, avukatların bu yöndeki girişimleri yetkililer tarafından reddedildi.

Cumartesi öğlen 300'e yakın yerli ve yabancı anti-faşist "gecenin" yapılmak istendiği Stadthalle'ye giriş kapısını bloke ettiler. Yürüyüş kolu yönetiminin belediye başkanı Schmalstieg ve semt müdürü Schröder ile sürdürdüğü konuşmalarda onlar faşistlerin toplantısını engellemeyi reddettiler. Schröder'in açıklamasına göre, yapılması planlanmış olan bir diğer toplantı ise yoğun protestodan dolayı yapılamadı.

50 MHP'li faşist gece yerine geldiğinde, polis, çağrıya rağmen ablukayı dağıtmayan anti-faşistlere karşı vahşice saldırıya geçti. Özel Komando Birliği (SEK) memurları hedefli olarak ilticacıları ve yabancı, özellikle Türkiyeli sol örgütlere dahil olan anti-faşistleri yakalamaya çalıştılar. Yürüyüşçüler eylem yerinden polis birlikleri tarafından kovalandılar. Polislerden biri bir grup anti-faşistin üzerine ateş açmak istedi. Polis Birlikleri 27 anti-faşisti göz altına aldılar. Göz altına alınanların 2'sini Alman, 25'ini ise Türkiyeli anti-faşistler oluşturuyor. İki anti-faşiste karşı ise tutuklama kararı çıktı!

Polis daha sonra anti-faşistlere karşı kışkırtma kampanyasını başlatarak basına, sözümona anti-faşistlerden aldığı bazı "tehlikeli kesici ve batıcı aletleri" gösterdi. Gösterilen bu malzemeler arasında bir adet de "Kızıl Şafak" bulunuyordu.

İrkçi rejimin bir terörist eylemi daha:

Güney Afrika birlikleri Mozambik'i bombaladılar

Güney Afrikalı direniş savaşçıların hava kuvvetleri genel merkezine yaptıkları cesaretli bir eylem sonucunda 60 kiloluk bir bombayı atmalarından sonra, Güney Afrika Hava Kuvvetleri de buna misilleme olarak Mozambik'e karşı saldırıya geçti ve ülkenin başkenti Maputo'yu bombaladılar.

Güney Afrika Hava Kuvvetleri Genel Merkezi'ne yapılan bombalı saldırı yasaklanmış olan Kurtuluş Örgütü "Afrika Ulusal Kongresi" (ANC) üstlendi. ANC başkanı Oliver Tambo Kenya'nın başkenti Nairobi'de yaptığı bir açıklamada, Güney Afrika Hükümeti "ırkçı baskılarında silahları" da kullandığından dolayı, "örgütün şiddetsizlikten şiddet eylemlerine geçtiğini" belirtti. Bu politikanın hedefinin askeri merkezlere karşı saldırılara geçmek olduğunu ve sivilleri değil, baskı sistemini hedeflediğini vurguladı.

Güney Afrika'dan kaçan siyasi sığınmacılara sık sık sığınma hakkı tanıyan komşu ülkelere karşı eşi görülmemiş bir kışkırtma kampanyası başlatan Güney Afrika ırkçı hükümeti, Maputo'ya karşı bombalı saldırıyı hazırladı.

Saldırıların haklı çıkarmaya çalışan Güney Afrika Savaş

Bakanı, Maputo'da ANC'nin "askeri ve sabotaj tesislerinin" ve "Mozambik ordusunun terörist tesislerin korunması için füze bataryalarının" bulunduğu ileri sürdü.

Ulaşımın yoğun olduğu bir saatte Mozambik'in başkentine karşı bombalı saldırıya geçen Güney Afrika Hava Kuvvetleri beş kişiyi katletti, bir çoklarını ise yaraladılar. Bu saldırıyla Güney Afrika ırkçı hükümeti ülke içindeki azgıncı baskılarına karşı dikkatleri başka yöne kanallandırmayı, Güney Afrika'daki kurtuluş hareketini dıştan yönlendirilen bir hareket olarak karalamayı amaçlamaktadır. Ayrıca girişilen bu bombalı saldırıyla tüm Afrika devletlerinin korkutulması, Güney Afrika'nın üstünlüğünün sergilenmesi ve ülkedeki muhalefeti destekleyen tüm girişimlerin bu tür askeri eylemlerle cevaplandırılacağı izleniminin uyan-dırılması hedefi güdülmektedir.

Bad Hersfeld'de yürüyen 8 bin anti-faşistin talebi:

„Naziler köy ve şehirden defolun!“

Geçen cumartesi günü SS-tümenleri olan "Leibstandarte Adolf Hitler" ve "Hitlerjugend"de yer alan eski Naziler Bad Hersfeld'de bir buluşma yapmak istediler. Bunun üzerine Alman Sendikalar Birliği, DGB bir eylem koydu. DGB'nin, çağrısına uyan 8 bin yerli ve yabancı anti-faşist Nazilere karşı yürüdü.

Wiesbaden'deki SPD'li Adalet Bakanı'nın desteğini de alan Bad Hersfeld Belediye Başkanı CDU'lu Boehmer beşinci kezdir Nazilere toplanma salonu vermektedir. Bu yıl bu ortamdan ve yoğun polis koruyuculuğundan faydalanarak Michael Kühnen'in ANS/NA Nazi teröristleri de kısa bir gösteri yaptı ve Bad Hersfeld'de bir "Yandaşlık Grubu" oluşturdular.

Diğer yandan bu yıl düzenlenen anti-faşist yürüyüşüne katılımı Bad Hersfeld hiç bir zaman yaşamamıştı. Çok sayıda sendikacı, DGB Hessen Örgütü Başkanı Richert, Kassel SPD milletvekili Peter, Nazilerin takibatına uğrayan ülke içinde ve ülke dışından bir çok kişi de yürüyüşçüler arasında yer alıyordu. Aynı şekilde sanatçılar da bu yürüyüşe katılmışlardı. Bunlardan bazıları Nazi buluşmasını protesto amacıyla Hersfeld Festivali'ne katılımı reddettiler.

Yürüyüşün bitiminde yapılan mitingte konuşmacılar faşist katillerin gövde gösterisi yap-

malarına izin verilmesini sert bir şekilde hahkum ettiler. Konuşmacılardan Jochen Richert, Nazilerin silah zoruyla teslim alındıklarını hatırlatarak, Nazilere ve onları teşvik edenlere karşı direnişe çağrı yaptı. Aynı



şekilde sanatçılar adına konuşan Eva Renzi de aynı görüşlere yer verdi. DGB Hessen Eyalet Başkanı Richert ayrıca "tüm Nazi-faşist gruplarının dağıtılmasını ve yasaklanmasını" talep etti. Faşist Kühnen'in sürdürdüğü çalışmalar bu talebin gerekliliğini ortaya koymakta ve bunun mücadeleye atılmadan gerçekleştirilemeyeceğini, eylemin düzenlendiği gün Nazilerin korunması amacıyla yapılan ve anti-faşistleri hedefleyen polis seferberliği çok açık bir şekilde göstermektedir.

Batı Alman devletinin yabancılar üzerindeki baskıları giderek artıyor

3. Bölüm

“Gitmek isteyenleri teşvik etmek mi, yoksa geri dönüşe zorlamak mı?”

Yazı dizimizin bir önceki bölümünde, Batı Alman devletinin yabancıları ülkeyi terk etmeye zorlamak için uyguladığı baskılara, sözümüne “teşvik primleri”nin neler olduğuna değindik ve Türkiye’deki faşist cunta ile yapılan pazarlıkların ardında hangi gerçeğin yattığına bir giriş yaptık. Yazımızın son bölümünde ise Türkiye’deki faşist cunta ile sürdürülen pazarlıkların ardında hangi somut planların bulunduğu, cuntanın işçi dövizlerinin girişini artırmak için hazırladığı tuzaklara ve bu sorunda izlenmesi gereken doğru yolun ne olduğuna değineceğiz.

Ankara’daki faşist generaller çetesi, Türkiyeli göçmen işçilerin F. Almanya’da “masrafa yol açan” kesiminin geri gönderilmesinde en önemli döviz kaynakları ellerinden gitmiş olacağından dolayı, Federal Alman Hükümeti yetkilileri ile pazarlık masasına oturdular. Çünkü Türk hakim sınıfları ve onların Ankara’daki siyasi temsilcileri bir yandan dövizlerini gelecek için de garantilemeyi amaçlarken, diğer yandan ise işçilerin belirli bir kesiminin geri gönderilmesinde de kendilerine bir kırıntı payı almak istemektedirler.

Bunun için, özellikle de Kohl Hükümeti geçen yıl başa getirildiğinden bu yana faşist cuntayla hızlı “pazarlıklar” başladı. Örneğin ilkin Saar Bankası Başkanı ve FDP Saarland Eyalet Başkanı Werner Klump başkanlığında bir heyet Türkiye’ye gitti. Faşist çete ve onun Danışma Meclisi’nin çeşitli bakanları ile diğer şeylerin yanında Türkiyeli işçilerin geri dönüşleri üzerine görüştüler.

Klump’un başkanlığındaki heyetin yaptığı ziyaretin ardından uzun bir zaman geçmeden Batı Berlin CDU’lu Belediye Başkanı Richard von Weizsäcker Ankara’ya gitti. Onun bu ziyaretini ise Federal Ekonomi Bakanı Lamsdorff’un yaptığı ziyaret izledi. Gene bunları ise Federal İçişleri Bakanı Zimmermann’ın ve Strauss’un önmüzdeki dönemde yapacakları ziyaretlerin izlemesi öngörülmüyor.

Kuşkusuz ki, yapılan ziyaretlerin hepsinin ortak amaçlarından biri Federal Almanya’daki göçmen işçilerin “masrafa yol açan” kesiminin geri gönderilmesinde faşist cuntanın da kesin desteğini sağlamak ve cuntayla bir kırıntı payı üzerinde bir görüş birliğine varmak oluşturmuyor.

Ve cuntayla yapılan her pazarlık görüşmesinin ardından her iki tarafa “Türk işçilerinin zorla geri gönderilmeyecekleri”, “Türk işçilerinin kendi istek ve iradeleri dışında dönüşe zorlanmayacakları”, bunun için “tedirgin olmaya gerek olmadığı” nakaratını tekrarlayıp durmaktadırlar.

Ancak gerek Federal Hükümet’in gerekse diğer Federal yetkililerin “kimsenin zorla geri gönderilmesinin düşünülmmediği” açıklamalarının sahte bir açıklama olduğuna ve bu şirin sözlerin ardında hangi zorlayıcı adımların atıldığını ayrıntılı olarak değindik. Bunun için şimdi sadece Kohl Hükümeti’nin biz yabancılarla karşı çıkarmak istediği yasa ve yönetmeliklere bakmak dahi onların kimseyi “zorla geri göndermeyeceklerinin” ne denli sahte bir şey olduğunu göstermeye yeter de artar bile.

Faşist cuntanın işçi dövizlerini çekme tuzakları

Diğer yandan Ankara’daki faşist generaller çetesi Türkiyeli göçmen işçilerin dövizlerini çekmek için çeşitli yollara baş vurmaktadır. Örneğin işçi dövizi girişlerinin giderek azaldığını (son açıklamaya göre geçen yıla kıyasla bu yılın ocak-şubat aylarında 53 milyon Dolar azaldığı belirtilmektedir) gören kompador burjuvazi, toprak ağaları ve onların siyasal temsilcileri, işçi dövizlerini çekmek için çeşitli tuzaklar hazırladılar. Bu tuzaklar, işçilere sözümüne “ucuz yapı, tarım kredisi”, “işçi şirketlerine ortak olarak patron olma”dan tut, barajlara, köprülere ortak etmeye kadar uzanmaktadır. Ancak bu tuzakların da etkisinin pek büyük olmadığını gören faşist generaller yeni cambazlıklara başvurdular. Örneğin Türkiye’de yurtdışındaki işçilerin ilk ve ortaokul çağındaki çocukları için dövizli yatılı okulların açılmasını önerdiler. Bir yandan Federal Almanya’da çalışan Türkiyeli göçmen işçilere yeni tuzaklar hazırlayarak dövizlerini çekmeye çalışan faşist çete, diğer yandan ise işçiler arasında patron olma hayallerini yayararak, onları burada kazandıkları hakları uğruna mücadele sürdürmeden, Federal Almanya’daki haklarını savunma mücadelesinden alıkoymaya çalışmaktadır.

Gerek Türkiye’deki yetkililer gerekse Federal Alman yetkilileri yoğun propagandasını yürüterek, geri dönmek isteyen, daha doğrusu geri dönüşe zorlanan Türkiyeli işçilerin işçi şirketlerine ortak olmalarını sağlamaya çalışmaktadırlar. Ancak bugüne değin yaşanan tüm gelişmeler bu şirketlerin de boş bir hayal olmaktan öteye gitmediğini gösterdi. Nitekim şimdiye değin kurulan bir dizi “işçi şirketleri” iflas etti, diğerleri ise iflasın eşiğinde bulunmaktadır.

İşçi şirketlerine ve diğer işletmelere “ortak etme” önlemlerinin de pek büyük bir etki yapmadığını gören ve bu yolla da işçi dövizlerinin girişinin artmasını sağlayamayan Türkiye’deki hakim sınıfların siyasal temsilcileri şimdi ise Kohl Hükümeti’nin geri dönmeye zorladığı Türkiyeli göçmen işçilerin ağır ve zor şartlar altında çalışarak hak ettikleri ve bugün Kohl Hükümeti’nin üzerine yatarak yalnızca bir kısmını ödemek istediği sözümüne “teşvik primi”ne doğrudan el koymayı amaçlamaktadır. Bunun için faşist generaller işçilere ödenilmesi öngörülen ihtiyarlık sigortası “primleri”nin sosyal

sigortalara aktarılmasını ve karşılığının Türkiye’deki en yüksek işçi emekli aylığının üstünde olmaması kaydıyla Türk Lirası olarak ödenmesini istiyorlar. İşte son dönemlerde faşist cuntayla Federal Alman heyetleri arasındaki “pazarlık” noktalarından birini de bu oluşturmuyordu. Şimdiye değin yapılan uygulamaya karşılık faşist generaller çetesi Federal Alman Emeklilik Sigortası’nda birikmiş olan işçi primlerinin kendilerine ödenmesi yerine, bunun doğrudan Türkiye Sosyal Sigortalar Kurumu’na (SSK) aktarılmasını öneriyorlar. Aynı zamanda edinilen bazı bilgilere göre ise Federal Hükümet, Federal Alman emeklilik Kurumları’nda birikmiş olan işçi primlerinin tümünü, işveren payının ise yüzde 30-40 arasında bir bölümünü aktarma koşulunu öne sürüyor. Henüz kapalı kapılar ardında sürdürülen ve kesinleşmemiş olan bu uygulamanın gerçekleştirilmesi durumunda SSK geri dönüşe zorlanan Türkiyeli göçmen işçilerin sırtından ek bir kâr vurmuş olacaktır. Çünkü faşist cuntanın sosyal sigortalara aktarılmasını istediği bu “primlerin”, Federal Almanya’da Türkiyeli göçmen işçinin hakkettiği emeklilik aylığı miktarının Türk Lirası karşılığı değil, tam tersine Türkiye’deki en yüksek işçi emekli aylığı üzerinden ödenmesi öngörülmüyor. Bir örnek vermek gerekirse: Federal Almanya’da 1000 DM emeklilik aylığı almaya hak kazanmış olan bir emekli Türkiye’de en fazlasından ayda 30-40 bin Türk Lirası arasında bir para alabilecektir. Böylece SSK Türkiyeli göçmen işçiye ödenmeyen ve alma hakkı olan parayı cebinde indirmiş olacaktır. Aynı şekilde faşist cunta “işsizlik vb. primlerin, çocuk paralarının” da doğrudan kendi denetimlerine verilmesi için bazı önlemler düşünüyor. Ancak bu önlemler henüz kesinleşmiş değildir.

Üç beş Markla Türkiye’de yaşamını garantileme umudu

Gerek faşist cuntanın tuzaklarına düşen ve burada biriktirdiği üç beş kuruşla, gerekse emeklilik sigortasından alacağı üç beş kuruşluk primleri ile Türkiye’de garantili bir yaşam kurabileceği umudunu besleyen bir çok işçi arkadaş bundan yanılmaktadırlar.

Burada biriktirdiği parayla ya da alacağı emeklilik sigortasındaki kendi prim payı ile en fazlasından bir kaç yıllığına yaşamını garantilemiş olabilir. Peki sonrası? Örneğin geçen yılın aralık ayında Devlet Planlama Teşkilatı’nın yaptığı bir açıklamaya göre Türkiye’ye döndüklerinde yalnızca yüzde 14,7’sinin ücretli olarak çalışmayı düşündüklerini, ancak yurda döndükten sonra ise yüzde 41,8’inin ücretli olarak çalışmak zorunda kaldığı belirtilmektedir.

Ayrıca aynı istatistikte yurda döndüklerinde işveren olarak çalışmayı tasarlayanların oranının yüzde 2,2 olduğu,

ancak bu tasarıyı yalnızca yüzde 0,7’sinin gerçekleştirebildikleri yazılıdır. Bu verdiğimiz küçük bir örnek bile çeşitli hayallerle burada kazandıkları hakları almadan ya da almak uğruna mücadele sürdürmeden Türkiye’ye dönen göçmen işçilerin, başlangıçta edindikleri bir çok hayalin, tasarıların boş bir şey olmaktan öteye gitmediğini göstermektedir.

Diğer yandan Türkiye’ye döndüğünde bir iş bulabileceği umudunu besleyenler de çok. Ancak gerçek şudur ki, Türk patronlarının genç, dinamik işçiye ihtiyaçları vardır. Oysa ki, bu gün geri dönen Türkiyeli göçmen işçilerin posası Batı Alman burjuvazisi tarafından çıkarılmıştır. Bunlar artık başlangıçta sahip oldukları sıhhat derecesini yitirmişler. Bunun yanı sıra bugün Türkiye’de milyonlarca insan işsizdir. Ve Çalışma Bakanı Esener bu yılın 1 Mayıs’ında MESS toplantısında yaptığı bir konuşmasında “işsizliğin maalesef daha da” artacağını belirtti.

Gene Devlet Planlama Teşkilatı’nın yaptığı bir açıklamaya göre Türkiye’ye kesin dönüş yapan işçilerin yüzde 6’sının bir iş bulamadığı ve işsiz kaldığı vurgulanmaktadır ki, gerçek rakamlar resmi istatistiklerde belirtilenden daha da yüksektir. Bu anlamda burada kazandığı hakların büyük çoğunluğunu almadan Türkiye’ye geri dönen işçilerin emeklilik sigortasındaki aldıkları primleri ve biriktirmiş oldukları üç beş kuruş para ile orada geleceklerini garanti altına alabileceği umudu bir çokları açısından boşa çıkmaktadır. Ancak sorun sadece bununla sınırlı kalmamakta, aynı zamanda geri dönen bir işçi yıllar boyunca çalışarak almaya hakkettiği emeklilik aylığından ve diğer sosyal haklarından da olmaktadır.

Ne yapmalı?

Partimiz, Almanya Komünist Partisi, KPD, krizden ve artan işsizlikten bağımsız olarak, ülkesine dönmek isteyen bir yabancının Federal Alman İhtiyarlık Sigortası’nda birikmiş olan işçi-şöven priminin tümünün ülkesine aktarılmasını ve orada kendisine Federal Almanya’da da kalmış olsaydı alacağı emeklilik aylığının tam karşılığının ödenmesini talep etmektedir. İşçinin dönmek istediğinde burada kazandığı tüm haklarının yapılacak anlaşmalarla ülkesine transfer edilmesini savunmaktadır.

Diğer yandan Federal Hükümet’in yabancı işçilerin “masrafa yol açan” kesimlerini zorla geri gönderme çabaları, Federal Almanya’da bir bütün olarak Batı Alman işçi sınıfı ve emekçi halkına yöneltilen saldırıların bir halkasıdır. Batı Alman kapitalistleri ve onların koyu hükümeti kendilerinin sorumluları oldukları bunaltının faturasını yerli ve yabancı işçilere ödetmeye çalışmaktadırlar. Bir yandan her türlü sosyal haklar, işsizlik parası kısıtlanırken, diğer yandan ise siyasi baskılarda giderek artmakta ve çılgınca silahlanılmaktadır. Bu anlamda Batı Alman hakim sınıfları, bir zamanlar kendileri için ucuz işgücünü oluşturan, ama bugün yabancıların çalışmayan kesimlerini “masrafa yol açan” bir faktör olarak ele aldıklarından dolayı bu kesimi göndererek tasarruf yapmayı amaçlamaktadırlar. Diğer bir deyişle, onlar ihtiyaç duydukları dönemde yabancı işçileri getirecek, ucuz iş gücü olarak çalıştırdıkları ve muazzam kârlar sağladıkları gibi, şimdi ihtiyaçları olmayan kesimini geri gön-

dermekle de, onların haklarının üzerine yatarak ek bir kâr sağlamak istemektedirler.

Bu anlamda Batı Alman kapitalistlerinin saldırılarına boyun eğerek, tüm hakları onlara teslim etmek temelinde Federal Almanya’yı terk etmek yerine, tüm haklarımızı elde etme uğruna mücadele sürdürmeli, bu mücadeleye Alman sınıf kardeşlerimizin desteğini sağlamalıyız. Bugün yabancı düşmanlığına, Kohl Hükümeti’nin ve resmi makamların zorla geri gönderme girişimlerine ve saldırılarına karşı mücadeleyi eşit siyasi, sosyal, ve ekonomik hakları elde etme mücadelesiyle birleştirmeliyiz. Unutmamalıyız ki, bugün Batı Alman hakim

sınıflarının biz yabancı işçilere karşı saldırıları, Batı Alman işçi sınıfının birliğini bölmek, mücadele gücünü zayıflatmak içindir. Bu anlamda Alman sınıf kardeşlerimizle tek sınıf, tek mücadele cephesinde yer alarak bir yandan bir bütün olarak işçi sınıfının mevzilerinin elinden alınmasına karşı mücadeleyi yoğunlaştırırken, diğer yandan ise Alman sınıf kardeşlerimizin de desteğini alarak eşit siyasi ve sosyal hakları gerçekleştirme mücadelesini yoğunlaştırmalıyız. Çünkü sınıfın bir parçası olan biz göçmen işçilerin, siyasi olarak eşitsiz bir konumda olması siyasi gericiliğe hizmet eder.

YERLİ VE GÖÇMEN İŞÇİLERE ÇAĞRI

Ülkende sen işsiz kaldın
Onun için Göçmen oldun
Güler yüzle karşılandın
Hor görülen Göçmen İşçi.

Fabrikada mal üreten
Lokomotifli yürüten
Dünya’yi baştan yaratan
Sınıftır yerli işçi.

Yalvardılar, çağırdılar
En zorundan iş verdiler
Darıldılar, bağıldılar
Nedeni ne Göçmen İşçi?

Burjuvazinin O enayı
Sana vermiştir sus payı
Yutmak istiyor Dünya’yı
Bunu anla yerli işçi.

Gücünü satın aldılar
Emeğine göz koydular
Yerli, Göçmen ayırdılar
Nedeni ne Göçmen İşçi?

Her ayda bir zam gelir
Hayat daha zorlaşıyor
Bu da seni bunaltıyor
Sebebi ne Yerli İşçi?

“İşçilerin Vatanı yok”
Bu düzende sorunu çok
Düşmanın karşısına çık
Yerlilerle Göçmen İşçi.

Burjuvazi bizi ezer
Kendisine mezar kazar
Aramıza sınır çizer
Yık, sınırı Yerli İşçi.

En pis yerde yatıyorsun
Var gücünü satıyorsun
Unutmaki, bir metasın
Doğrusu bu Göçmen İşçi.

Talan olmuş emek gücün
Sor hele, kendine niçin?
Örgütlenmek midir suçun?
O hakkındır Yerli İşçi.

Burjuvazi hakkın yedi
Seni yerliden ayırdı
“AUSLÄNDER RAUS” dedi
Duymadın mı Göçmen İşçi?

Irk, Din farkı gözetmeden
Birlikten örgütlenmeden
Sömürüyü yok etmeden
Kurtuluş yok, Yerli İşçi.

Somut düşmanlara karşı
Tek Partide ver savaşı
Yerli emekçi kardeşi
Bas bağına Göçmen İşçi.

Sabırlıdır Proleter
Ezilene çağrı yapar
Çektiğimiz artık yeter
Tek Partide BİR LE ŞE LİM.

Manheim’den bir KIZIL ŞAFAK okuyucusu

Federal Anayasa Mahkemesi'ne göre

“İşkence görmek iltica nedenini oluşturmuyor!”

Federal Anayasa Mahkemesi, 18 Mayıs'ta aldığı bir kararıyla işkence görenin Federal Almanya'da sığınma isteminde bulunmak için bir neden olmadığını kararlaştırdı. Böylece F. Anayasa Mahkemesi bir yandan siyasi görüşlerinden dolayı işkence gören bir dizi insanın Federal Almanya'ya sığınma hakkını ellerinden alırken, diğer yandan ise işkenceleri meşrulaştırmaktadır.

Federal Anayasa Mahkemesi bu kararı almadan önce, Kassel'deki Hessen ve Mannheim'deki Baden-Württemberg Yüksek Eyalet Mahkemelerinin iki Kürtün işkence görmesinin ve hakarete uğramasının sığınma için bir neden olmadığı kararını görüştü.

Türkiye-Kürdistan'ından gelen iki sığınmacı, sığınma ifadelerinde bağımsız bir Kürt devletini savunduklarından dolayı Türkiye'de işkence gördüklerini ve hakarete uğradıklarını belirtmişler. Ancak sığınma davasına bakan gerek Mannheim'deki Baden Württemberg gerekse Kassel'deki Hessen Yüksek Eyalet Mahkemeleri onların bu gerekçelerinin sığınma için yeterli bir nedeni oluşturmadığını kararlaştırmıştı. Hatta onlar daha da ileri giderek ve Türkiye'deki faşist cuntadan daha da cuntacı kesilerek işlenmiş bir suçu aydınlatmak için işkence yapılabileceğini savunmuşlar. Her iki mahkemenin de Türkiye'deki faşist cunta tarafından siyasi görüşlerinden, Kürt olmalarından dolayı işkence yapılmasının sığınma için yeterli olmadığını kararlaştırmaları üzerine, iki Türkiye-Kürdistanlısının avukatları Federal Anayasa Mahkemesi'nde bu karara karşı itirazda bulundular.

İki Türkiyeli sığınmacının avukatlarının yaptığı itiraz üzerine Batı Berlin'deki Federal Anayasa Mahkemesi'nin 9. Senatosu itiraz dilekçesini inceledi. Federal Anayasa Mahkemesi'nin 9. Senatosu, işkencenin insanlık onurunu çiğnemesi anlamına geldiği, ama bunun her şart altında siyasi sığınma için yeterli olmadığı

kararını aldı. Mahkeme devamlı Federal Almanya'ya sığınmanın ancak siyasi bir takibati oluşturması durumunda söz konusu olabileceğini kararlaştırdı. Alınan bu kararla böylece Federal Anayasa Mahkemesi bir yandan siyasi görüşlerinden, Kürt olduklarından dolayı faşist cuntanın takibine ve insanlık dışı hakaretlere uğrayan, işkence gören birisinin Federal Almanya'ya iltica etme-

si imkânsız kılınırken, ve bu yönde ifade veren anti-faşistlerin faşist cuntaya teslim edilmesi imkânı yaratılırken, diğer yandan ise işkenceler meşrulaştırılmaktadır.

Şimdiye değin yaşanan tüm olaylar, dünyanın bir çok ülkesinde işkencenin, insanlık onurunu zedeleyici hakaretlerin genellikle ve esas olarak siyasi görüşlü insanlara, bir ülke sınırı içinde yaşayan çeşitli uluslara mensup olan ve söz konusu ülkede baskı gören insanlara yapıldığını defalarca kanıtlamıştır. Ve bugüne değin pek nadiren,örneğin bir hırsızın çaldığı maldan dolayı işkence yapıldığı duyulmuştur.

Diğer yandan Federal Anayasa Mahkemesi iki Türkiye-Kürdistan'ından olan sığınmacının hakkında her iki yüksek

“Ulusal Protesto Günü”nde:

Şili'de iki yürüyüşçü katledildi



Şili'de askeri diktatörlüğün 10. yılını doldurmasına kısa bir süre kala şimdiye değin ülke çapında en büyük protesto eylemleri düzenlendi. Giderek derinleşen ekonomik kriz—nüfusun yüzde 30'u işsizdir—artan azgınca baskılar bu tür protesto eylemlerinin düzenlenmesine yol açtılar. Yapılan bu eylemle, halkı “ekonomik, sosyal ve siyasi yönden ezen” bir sisteme karşı protesto edilmesi amaçlanıyordu.

Protesto yürüyüşüne başlangıçta maden işçileri sendikası çağırısı yapıldı. Sendikaların 11 Mayıs 1983 tarihine 24 saatlik bir genel greve çağırısı yapması üzerine, faşist Pinoşet'in birlikleri harekete geçtiler.

Bunun üzerine sendikalar genel greve çağırısı geri aldılar. Ve bunu “biz giderek güçlenen işçi örgütlerinin orduyla bir karşı karşıya gelmede gene dağıtılması tehlikesini göze almak istemiyoruz” şeklinde gerekçelendirildi. Böylece başlangıçta bir genel grev olarak yapılmaması planlanan eylem daha sonra ülke çapında “ulusal bir protesto gününe”, bir itaatsizlik gününe dönüştürüldü.

Sendikaların bu boykot çağırısına ülkenin bir çok bölgesinde emekçi halk tarafından uyuldu. Şili'nin başkenti Santiago'da ve maden ocaklarının bulunduğu bölgelerde çocuklar okula gitmediler. Bir çok mağazada ve resmi dairelerde memurlar işi yavaşlatıldılar ve büyük sanayi merkezlerinde işçiler sessiz yürüyüşler yaparak fabrikara gittiler.

Oluşturulan araba konvoyları ile ulaşım aksatıldı ve korna çalınarak şehir içinde gezildi. Güney Şili'de bulunan petrol şehri Punta Arenas'ta işçiler nakliyatı bloke ettiler. Öğren-

eyalet mahkemesinin verdiği kararları yeniden görüşmek üzere geri çevirdi. Anayasa Mahkemesi bu kararını, Kürtlerin Türkiye'de takibe uğramasında Cenevre Anlaşması'na göre siyasi takibin olup olmadığının araştırılmasıyla gerekçelendirmektedir.

Federal Anayasa Mahkemesi'nin aldığı bu deşet yaratıcı ana karara karşı protestolar yükseltilebilir. Çünkü bu karar, işkencelerin dünyanın bir çok ülkesinde siyasi görüşlü insanlara yapıldığı apaçık olmasına rağmen, bunların bir sığınma gerekçesi olmadığını içermekte ve böylece sığınma isteminde bu yönde gerekçe gösteren anti-faşistlerin sınır dışı edilmelerini ve kendilerini takip eden faşist cellatların eline verilmesini olanaklı kılmaktadır. Bu aynı zamanda Federal Almanya'da zaten giderek sınırlanmış olan iltica yasasının ortadan kaldırılmasına yönelik atılan bir adımdır. Bu ana karar gelecekte çeşitli alt mahkemelerin bu yöndeki iltica gerekçelerini ayrıntılı olarak incelemeyi reddetmelerinin imkânını yaratmaktadır.

Maden sanayinde toplu sözleşmeler imzalandı

Maden işçilerinin sırtına yeni bir “yük” daha bindirildi

Taşkömürü dalında imzalanan toplu sözleşme görüşmelerini IG Bergbau und Energie sendikasının toplu sözleşme sorumlusu Hans Alker, “Biz genel maaş gelişimine bağlantıyı kaybetmedik” şeklinde yorumladı.

Onun bahsettiği bu bağlantı öylesine bir bağlantı ki, bu yüzde 3 sınırının oldukça altında bulunmaktadır. Diğer yandan o söylediğinde pek o kadar haksızda değildir. Nitekim genel ücret gelişimi yukarı doğru değil, tam tersine aşağı doğru bir yol izlemektedir. Ve o tamda bu aşağıya doğru bağlantıya ayak uydurdu! Sendika ağalarına göre bu brans da “krizden ağır bir şekilde etkilenen” bir sektör olduğuna göre, burada ücret anlaşmalarında daha da itinalı davranılması gerekiyordu. Aynı yönde bir adım çelik sanayisinde de atılmıştı. Sonuç: Ruhr bölgesinin “Cumhuriyetin yoksullar evi” yapılmasına yönelik bir adım daha atıldı.

Bu anlaşmanın diğer bir sonucu ise, maden işçilerinin giderek daha sıkı bir şekilde “fedakârlık yapma” girdabına vurulmalarıdır. Yapılan bu toplu sözleşme anlaşmasına ilişkin basındaki yankı oldukça açıktı. Sosyal demokrat yanlısı olan “Westfälische Rundschau” gazetesinde, maden işçilerinin bu ağır yükü, duruma karşı sorumlu davranmak için göze aldıkları yazılıydı. Galiba bu, çelik işçilerinin yıllardan beri verdikleri sözüme “ön tavizler” kategorisine dahildir. Ancak bu ön tavizler karşı tarafın da daha

sonra bir takım tavizler vermesi temeline yapılmıyor, tam tersine, sürekli tek tarafın, yani işçilerin fedakârlık yapması temeline yürümektedir. Bu tür bir gelişme bugün giderek daha güçlü bir şekilde izlenmektedir. Çünkü kömür ocaklarının kapatılacağı üzerine söylentiler borsası ile bu daha da tahrik edilmektedir.

Kuşkusuz ki, maden işçilerinin üzerine bir yük daha bindirildi. Ancak onların buna ne kadar hazır oldukları kendilerine sorulmadı bile. Nitekim hangi yönde bir toplu sözleşme sonucuna ulaşılması gerektiği daha başından belirlenmişti. Bu taktığın aynısını IG Kimya Başkanı Rappe de uygulamıştı. O, hiç bir kesin talep ileri sürmeden toplu sözleşme görüşmelerine giriş yaptı. Başlangıçta gerçek ücretlerin garanti edilmek istendiğinden dem vuruldu. Ancak bu hiç bir şekilde gerçekleştirilmedi. Bunu gerçekleştirmek için en küçük bir girişimde dahi bulunulmadı. Diğerleri savaş çılgınlıkları atar ve bunun için pek büyük bir girişimde bulunmazken, IG Bergbau ise bunların hiç birini yapmadı.

Diğer yandan yapılan bu toplu sözleşme anlaşması, direniş ne kadar az olursa, sonra bindirilecek “yükün” de o kadar ağır olacağını gösterdi.

Kızıl Şafak'a bağış kampanyasına katıl!

Hedef: 30 bin DM



Her gün her şeyin pahalılandığını duyuyoruz. Ancak buna karşılık Kızıl Şafak'ın fiyatı değişmemektedir. Bu tuhaf belirtinin nedeni, onun yayımcısı olan KPD'nin, haftalık komünist gazetesinin açığını kapatmasında yatıyor.

Tüm gerçek masrafları hesapladığımızda, Kızıl Şafak'ın bir adedi satış fiyatı olan 1 DM'in iki katından daha fazla miktarda bir paraya mal olmaktadır. Bu masraflar, yazarlar ve yayın evinde çalışan diğerleri için ödenen ücretlerden başlayarak, Yazı Kurulu için gazete aboneleri ve ihtisas literatürü giderlerini, Kızıl Şafak'ın büro kirasındaki payını, kalıflar, cerayan ve telefon masraflarını kapsamaktadır. Diğer gider faktörlerini ise paketeleme materyalleri ve posta ücretleri, defter tutma, ve tabiki dizgi, film ve basım masrafları oluşturuyor.

Gerçekten gerekli olan çok tesirli bir fiyat artışı, şu an var olan mevcut açığı, partinin Kızıl Şafak'a yaptığı “para yardımlarını” düşürmekle, önenebilir. Bunun en iyi yolu, muazzam bir şekilde traji yükseltmektir. Bu hem siyasi hem de ekonomik olarak en iyi yoldur. Ne var ki, önümüzde bulunan yaz ayları ve “pazarın” gerçek değerlendirilmesi, tek bir yol olarak bu yolun pek başarılı olacağını göstermiyor. Bunun için tüm yoldaşları, arkadaşları ve Kızıl Şafak okurlarını KŞ'nin açığını 30 bin DM düşürmeye katkıda bulunmak için bağış kampanyasına katılmaya çağırıyoruz. Böylece gazetenin fiyatının yükseltilmesi önlenmiş ve Kızıl Şafak'ın gerekli yaygınlaştırılmasında “2 DM” engeli mani olmamış olur.

Bağışlarınızı şu hesap numarasına havale edin: KPD, 46 Dortmund 30 Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Konto-Nr. 321004547 ya da Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Konto-Nr. 6420-467

Yabancılar politikasına karşı kongreye katıl!

3-5 Haziran 1983'te Frankfurt'ta

Bir kez daha KŞ okurlarını, 3-5 Haziran 1983 tarihleri arasında Frankfurt am Main'de yapılacak olan “Yabancı düşmanlığı ve insan haklarının çiğnenmesini açıkça yargılama” toplantısına katılmaya çağırıyoruz. (Bu konuda ayrıntılı haber için KŞ sayı 20/83'e bak!) 4 Haziran Cumartesi günü yapılacak çalışma gruplarının toplantısından sonra akşam üzeri büyük bir gece düzenlenecek.

Ayrıntılı bilgi için şu adrese başvurun: Initiative “Ausländerpolitik und Menschenrechte”, c/o IAF, Mainzer Landstr. 239, 6 Frankfurt 1, tel: 737898 (Pazartesi-Cuma arasında saat 17'den 20'ye kadar açık)

İşsizler yürüyüşü:

“İşsiziz, ama güçsüz değiliz!”

29 Mayıs'tan 4 Haziran 1983'e kadar Federael Almanya'nın çeşitli şehirlerinde işsizliğe karşı bir eylem haftası düzenlenecek. İşsizlerin düzenleyeceği bu eylem haftasında, işsizliğin nedenleri, işsizlerin karşılaştıkları zorluklar ve mücadele önlemleri üzerinde durulacak.

Eylem haftasının doruk noktasında, yani 4.6.1983 tarihinde Bonn'da merkezi bir işsizler yürüyüşü yapılacak. Saat 11.30'da Josefshöhe'de başlayacak olan yürüyüş, saat 14.00'de Bonn-Hofgarten'de yapılacak mitingle son bulacak.

Partimiz KPD'nin de desteklediği bu eylemlere işsiz olan, çalışan tüm okurları katılmaya ve birlikte katkıda bulunmaya çağırıyoruz.